

Zum Schlusse möchte ich noch einen besonderen Wunsch zum Ausdruck bringen, und zwar wäre dies das für die an der Laßnitz gelegenen Bewohner wichtige Projekt, das seit Jahren zur Debatte steht, das Projekt der Laßnitzregulierung, das einmal einer Verwirklichung zugeführt werden müßte. Es ist nicht unbekannt, daß die an der Laßnitz gelegenen Gebiete schon bei geringen Niederschlägen jedesmal überschwemmt werden und oft wochenlang unter Wasser stehen, so daß große Schäden an den Kulturen entstehen. Im heurigen Frühjahr sind dort Schäden von mindestens 100.000 S entstanden. Werden diese Arbeiten nicht in Angriff genommen, so werden weiterhin schwere Unwetterschäden entstehen. Die Ausführung des Projektes wird weitere Arbeitsmöglichkeiten schaffen, so daß dies auch mit Rücksicht auf den Notstandscharakter des Bezirkes von besonderer Bedeutung ist. Ich habe mich verpflichtet gefühlt, Ihnen diese Notwendigkeit im Hause vor Augen zu führen. (Beifall bei SPÖ.)

Präsident: Abg. Schlacher verzichtet mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Zeit auf das Wort. (Allgemeiner Beifall.)

Abg. Wernhart: Wir haben heute mehrfach gehört, welche Leistungen das Land auf dem Gebiete des Straßenbaues vollbracht hat. Ich kann feststellen, daß die Oststeiermark den gerechten Anteil an diesen Leistungen gefunden hat. Es ist bekannt, daß unser Straßenbauamt in seinem Wirkungskreis alles tut, um die Straßenverhältnisse zu verbessern. Trotzdem halte ich es für notwendig, auf zwei Straßen besonders hinzuweisen und die zuständigen Herren zu bitten, diesen beiden Straßen im kommenden Jahr ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden. Erstens: Die Straße Hartberg—Neudau, eine der wenigen Straßen, die die Verbindung in das Burgenland herstellen. Die Straße befindet sich in einem Zustand, der nicht als Zustand bezeichnet werden kann. Sie mußte im heurigen Frühjahr wochenlang gesperrt werden, weil große Teile dieser Straße vom Wasser weggetragen wurden. Leider sind im kommenden Jahr keine Mittel für die Verbesserung dieser Straße vorgesehen. Zweitens: Die Straße Tiefenbach—Stubenberg—Stubenbergklamm mit Anschluß an Weiz. Eine sehr gefährliche Straße, wie die Unfälle zeigen. Hier darf ich mit Freude feststellen, daß für das kommende Jahr eine Million Schilling vorgesehen sind, um das Teilstück Untertiefenbach und Obertiefenbach mit einem staubfreien Belag zu versehen. Das ist nur ein kleiner Teil. Trotzdem betrachte ich das als Hoffnungsschimmer für die Zukunft mit der Erwartung, daß diese Straße einmal verkehrswürdig wird.

Abschließend möchte ich dem zuständigen Referenten danken. Ich weiß wie schwierig es ist, Mittel zu beschaffen, ich bitte auch nur, nicht zu vergessen, daß auch diese Straßen einer Pflege bedürfen. (Beifall bei SPÖ.)

Abg. Pölzl: Die Ausführungen des Landeshauptmannstellvertreters Udier waren ohne Zweifel sehr interessant und zum Teil auch instruktiv. Was ich gewünscht hätte im Bezug auf die Landesstraßen wäre eine Darstellung, was es in finanzieller Hinsicht für das Land bedeutet, wenn die Landesstraßen asphaltiert oder mit einer festen Decke versehen werden; wie groß die Einsparung ist, wenn man die Erhaltung von guten Asphaltstraßen mit der Erhaltung von Schotterstraßen vergleicht. Es müssen auf diesem Gebiete reiche Erfahrungen vorliegen und ich könnte mir vorstellen, daß die Beträge, die durch die Herstellung einer festen und ordentlichen Straßendecke erspart werden, dazu verlocken könnten, unter Umständen sogar auf dem Kreditwege Mittel zu beschaffen, um in einem rascheren Tempo die Landesstraßen auszubauen.

Gänzlich unbefriedigt bin ich aber von dem, was der Herr Landeshauptmannstellvertreter Udier bezüglich des Bundesstraßennetzes zu berichten wußte. Hier hat er uns eigentlich keine besonders großen Hoffnungen gemacht. Sehr erfreulich ist es, daß die Umfahrung Kapfenberg begonnen wurde und, wie wir hoffen wollen, auch in absehbarer Zeit verwirklicht sein wird. Wir wissen, daß an der Triester Bundesstraße eine Reihe dringender Straßenbauprobleme der Lösung harret. Ich verweise nur auf die Umfahrung Leoben, die ebenso dringend ist wie die Umfahrung in Kapfenberg und ich könnte mir vorstellen, daß auch in Bruck noch einiges geschehen müßte.

Sehr bedauerlich finde ich den Standpunkt, den Kollege Hegenbarth im Bezug auf die Packer Bundesstraße einnimmt und der wohl der Bevölkerung, die in diesem Gebiet wohnt und für alle, die diese Straße benutzen, vollkommen unverständlich erscheint. (Abg. Dr. Speck: „Da hat er vollkommen recht!“) Die Weblinger Bahnübersetzung hat bisher nach seinen eigenen Worten bereits 28 Todesopfer gekostet. An diese Tatsache die Betrachtung zu knüpfen, ja man hätte besser aufpassen sollen, halte ich nicht in Ordnung. Wir wissen, daß wir bei jedem Unfall auch in Industrie und Gewerbe dieselbe Frage stellen könnten, und wir wissen auf der anderen Seite, daß man sich in Industrie und Gewerbe außerordentlich bemüht, Unfälle zu verhindern, Unfallsgefahren herabzusetzen, und die Erfahrungen bei der Weblinger Bahnübersetzung beweisen uns hundertprozentig, daß es dort dringend notwendig wäre, eine Unter- oder Überführung der Bahnstrecke zu bauen. Ich bin der Auffassung, daß auch der Landtag hier Grund und Ursache hat, an die Bundesregierung geradezu das dringende Verlangen zu richten, Abhilfe zu schaffen, wo schon derart viele Todesopfer zu verzeichnen sind. Bezüglich der Durchfahrt bei der Lazarettmaut läßt sich dasselbe sagen. Auch dort wäre es dringend erforderlich, Abhilfe zu schaffen. Ich muß schon sagen, das sind zwei Stellen an der Packer Bundesstraße, die den modernen Verkehrsanforderungen nicht im entferntesten entsprechen und einer dringenden Abhilfe bedürfen.

Man muß im Zusammenhang mit den Brücken und Straßen auch noch zum Ausdruck bringen, daß der Zeitpunkt, zu dem die Straße gebaut wurde, schon so weit zurückliegt und man wahrscheinlich damals auch nicht vorausgesehen hat, wie sich der moderne Verkehr entwickeln wird. Aber wenn man sich die Strecke von Graz nach Straßgang und darüber hinaus ansieht und die Verkehrsverhältnisse dort mitmacht, dann muß man sagen, daß die Packer Bundesstraße mindestens in dieser Strecke viel zu schmal ist und dringend einer Verbreiterung bedürfte.

Noch nun einige Worte zur Frage der Bundesstraßen und ihrem Ausbau in der Steiermark überhaupt. Der Bund hat bedeutende Mittel eingesetzt, um eine Ost-West-Verbindung in Form der Autobahn zu bauen. Wir wissen, daß dieses Projekt ein Milliarden-Projekt ist und wir wissen auch, daß für dieses Projekt Kredite flüssig gemacht worden sind und noch werden, und daß scheinbar die Sache so ist, daß, je größer ein Projekt, je größer die Ansprüche, die gestellt werden, sind, desto eher die Aussicht besteht, daß es auch erfüllt wird. Ich glaube, daß man mit der Bescheidenheit gar nicht weit kommt und ich meine daher, daß man auch in der Steiermark im Landtag und in der Landesregierung unbedingt darauf dringen müßte, daß analog zu den gewaltigen Mitteln, die der Bund für diese Autobahn aufwendet, auch entsprechende Mittel für die Wünsche in der Steiermark auf Ausbau der gegenwärtig vorliegenden Bundesstraßen, zur Verfügung gestellt werden, daß eben in dieser Hinsicht den steirischen Interessen mehr Gehör geschenkt wird. Wir haben in der Steiermark Grund und Ursache, an den Bund auch andere Forderungen in Bezug auf arbeitsbeschaffende Maßnahmen zu richten. Wir wissen z. B., daß in Niederösterreich das große Kraftwerk Ybbs-Persenbeug ausgebaut wird, was für die niederösterreichische Arbeiterschaft von großer Bedeutung ist, ja ohne Zweifel bis zu einem gewissen Grad auch für die steirische Arbeiterschaft, weil bedeutende Lieferungen für dieses Wasserkraftwerk auch von der steirischen Industrie zu erbringen sind. Ich glaube aber auch, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, speziell der Winterarbeitslosigkeit, es unbedingt notwendig macht, daß auch die Elektrifizierung der Südbahn in einem größeren Tempo vorangetrieben wird als das beabsichtigt ist. Denn soviel man aus Pressemeldungen hört, soll nächstes Jahr erst ein ganz kleines Stück von Wien in Richtung Wiener-Neustadt ausgebaut werden. Die Elektrifizierung der Südbahnstrecke aber hätte für die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Steiermark eine so große Bedeutung, daß man daraus absolut keinen 10- oder 15-Jahres-Plan machen soll, sondern daß alles darangesetzt werden soll, um die Elektrifizierung der Südbahn in absehbarer Zeit zu verwirklichen.

Abg. Dr. Rainer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wäre gut, wenn man auf die Ausführungen des Herrn Abg. Lackner, betref-

fend der Gattjochstraße, nicht noch einmal zurückkommen müßte. Aber leider wurden in diesen Ausführungen auch Behauptungen aufgestellt, die unbedingt richtiggestellt werden müssen. Bei der Glattjochstraße handelt es sich ja — darüber sind wir uns alle einig — um eine Schaumschlägerei für die kommenden Gemeinderatswahlen, denn das Projekt der Glattjochstraße liegt wohl weder im Sorgenbereich des politischen Referenten, noch der beamteten Referenten der Landesregierung, noch der Herren in Wien. Wenn Sie in das Ennstal kommen und die Hauptverkehrsstraße dort in einem Zustand finden, daß Schweizer Straßenkarten diese als Karrenweg bezeichnen, dann ist es wohl überflüssig, sich mit dem Projekt einer Straße zu beschäftigen, das keine Möglichkeit zur Durchführung hat. Herr Landesrat Dr. Blazizek hat z. B. auch erklärt, daß es sehr schön wäre, hier in Graz ein Landeskrankenhaus zusätzlich zu haben, aber so ein Bau würde 200,000.000 S kosten und daher erübrigt es sich, darüber zu sprechen, da ein solcher Betrag in absehbarer Zeit nicht aufbringbar ist. Dasselbe gilt natürlich auch für die Glattjochstraße, nach vorsichtigen Schätzungen ein Projekt mit über 200 Millionen Schilling. Wenn man aber (im ganzen Land und im Bund) die Summen kennt, die zur Verfügung stehen für den Straßenbau, dann ist es nicht möglich, hier in den nächsten Jahren eine zusätzliche Verbindungsstraße, die zwar sehr begrüßenswert wäre, zu bauen. (Abg. Dr. Pittermann: „Außer die Usia zahlt uns die Schulden.“) Und wenn die Antwort, die von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udir den Anfragestellenden erteilt wurde, diese nicht befriedigt, so ist das nicht ganz verständlich, denn uns ist die Antwort vollkommen klar.

Eines können wir feststellen, daß jedenfalls die Fraktion der Sozialistischen Partei gegen die Sölkstraße ist. Ich möchte aber hiezu feststellen, daß die Techniker noch immer nicht das entscheidende Wort darüber gesprochen haben, was für ein Projekt das günstigere, zweckmäßigere und billigere wäre. Es ist wohl nicht Sache der Politiker, sondern der Fachleute, hier ein Votum abzugeben. Aber wie gesagt, ist das ein Projekt, das ganz und gar in der Zukunft liegt.

Eine Behauptung des Herrn Abg. Lackner jedoch ist falsch und hier möchte ich eine eindeutige Richtigstellung vornehmen. Er hat gesagt, daß für dieses Gebiet an dieser Strecke im Ennstal, das sind die Gemeinden Donnersbach, Donnersbachwald, Irtdning, Stainach und Altirdning nichts geschieht. In diesem Gebiet ist seit dem Jahre 1945 sehr viel sogar schon geschehen. Die Gemeinde Donnersbach hat in diesen Jahren eine Elektrifizierung vorgenommen, die über 1 Million Schilling erfordert hat, in der Gemeinde Altirdning wird die modernste landwirtschaftliche Schule von ganz Österreich gebaut und in der Gemeinde Irtdning wurde eine Haupt- und Volksschule errichtet, auch mit einem Aufwand von über 1 Million Schilling, und der Gemeinde Donnersbachwald sind be-

trächtliche Mittel zugeflossen für Straßen- und Wasserbauten. In beiden Gemeinden, sowohl Donnersbach als auch Donnersbachwald, erfolgen Wildbachverbauungen. Man kann also wirklich nicht sagen, daß hier nichts geschieht seitens des Landes, im Gegenteil, dem Herrn Landeshauptmann ist dieses Gebiet immer besonders am Herzen gelegen. Um was es dem Herrn Abg. Lackner dabei geht, ist, daß er die Priorität hätte für den Fall, daß diese Straße in -zig Jahren doch einmal gebaut wird. Nun, diese Priorität wird ihm wahrscheinlich niemand streitig machen. Es gehört eben mit zu den Aufgaben bei einer Budgetdebatte, immer bei den ersten dabei zu sein, ob es sich um Straßen oder ob es sich um Familienpolitik handelt. Zu dieser hat heute Frau Landesrat Matzner erklärt, daß die Sozialisten immer für den Schutz der Frau und Familie waren; sie hat in diesem Zusammenhang aus dem Parteiprogramm 1926 zitiert. Ich möchte nun fragen, welche Partei gibt es auf der ganzen Welt, die in ihrem Programm stehen hat, daß sie gegen die Familie, gegen den Schutz der Frau ist. Selbstverständlich gibt es keine solche Partei. Allerdings finden wir zwischen dem Programm, den Worten und den Taten eine gewisse Diskrepanz (Abg. R ö s c h : „Das müssen Sie ja wissen!“) (Zwischenruf bei ÖVP.: „Leider, leider!“), aber nichtsdestoweniger wird hier die Priorität für den Ausbau der Glattjochstraße für die nächste Zukunft dem Abg. Lackner erhalten bleiben.

Landesrat **Prirsch**: Einige Ausführungen der Abgeordneten zwingen mich, doch auch das Wort zu ergreifen. Das Problem der Flußregulierungen und Meliorationen ist für weite Gebiete der Steiermark ein entscheidendes Problem geworden. Ich stimme den Ausführungen der verschiedenen Abgeordneten sowohl von rechts als auch von links in dieser Frage restlos zu. Wenn diese Feuchtigkeit und Nässe durch weitere Jahre anhält, werden dem Lande vordringliche und unaufschiebbare Aufgaben erwachsen. Ich bin der festen Überzeugung, daß sich die Landesregierung schon im Laufe des nächsten Jahres nicht der Notwendigkeit wird verschließen können, die Million Schillinge, die im außerordentlichen Haushalt vorgesehen ist, zu bedecken. Ich hoffe, daß die in der Regierung vertretenen Parteien dieser Notwendigkeit Rechnung tragen werden, da sie hier heute von rechts und links betont wurde.

Abg. Wernhart hat mit Recht auf die oststeirischen Straßen hingewiesen, ich schließe mich seinen Wünschen, die berechtigt sind, vollständig an, nur muß ich aufmerksam machen, daß die Oststeiermark schon südlich von Hartberg beginnt und auch im Süden der Oststeiermark einige sehr dringliche und berechtigte Wünsche vorhanden sind. Ich denke da vor allem an die sogenannte Feistritzstraße, die Landesstraße 15. Ich bin überzeugt, daß der Abg. Wernhart genau so wie ich die ganze Oststeiermark im Auge gehabt hat, nur wollte er, und das ist menschlich begreiflich, die Dinge, die ihm

am nächsten sind, nicht dadurch schwächen, daß er auch in die Ferne schweift. (Heiterkeit.)

Nun, meine Damen und Herren, sowohl der Herr Berichterstatter als auch der Herr Abg. Schabes haben sich mit der Wohnbauförderung des Landes Steiermark befaßt. Ich habe oft die Überzeugung, daß unsere Bevölkerung nicht weiß, wieviel auf diesem Gebiete in den letzten Jahren sowohl vom Bund als auch vom Land aus geschehen ist. Im letzten Jahr anlässlich der Budgetberatung konnte ich berichten, daß wir von der einen Million Schilling Wohnbautörderungsmittel — und ich glaube hier ist die Priorität der Österr. Volkspartei unbestritten —, daß wir von dieser einen Million im Jahre 1949 durch das Zusammenwirken aller Parteien in diesem Hause doch auf den Betrag von 30 Millionen Schilling (Zwischenruf bei SPÖ.: „Das war wieder unsere Priorität!“) gekommen sind. Ich habe es außerordentlich bedauert, daß Sie diesen Zug zur Vergrößerung des Fonds nicht auch im heurigen Jahr beibehalten haben, sondern daß Ihnen eben andere Dinge wichtiger erschienen sind.

Hoher Landtag! Es sei berichtet, daß bei der Verteilung der Fondsmittel im heurigen Jahr die Stadt Graz wieder an erster Stelle steht. Es wurden für Graz 153 Anträge bewilligt und hierfür ein Betrag von 5¼ Millionen Schilling aufgewendet. Gegenüber dem Vorjahre ergibt sich für Graz eine Erhöhung um 23 Anträge und um einen Betrag von 228.000 S. An zweiter Stelle steht der Bezirk Graz-Umgebung mit 125 bewilligten Anträgen, dann Weiz mit 119, Deutschlandsberg mit 107 bewilligten Anträgen. Was den Bezirk Deutschlandsberg anbelangt, der Ihnen, Herr Abg. Schabes sowie dem Herrn Landeshauptmann am Herzen liegt, möchte ich erwähnen, daß die Zuteilung für diesen Bezirk, insbesondere für das Gebiet um Eibiswald, das dem Herrn Abg. Koch näher liegt, um rund ein Drittel höher wie im Vorjahre war, womit diesem wirtschaftlich schwer kämpfenden Grenzgebiet eine nicht unwesentliche Hilfe gegeben werden konnte.

Ich möchte noch die berufliche Zugehörigkeit dieser sogenannten privaten Fondshilfeempfänger feststellen und damit ein ganz deutlich sprechendes Bild geben. Die Arbeiter stellen 50% der bewilligten Vorhaben, die öffentlichen Angestellten 15%, die Privatangestellten etwas mehr wie 9%, die Rentner und Pensionisten 5½%, die Unselbständigen also zusammen rund 80%, die Selbständigen, ausgenommen die Landwirte, 15%, die Landwirte 5%. Damit ergeben sich die 100%. Sie sehen daraus, daß den privaten und öffentlichen Gehalts- und Lohnempfängern der größte Teil der Förderungsmittel des Wohnbauförderungsfonds zugeflossen ist, eine Feststellung, die beweist, daß für die Vergebung der Mittel auch in diesem Jahre der soziale Gesichtspunkt maßgebend war. Wir konnten heuer im Juli dem 3000sten Bewerber den Bescheid über die Bewilligung einer Wohnbauhilfe des Landes übergeben. Insgesamt wurden durch den Landesfonds in den vier Jahren seines Bestan-

des 3374 Wohnbaubeihilfen bewilligt und hierfür ein Betrag von 91,183.000 S ausgegeben. Erwähnen möchte ich, daß entsprechend den Beschlüssen des Hohen Landtages auch heuer die Wünsche der heimatvertriebenen Volksdeutschen berücksichtigt wurden. Es wurde der Interessengemeinschaft der volksdeutschen Heimatvertriebenen für den Bau von weiteren 15 Doppelwohnhäusern in Graz-Wetzelsdorf ein Darlehen von 756.000 S bewilligt und dem Siedlungswerk „Heimat Österreich“ für den Bau der Kaiserwaldsiedlung ein weiteres Darlehen von 750.000 S bereitgestellt. Außerdem wurden 21 volksdeutschen Einzelbewerbern Darlehen und Bauzuschüsse im Gesamtbetrage von 546.000 S bewilligt. Dem Beschluß des Landtages, für die Förderungswünsche der Volksdeutschen in diesem Jahre 2 Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen, wurde voll entsprochen.

Ich möchte diese Rückschau nicht schließen, ohne dem Leiter, den Beamten und Angestellten dieser Abteilung für ihre wirklich eifrige und ersprießliche Arbeit herzlichst zu danken.

Hoher Landtag! Darf ich Ihnen nun vielleicht in aller Kürze auch die Mittel des Bundes-Wohn- und Siedlungs-Fonds, soweit sie in die Steiermark geflossen sind, kurz bekanntgeben. Im Jahre 1954 hat der Bundes-Wohn- und Siedlungs-Fonds 265 Millionen Schilling für ganz Österreich zur Verfügung gestellt. Von diesen 265 Millionen Schilling hat die Steiermark rund 38 Millionen Schilling, das sind 14¼% der Gesamtsumme, erhalten. Unser Schlüsselanteil, der 14½% beträgt, ist also etwas unterschritten worden und ich hoffe, daß die Mitglieder dieses Beirates sich bemühen werden, diesen Rückstand im nächsten Jahr wieder aufzuholen, so daß wir die Differenz nachbekommen. Diese rund 38 Millionen Schilling verteilen sich auf 62 Bauvorhaben. Es wurden bei öffentlichen Körperschaften 34 Häuser mit 266 Wohnungen und bei Gemeinnützigen Bauvereinigungen 93 Häuser mit 524 Wohnungen gefördert, also zusammen 127 Häuser mit 790 Wohnungen, das ist rund die Hälfte von dem, was wir mit dem Landes-Wohnungs- und Siedlungs-Fonds erreichen konnten.

Ich darf vielleicht noch einige Vergleiche anstellen. In den Jahren 1921 bis 1928 wurden aus dem Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds 2707 Wohnungen gebaut, in den sieben Jahren von 1946 bis 1953 wurden 3346 Wohnungen gefördert und wenn wir 1954 dazurechnen, so ergibt das für diese 8 Jahre eine Neuschaffung durch den Bundes-Wohnungs- und Landes-Siedlungs-Fonds von 4136 Wohnungen. Derzeit liegen beim Bundes-Wohnungs- und Siedlungs-Fonds Darlehensgesuche für Bauvorhaben in der Steiermark mit einer Summe von 177 Millionen Schilling für 3710 Wohnungen vor. Davon entfallen auf öffentliche Körperschaften 45 Millionen mit 975 Wohnungen und auf gemeinnützige Bauvereinigungen 132 Millionen Schilling für 2735 Wohnungen. Es sind also in Wien Anträge für rund 180 Millionen Schilling. Wenn wir bedenken, daß der gegenwärtige Betrag für

ganz Österreich 265 Millionen Schilling ausmacht, so ergibt sich daraus, daß es an Vorhaben, die dem Bundes-Wohnungs- und Siedlungs-Fonds vorliegen, bei Gott nicht mangelt.

Nun, Hoher Landtag, lassen Sie mich auch eine kleine Vorschau für den Wohnbausektor in den kommenden Jahren halten. Es ergibt sich für die Wohnbauförderung des Landes eine wesentlich geänderte Situation. Bekanntlich hat der Nationalrat im Juli 1954 das Wohnbauförderungsgesetz 1954 beschlossen, dessen Vollziehung den Ländern übertragen ist. Nach den uns zugekommenen amtlichen Mitteilungen können wir auf Grund dieses Gesetzes mit einem Bundesbeitrag von 34 Millionen Schilling rechnen, die auch im Voranschlag eingesetzt sind. Laut gesetzlicher Verpflichtung muß das Land 50% dieses Beitrages, also 17 Millionen Schilling, beisteuern, so daß für die neue Förderungsaktion insgesamt 51 Millionen Schilling zur Verfügung stehen werden. Im Voranschlag des nächsten Jahres ist ein Landesbeitrag für die Wohnbauförderung von insgesamt 30 Millionen Schilling vorgesehen, dazu kommen noch Einnahmen aus Annuitätzahlungen von etwa 3 Millionen Schilling, zusammen also 33 Millionen Schilling. Einschließlich des Bundesbeitrages wird daher dem Lande im kommenden Jahre für die Wohnbauförderung ein Betrag von 67 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Dies ist gewiß eine erfreuliche Steigerung. Wir dürfen aber auch nicht übersehen, daß dem auch eine sehr bedeutende Steigerung der Förderungswünsche gegenüberstehen wird. Im Landes-Wohnungs- und Siedlungsamt sind heuer in der Zeit vom 2. Jänner bis 15. Februar, also in knapp 6 Wochen rund 1700 neue Anträge auf eine Wohnbaubeihilfe eingegangen. Da aus dem Vorjahre noch etwa 400 Anträge unerledigt waren, ergibt sich für dieses Jahr eine Gesamtsumme von 2100 Anträgen. Da 1174 Anträge bewilligt wurden, sind fast 1000 unerledigt geblieben. Wenn es auch möglich sein wird, eine größere Anzahl dieser Anträge mit Darlehen aus der ERP-Aktion der Landes-Hypothekenanstalt zu versorgen, so bleibt doch eine sehr große Anzahl übrig, die aus den Förderungsmitteln des nächsten Jahres zu befriedigen sein wird. Derzeit hat die ERP-Aktion bei der Landes-Hypothekenanstalt die Erfolge, die wir erhoffen, noch nicht gezeitigt. Es sind bis jetzt von den Ansuchen, die wir hinübergegeben haben, erst 8 bewilligt.

Nun werden die Mittel nach dem neuen Wohnbauförderungsgesetz zu ¾ den Gemeinden und gemeinnützigen Bauvereinigungen zufließen und nur zu ¼ den Einzelwerbern. Während somit das Land in der Lage sein wird, die Wohnbauvorhaben der Gemeinden und Bauvereinigungen in einem ganz anderen Ausmaß zu fördern als bisher — eine gewiß sehr erfreuliche Tatsache — ergibt sich andererseits für die Einzelwerber eine etwas schwierige Situation. Ich sage das vor allem in Hinblick auf den berechtigten und verständlichen Wunsch des Herrn Abg. Schabes, daß die Annahmesperre doch aufgehoben wer-

den möge. Wenn wir die dem Landes-Fonds im Jahre 1955 zur Verfügung stehenden Mittel, nämlich 16 Millionen Schilling, auch zur Gänze den privaten Bewerbern zur Verfügung stellen, so können damit im günstigsten Falle nur die unerledigt gebliebenen Anträge erledigt werden. Neue Anträge können nur aus den Mitteln des Wohnbauförderungsgesetzes 1954 bewilligt werden und hier steht nur $\frac{1}{4}$ der Gesamtmittel, nämlich etwa 13 Millionen Schilling zur Verfügung. Dazu kommt noch, daß wir mit den 16 Millionen Schilling diese rund 900 Ansuchen, die noch vorliegen, kaum befriedigen können. Nun sieht das neue Wohnbauförderungsgesetz 1954 auch noch vor, daß wesentlich höhere Förderungsmittel gegeben werden. Es sieht nämlich vor, daß Darlehen bis zu 90% der Baukosten gegeben werden können.

Bis jetzt haben wir bekanntlich diese diese Darlehen des Landes nur bis 30% der Bau-summe gegeben. Es wird in der Zukunft Aufgabe sowohl des zu gründenden Beirates als auch der Landesregierung sein, hier festzulegen, ob sie nach der bisher gewohnten Form und Art bei den Beihilfen für die Privaten vorgehen oder ob sie diesen Prozentsatz von 30% der Baukosten überschreiten wollen. Es wird ohne Zweifel die Verteilung der neuen Mittel keine leichte Aufgabe sein. Ich bin trotzdem der Auffassung, daß die Landesregierung in der nächsten Zeit die Sperre aufheben soll, daß wir aber zugleich ankündigen, daß allzugroße Hoffnung, noch im Laufe dieses Jahres zum Darlehen zu kommen, nicht besteht. Aber schon die Möglichkeit, vielleicht im Jahre 1956 dieses Darlehen zu erhalten, wird anspornen, die Vorbereitungen für einen solchen Eigenheimbau zu treffen.

Hoher Landtag! Ich hoffe, daß es uns gelingt, diese so sorgenreiche Aktion des Landes auch in den kommenden Jahren zum Nutzen und Frommen unserer Bevölkerung weiterzuführen. (Allgemein lebhafter Beifall.)

Präsident: Wortmeldung liegt keine mehr vor, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Wegart:** Namens des Finanzausschusses stelle ich den Antrag, Gruppe 6 zu beschließen.

III. **Präsident Scheer:** Ich ersuche die Abgeordneten, welche der Gruppe 6 des Landesvoranschlages 1955 ihre Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Gruppe 6 ist angenommen.

Wir kommen zu Gruppe 7

„Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung“.

Berichterstatter ist Abg. **Ertl**, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. **Ertl:** Hoher Landtag! Die vordringlichste Aufgabe jeder verantwortungsbewußten Staatsführung ist die Sicherung der Ernährung. Die Auswirkungen zweier Welt-

kriege haben gezeigt, wie es Völkern geht, die ihre Landwirtschaft vernachlässigen. Es ist zu hoffen, daß man bei uns in Österreich aus dieser Erkenntnis gelernt hat. Uns ist die Zeit der Lebensmittelkarten und Kalorienberechnung in unangenehmer Erinnerung. Mit Genugtuung können wir feststellen, daß unter den Maßnahmen auch die in den letzten Jahren aufgewendeten Landesmittel für Landwirtschaftsförderung auf fruchtbaren Boden gefallen sind und in der landwirtschaftlichen Produktion eine Steigerung erreicht wurde, die sich sehen lassen kann. 1946 haben wir kaum 40% der benötigten Lebensmittel für unsere Bevölkerung aufbringen können, heute ist dieser Prozentsatz auf 80 bis 82 angestiegen. Wir hoffen, in den folgenden Jahren die Lebensmittel zur Gänze aus der eigenen Landwirtschaft decken zu können.

Der Finanzausschuß hat in einer längeren Sitzung die Gruppe 7 des Voranschlages eingehend und verantwortungsbewußt behandelt und mit 3,900.000 S Einnahmen und 49,318.800 S Ausgaben, somit mit einem Abgang von 45,418.800 S einstimmig beschlossen und ich ersuche das Hohe Haus, diese Ansätze zu genehmigen.

Abg. **Präs. Wallner:** Hoher Landtag! Die Förderung der Land- und Forstwirtschaft gehört neben anderen Pflichtaufgaben auch zur Pflichtaufgabe des Landes. In der Durchführung der Maßnahmen zur Landwirtschaftsförderung teilen sich das Land und die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft. Das Land hat das notwendige Fachpersonal und die technischen Einrichtungen für das landwirtschaftliche Fachschulwesen, die Fortbildungsschulen, Wasserbau, Elektrifizierung, Güterwegebau und führt diese Maßnahmen selbst durch, während wieder die direkte Landwirtschaftsförderung wie Tierzucht, Pflanzenbau, Obst-, Wein- und Gartenbau, Forstwirtschaft und Fragen der Betriebsberatung der Kammer für Land- und Forstwirtschaft übertragen worden ist. Ich muß feststellen, daß beide Teile, sowohl das Land als auch die Kammer für Land- und Forstwirtschaft in den letzten Jahren jene Mittel, die das Land zur Landwirtschaftsförderung zur Verfügung stellt, so verwendet haben, daß kein Zweifel besteht, daß das bestmögliche Ergebnis gezeitigt wurde.

Die Kammer für Land- und Forstwirtschaft hat in ihrer Förderungstätigkeit das Hauptgewicht auf die Belehrung und Aufklärung gelegt, weil es eine Tatsache ist, daß im landwirtschaftlichen Fachschulwesen, wo die Jugend eine ein- bis zweijährige Schule besuchen muß, es niemals möglich ist, große Teile der bäuerlichen Jugend zu erfassen, während andererseits es wohl möglich ist, umfassend im Kurswesen tätig zu sein. So hat die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft als eine ihrer ersten Aufgaben in der Nachkriegszeit den Ausbau und den Aufbau des bäuerlichen Kurswesens in Angriff genommen, Ich kann dem Landtag berichten, daß im Winterhalbjahr 1948/49 mit 35 Kursen und 827 Teil-

nehmern begonnen wurde und daß wir 1952/53 im Winterhalbjahr bereits 212 Kurse mit 5015 Teilnehmern hatten. Wir haben von der Kammer aus in den Jahren von 1948—1954 in 862 Kursen 19.970 Teilnehmer erfaßt, das ist bei rund 79.000 landwirtschaftlichen Betrieben rund ein Viertel aller Betriebe.

Durch diese Tätigkeit für Bildung und Aufklärung, die erstmalig in dieser Nachkriegszeit in weite Schichten unserer Bauernschaft getragen worden ist, unterstützt von den Maßnahmen des Landes in Fach- und Fortbildungsschulen, hat heute die landwirtschaftliche Produktion gegenüber der Zeit vor 4 bis 5 Jahren große Erfolge aufzuweisen. Diese Arbeit hat dazugeführt, daß der Düngerverbrauch in Steiermark unerhört angestiegen ist. Die Mitglieder des Landtages wird es vielleicht interessieren zu erfahren, daß der Stickstoff-Düngerverbrauch 1947 7100 Tonnen betragen hat, während wir 1952, wo mir die Zahlen zur Verfügung stehen, 14.100 Tonnen gebraucht haben; an Phosphatdünger haben wir 1947 gebraucht 8000 Tonnen, 1952 30.702 Tonnen, Kalidünger 1947 1900 Tonnen, 1952 10.900 Tonnen. In der Mechanisierung, in der Entwicklung der technischen Hilfe, also in den Mitteln, um der Landwirtschaft Erleichterungen zu bringen, haben wir auch schöne Fortschritte erzielt. Diese Entwicklung liegt etwas weiter zurück, die Elektrifizierung hat schon in der ersten Nachkriegszeit begonnen. 1946 hatten wir in der Steiermark 22.260 Elektromotore in der Landwirtschaft gehabt, während wir mit Ende 1953 44.202 Elektromotore aufzuweisen haben. An Seilwinden haben wir von der Kammer aus bis Ende 1953 1991 Stück in unseren Gebirgsbauerngebieten zur Aufstellung gebracht. An Traktoren sind im Jahre 1946 680 Stück und bis Ende 1953 2545 Stück angeschafft worden und ich glaube nicht fehl zu gehen, wenn ich behaupte, daß durch die verbilligte Kreditaktion des heurigen Frühjahrs heute an die 4000 Stück in der Landwirtschaft verwendet werden. Bei den Motormähern, jenen arbeitssparenden Maschinen, die heute allseits zur Anwendung kommen, haben wir vom Jahre 1946 mit 902 bis zum Ende des Jahres 1953 mit 4964 Stück aufgeholt. Ich möchte nur bemerken, daß diese Entwicklung teils durch Einzelanschaffungen, teils durch Maschinengenossenschaften, aber zum überwiegenden Teil durch Maschinengemeinschaften entstanden ist dadurch, daß 4 bis 5 Bauern oder mehr Bauern zusammenhielten, um sich gemeinsam eine solche Maschine zu kaufen.

Diese weitgehende Aufklärung in Bezug auf Anwendung von Kunstdünger und Mechanisierung hat dazu geführt, daß wir heute in der Produktion eine Entwicklung aufweisen können, die wir noch vor 5 Jahren nicht für möglich gehalten hätten. Wir haben im Vergleich zum Jahre 1948 mit 103.000 Tonnen Milchleistung, im Jahre 1953 eine solche von 183.000 Tonnen erreicht. Wir haben an Schlachtvieh im Jahre 1948 aus der Steiermark 19.200 Tonnen Rinder gelie-

fert und im Jahre 1953 27.413 Tonnen. Im Jahre 1948 lieferten wir 2156 Tonnen Schweine und im Jahre 1953 18.261 Tonnen Schweine. Lieferungen aus der Steiermark nach Wien gingen im Jahre 1948 42.000 Stück Rinder und im Jahre 1953 85.000 Stück, im Jahre 1948 46.000 Schweine und im Jahre 1953 374.400 Schweine. Das ist wohl eine beachtliche Steigerung in der landwirtschaftlichen Produktion. An Trinkmilchzufuhren nach Wien haben wir folgendes geleistet: im Jahre 1948 227.000 Tonnen und im Jahre 1953 497.000 Tonnen. Sie wissen, daß wir aus der Steiermark immer dann aushelfen müssen in Wien, wenn aus der näheren Umgebung von Wien zu wenig Milch aufkommt. Aus Knittelfeld und dem Ennstal gehen ständig Milchtransporte nach Wien. Ein Zeichen auch dafür, wie sich die Landwirtschaft bemüht, vorwärts zu kommen, sind folgende Zahlen: Die pflanzliche Produktion stand im Verhältnis zum Jahre 1937 mit 100 im Jahre 1949 auf 92, im Jahre 1953 auf 101. Die tierische Produktion wurde von 70 auf 103 gesteigert, die gesamte Produktion von 78 auf 102 Punkte. Die Arbeitsproduktivität wurde gesteigert von 104 auf 117 Punkte und die Flächenproduktivität von 81 auf 109 Punkte. Trotzdem ist es heute so — nicht nach unseren Feststellungen, sondern nach den Feststellungen des Statistischen Zentralamtes in Wien —, daß die Preisschere, das heißt die Mindereinnahmen der Landwirtschaft im Verhältnis zu den notwendigen Ausgaben nach wie vor klafft. Im Oktober 1952 war der Index der landwirtschaftlichen Gesamtausgaben 795 und der der Einnahmen 712. Wir hatten also eine Fehlpunktezahl von 83. Im Oktober 1953 betrug das Verhältnis von Ausgaben zu Einnahmen 782 zu 664, also 118 Fehlpunkte und im Oktober 1954 849 zu 743, also 106 Fehlpunkte. Das wirkt sich in der Verteilung des Volkseinkommens so aus, daß, obwohl die Landwirtschaft 22% der Bevölkerung und 30% der Berufstätigen in Österreich stellt, sie im Jahre 1952 nur 16% des Volkseinkommens hatte und im Jahre 1954 14,8%.

Ein anderes Bild der Entwicklung bringen folgende Zahlen: Seit dem Jahre 1910 hat die Landwirtschaft 600.000 und seit dem Jahre 1934 300.000 berufszugehörige Menschen verloren. Das sind Ziffern, die einerseits ganz klar aufzeigen, daß die Landwirtschaft alles getan hat, was sie tun konnte, daß es aber trotzdem irgendwo fehlt, weil diese Landwirtschaft an der Konjunktur, von der wir in diesem Hause heute schon soviel gehört haben, nicht teilhaben kann, obwohl die gewerbliche Wirtschaft und auch die Arbeiter in Form eines erhöhten Lohnes daran teilhaben. Und warum? Weil die landwirtschaftliche Produktion unter ganz andere Gesetze gestellt ist als dies in der übrigen Wirtschaft der Fall ist. Betrachten wir einmal nur das heurige Jahr. Wir hören immer von einer Konjunktur in vielen Zweigen unserer Wirtschaft. Wir haben auf dem Lande aber durch die ungünstige Witterung heuer unerhörte Ernteauffälle gehabt. Viele Menschen, die in der Landwirtschaft monatlang gearbeitet haben, haben dadurch kei-

nen Lohn für ihre Arbeit empfangen können. Andererseits unterliegen unsere Preise einer ganz anderen Beurteilung als in der übrigen Wirtschaft. Wenn heute die Kinopreise erhöht werden oder die Bierpreise oder wenn Löhne irgendwo erhöht werden in dieser oder jener Gruppe, was sich auch als eine neue Belastung für die Landwirtschaft auswirkt, so nimmt man das irgendwie zur Kenntnis und hofft nur, daß das Lohn- und Preisgefüge nicht ins Gleiten kommt. Wenn wir aber in der Landwirtschaft heute nachweisen, daß die uns vorenthaltene Milchspanne von 8 Groschen pro Liter Milch bei der Auffettung von 3 auf 3½ % auf Grund des Milchverkehrsgesetzes uns doch gebührt, dann haben wir dabei die größten Schwierigkeiten und es erfordert monatelange Verhandlungen und bis heute konnten wir die Vertreter der Arbeiterkammer nicht dazu bringen, zuzustimmen, daß wir diese 8 Groschen bekommen, die wir ja als reines Fett an die Konsumenten weitergegeben haben. Das ist einfach nicht zu erreichen. Mit einem Wort, wir erzeugen Produkte, die politische Preise haben.

Wir sind auch mit der Erhaltung unserer Betriebsmittel sehr belastet. Jeder Lohn erhöht sich sofort, auch für den Landwirt, nicht aber unsere Preise, wodurch wir unter ganz anderen Gesetzen stehen. Und das ist mit eine Ursache, daß die Preisschere zu Ungunsten der Landwirtschaft klafft und daß wir das bis heute nicht haben ändern können. Man muß dabei noch feststellen, daß wir keineswegs auf dem Standpunkt stehen, daß die Landwirtschaft wieder in eine völlig liberale freie Marktwirtschaft kommen soll. Wir als Vertreter der Landwirtschaft bekennen uns absolut zu gewissen marktlenkenden Maßnahmen, weil wir, wie schon früher erwähnt, durch Naturereignisse bedingt, niemals einen stabilen Anfall unserer Erzeugnisse haben. Wir haben Zeiten im Jahr, an denen es mehr Milch gibt und da mehr Milch anfällt als gebraucht wird und da brauchen wir Maßnahmen, die ausgleichend wirken. Daß wir diese Maßnahmen nicht gehabt haben, war die Ursache, daß in der steirischen Landwirtschaft vom Jahre 1930 bis 1936 6000 Betriebe zur Versteigerung gekommen sind. Wir kämpfen heute für die Verankerung dieser marktregelnden Maßnahmen für alle Zukunft, weil wir auf dem Standpunkt stehen, wir wollen dadurch eine stabile Entwicklung unserer Preise erreichen und ich behaupte, daß es auch für den Konsumenten günstiger ist, wenn sich die Preise der wichtigsten Güter, das sind ja die Nahrungsmittel, nicht dauernd auf und ab bewegen. Es wird daher bei den Verhandlungen in den nächsten Monaten vor allem auch der Einsicht der arbeitenden Bevölkerung bedürfen, wenn es um die Verankerung dieser Wirtschaftsgesetze geht. Wir stellen uns vor, diese Maßnahmen in ein Dauergesetz einzubauen, das wir Landwirtschaftsgesetz oder auch Gesetz zum Schutze der landwirtschaftlichen Produktion nennen wollen und in dem wir jene Basis schaffen wollen, die zum Vorteil beider Berufsgruppen gereicht. Ich möchte in diesem

Zusammenhang sagen, daß gerade deshalb, weil die Landwirtschaft mit ganz anderen Maßen zu messen ist, es gerechtfertigt ist, daß der Landwirtschaftsförderung auch Mittel zukommen, die es dem Lande und unserer Kammer ermöglichen, ausreichend zu helfen. Es ist unerhört viel, was wir in der Landwirtschaft noch nachzuholen haben. Ich möchte erwähnen, daß trotz mehrjähriger Tätigkeit auf dem Gebiete des Düngerstätten- und des Jauchengrubenbaues wir erst in 27% der landwirtschaftlichen Betriebe Düngerstätten und Jauchengruben haben.

Ich möchte auch zu einer Frage Stellung beziehen, die im Finanzausschuß angeschnitten worden ist. Im Finanzausschuß wurde die Frage aufgeworfen, ob es überhaupt vertretbar ist, an die Landwirtschaft Beihilfen zu geben, es wäre viel zweckmäßiger und vertretbarer, wenn man nur mit billigen Darlehen arbeiten würde. Ich muß eines sagen: Es ist sowohl das eine wie das andere richtig. Es gibt zweifellos viele Fälle, wo wir keine Beihilfen geben müssen, wo es möglich ist, mit verbilligten Darlehen auszukommen, verbilligt deshalb, weil die landwirtschaftliche Produktion in ihrem langen Umtriebe nicht die Möglichkeit bietet, jeden Zinssatz in der Investition zur Anwendung zu bringen, wie das heute in der übrigen Wirtschaft der Fall ist. Wo Verzinsung nach den üblichen Zinssätzen möglich ist, bin ich auch nicht dafür, daß verbilligte Darlehen gegeben werden. Dort, wo es um die Erhaltung der Betriebsmittel geht, der Gebäude, wo Maßnahmen größeren Ausmaßes notwendig sind, wo Kredite nur langsam abgezahlt werden können, da ist es notwendig, verbilligte Kredite zu geben. Es wird aber auch immer notwendig sein, in der Landwirtschaft mit Beihilfen zu arbeiten, einmal deshalb, weil ja die Beihilfen ihrem Sinne nach dazu da sind, um verschiedene neue Maßnahmen in der Landwirtschaft zur Einführung zu bringen, die noch nicht allseitig in der Bauernschaft bekannt sind. Wenn wir hier Beträge von 20 und 25% an Beihilfe geben, sind viele nicht nur bereit, sondern auch in der Lage, die Investition durchzuführen. Von den Düngerstätten möchte ich sagen: Hier sind die Leute bereit, schwerste Arbeit zu leisten, sie heben selbst die Gruben aus, führen den Schotter selbst zu, nur haben sie selten das Geld, um den Zement zu kaufen. Da ist es vorteilhaft, wenn ihnen hier jene Mittel gegeben werden können, die an Barleistungen notwendig sind. Wir haben auch die Notwendigkeit, Beihilfen dort zu geben, wo es sich um Leute handelt, die absolut an der Grenze der Existenzmöglichkeit sich bewegen. Heute ist es so, daß man bei Beurteilung der Landwirtschaft im Vordergrund immer jene Betriebe sieht, die über eine entsprechende Grundfläche verfügen und einen schönen Wald im Rücken haben. Um die braucht uns nicht bange zu sein. Aber das ist eine ganz kleine Minderheit, die Großzahl unserer landwirtschaftlichen Betriebe sind mit kleinen Flächen ausgestattet, wir haben doch 40% aller Betriebe bis 5 ha und 52% bis 10 ha. Wenn irgend-

ein Unglücksfall auftritt in Form einer Krankheit, ein Viehunglück, ist das eine solche Erschütterung der wirtschaftlichen Lage, daß die Leute ohne irgendwelche Hilfe nicht darüber hinwegkommen. Deshalb ist es vertretbar, daß hier der Steiermärkische Landtag entsprechende Mittel bereitstellt. Ich bedaure sehr, daß es heuer nicht möglich gewesen ist, die Wünsche, die die Vertreter der Landwirtschaft im Finanzausschuß gestellt haben, auch nur einigermaßen zu erfüllen. Ich bedaure, daß es vor allem nicht möglich geworden ist, diese eine Million zur Verfügung zu stellen zur Technisierung des Haushaltes, zur Hilfe für unsere schwer arbeitenden Bäuerinnen, die diese Entlastung gut gebrauchen könnten. Wir haben hier einen Abstrich von $\frac{1}{2}$ Million Schilling, welcher Betrag uns sehr schwer in diesem bzw. im kommenden Jahr abgehen wird.

Ich möchte aber noch auf eine andere Frage zu sprechen kommen. Ich war sehr erstaunt, nachdem allseits festgestellt wird, daß die Tätigkeit der Landwirtschaftsförderung, wie sie bisher durch das Land und die Kammer geführt wurde, in Ordnung war und richtig zum Einsatz kommt, daß nun auf einmal ein Antrag gestellt wurde, bei dem es sich zunächst darum gehandelt hat, verschiedene Aufgabengebiete, die jetzt von der Kammer für Land- und Forstwirtschaft durchgeführt werden, wieder in das Land zurückzuübernehmen. Der Antrag ist dann so abgeschwächt worden, daß man untersuchen soll, ob es nicht vorteilhaft wäre, die Aufgabengebiete, für die das Land die Mittel zur Verfügung stellt, im Rahmen des Landes selbst zu betreuen. Wir waren überrascht, weil wir keine sachlichen Gründe finden konnten, diese Frage überhaupt zu erörtern. So geht es nicht! Wenn man nicht irgendwelche Absichten hat, stellt man nicht irgendetwas zur Untersuchung. Es scheinen irgendwelche Bestrebungen im Gange zu sein. Ich habe schon früher erwähnt, daß die Kammer sich einen Fachapparat aufgebaut hat. Wir haben 1945 vom Reichsnährstand etwas mehr als 1000 Betriebszugehörige übernommen und haben bis auf 500 Mitarbeiter in der Kammer abgebaut. Aber heute haben wir ein Personal, das fachlich derart in Ordnung ist, daß es völlig abwegig ist, zu meinen, daß eine Änderung in der Durchführung der Maßnahmen zweckmäßig wäre. Wenn jemand der Meinung ist, daß sich die Kammer nicht von sachlichen und fachlichen sondern von politischen Gesichtspunkten leiten läßt, müßte ich eine solche Anschuldigung ganz energisch zurückweisen. Ich glaube, Sie können der Kammer, in der unsere Partei die Mehrheit hat, nicht den Vorwurf machen, daß wir uns um diese Dinge zu wenig kümmern. Bei uns ist es nicht üblich wie beim Land, daß die Parteien über verschiedene Bewilligungen vom Mandatar verständigt werden. Wir teilen aber auch mit, woher die Mittel stammen, ob es Landesmittel, Bundesmittel oder ERP-Mittel sind, oder ob ein verbilligtes Darlehen gewährt worden ist. Wir verpflichten jeden Empfänger eines Darlehens oder einer Beihilfe entweder selbst

oder den Hoferben, in der nächsten Zeit einen landwirtschaftlichen Fachkurs zu besuchen, das ist eine Verpflichtung, die mit jeder Gewährung verbunden ist. Das ist schließlich der Grund, warum etwa 20.000 junge Menschen in den letzten Jahren durch unsere Kurse geschult wurden. Sie sehen, daß alles in Ordnung ist, wir brauchen nur mehr Mittel, um noch umfassendere Maßnahmen durchführen zu können.

Ich bin der Meinung, daß es nicht recht und sachlich nicht richtig wäre, wenn das Land neue Aufgabengebiete mit neuem Personal aufbauen würde, um das durchzuführen, was heute die Kammer zur Durchführung bringt. Wir werden aus grundsätzlichen Erwägungen dagegen ankämpfen, weil dies eine Diskriminierung der beruflichen Standesvertretung wäre. Wenn man jemand etwas überantwortet und ihm eine Verantwortung auferlegt und man nimmt das zurück, muß es einen Grund haben, daß man entweder nicht zufrieden ist oder die Aufgaben nicht in Ordnung durchgeführt worden sind. Es hat mich von der Sozialistischen Fraktion gewundert, daß sie in dem Zeitpunkte, wo sie nun auch eine stärkere Vertretung in der Kammer hat, mit einem solchen Antrage gekommen ist.

Ich will den Hohen Landtag nicht zu lange beschäftigen, ich weiß, jeder wünscht, daß wir zeitlich fertig werden. Ich möchte zusammenfassend nur noch sagen: Die Landwirtschaft verdient es wirklich, daß wir mit allen Mitteln helfen, daß sie bestehen kann. Es handelt sich um Leute, die fernab von allen Verkehrswegen und von allen Annehmlichkeiten der Städte, der Kultur und Musik und Sport leben und auf alle möglichen Dinge, die für jene Gebiete bestimmt sind, wo Menschen in großen Gruppen zusammenleben, verzichten müssen. Auf alles das muß der Bauer, weit in der Einsicht oben und drinnen in den Gräben, verzichten. Er kennt nur die Arbeit vom frühen Morgen bis in die späte Nacht. Und daß hier die Gefahr groß ist, daß uns die Leute immer mehr und mehr fortgehen und die Arbeitsplätze in der Stadt noch mehr belasten und dadurch die sozialen Maßnahmen mehr beansprucht werden müssen, das wissen wir. Und diese Tatsache gebietet uns, alles zu tun, um dem Landwirt jene Preise für seine Erzeugnisse zuzubilligen — wir wollen ja keine Almosen —, damit er wirtschaftlich bestehen kann. Es ist dies nicht nur im Interesse unseres Bauernstandes, sondern auch im Interesse unseres Volkes und Vaterlandes. (Anhaltender starker Beifall bei ÖVP.)

Abg. Leopold Ebner: Hoher Landtag! Wenn ich von den rund 800 Millionen Schilling, die hier im Voranschlag vorgesehen sind, nur 1 Million Schilling näher beleuchte, und zwar jene, die als Beihilfe für die Bergbauernbetriebe vorgesehen ist, so glaube ich, dazu ein Recht zu haben. Erstens weil ich mitten unter diesen Menschen lebe, deren Luft atme und ihre tägliche Not kenne und zweitens, weil diese Menschen ganz besonders wertvoll sind.

Ich möchte vorerst nur eine kurze Feststellung machen. Es wird manchmal der Begriff Bergbauer nicht richtig verstanden. Das wundert mich auch nicht, denn wenn Sie so mit der Eisenbahn oder mit dem Autobus durch unser Land fahren, dann sehen Sie wohl da und dort einen schönen Bauernhof und wenn der vielleicht im Ennstal oder im Paltental oder im oberen Murtal liegt, so ist damit die Vorstellung des Bergbauernbetriebes verknüpft. Aber um diese großen Bauerngehöfte geht es nicht, wenn ich hier zum Bergbauernproblem etwas sage. Es geht um jene Bauern, die von der letzten Eisenbahnstation, von der letzten Postautobushaltestelle noch stundenweite Märsche in die Gräben hinein und hinauf auf die Hänge zu gehen haben, dorthin wo man mit keinem Auto und mit keinem Traktor mehr fahren kann, dorthin wo nur mehr das Ochsespann fahren kann, dessen sich die Leute bedienen müssen. Aber dort drinnen in diesen Gräben, entweder unten im Tal, wo beiderseits die Hänge hoch gehen oder hingepickt auf den Steilhang, dort wohnen Menschen und wahrlich, es sind nicht die schlechtesten, die dort wohnen. Die Menschen können sich dort nicht einer Maschine bedienen um ihr Feld zu bebauen und als einzige Einrichtung kommt vielleicht noch der Seilpflug in Frage oder höchstens ein Motormäher. Diese Bergbauern müssen oft die dreifache Fläche bebauen, um den Ertrag von 1 Hektar eines Talbauern zu erreichen, sie müssen Jahr für Jahr in Holzbutten die Steine wegtragen oder sie mit einem Ochsespann von ihrem Acker wegführen und sind dabei vielleicht oft zufriedener als mancher andere, dem das Leben bedeutend einfacher gemacht wird. Und ich muß Ihnen sagen, Hoher Landtag, es geht mir manchmal kalt über den Rücken, wenn ich in einer Kunstausstellung ein Motiv sehe, das einen alten Bergbauerhof irgendwo auf einen Hang hingepickt zeigt und wenn die Leute dann davor stehen und sagen „ach wie schön und wie stillvoll!“ Und es erschüttert mich, wenn Menschen aus der Stadt herauskommen in die Berge und dort ein altes Bauernhaus sehen, mit Holzschindeln gedeckt, mit einer Rauchküche und ganz kleinen Fensterln und diese Menschen sagen dann, „wie herrlich und wie prachtvoll liegt dieser Hof in seiner Ruhe da!“ Und ich bin dann oft versucht, zu sagen, „ja, es ist schön bei uns, die Landwirtschaft ist schön, aber auch schwer und wenn es Ihnen so gefällt, dann leben Sie doch einmal ein Jahr bei uns und Ihre Ansichten werden sich ändern“. Und wenn dann so ein Bauer herunterkommt vielleicht in diese weihnachtlich geschmückte Stadt und hier vor den Auslagen steht, dann wird wieder er sagen „wie herrlich, wie wunderbar, wie einmalig!“ Aber wenn ich ihm sage, er soll doch hineingehen in dieses Geschäft, dann wird er mir sagen „das kann ich doch nicht, mir fehlt das Geld.“ Genau so wie der Städter oben bei uns nicht leben könnte. Diese Gebirgsbauernhöfe sind in der Regel Jahrhunderte alt und sie sind in den meisten Fällen noch so, wie sie seinerzeit erbaut wurden. Daß sie da oft alt und am Zu-

sammenstürzen sind, darf uns nicht wundern. Durch den großen technischen Fortschritt in den letzten 50 Jahren, der größer war als der durch 200 Jahre vorher, kommen auch diese Menschen in ihren Gräben mehr mit der Kultur in Berührung und sehen daher auch den krasen Unterschied, der zwischen dem flachen Land und ihren Gräben dort ist. Wenn nun ein solcher Bauer gezwungen ist, sich seinen Hof neu zu bauen, weil das alte Haus nicht mehr reparabel ist oder seinen Stall instand zu setzen, so ist er das in den meisten Fällen nicht instande, weil ihm das nötige Bargeld dazu fehlt. Es ist nämlich ein Irrtum, wenn man glaubt, daß ja doch ein Wald bei diesem Besitz ist und da die Holzpreise in einer schwindelnden Höhe sind, man sich als Besitzer eines solchen Waldes einfach alles leisten könnte. Ich möchte Ihnen nur sagen, dieser Wald, von dem ich spreche und den diese Leute haben, der ist weitab von der Straße und Sie brauchen sich nur einmal auszurechnen, was die Bringung des Holzes von dort bis zur Straße kostet, wenn der Bauer mit seinen Ochsen nur ein- oder zweimal am Tag fahren kann. Was bleibt ihm denn da noch für sein Holz? Und überhaupt ist das Holz das Kapital des Bauern dort oben, das nur dann angegriffen wird, wenn höchste Not im Verzuge ist.

Hoher Landtag, wenn nun hier 1 Million Schilling dafür vorgesehen ist, diesen Menschen zu helfen, ihr Heim wieder aufzubauen, so glaube ich wohl mit Recht behaupten zu können, daß diese Million Schilling eine der nützlichsten ist unter jenen, die hier im Budget enthalten sind. Meine Damen und Herren, dazu möchte ich noch etwas sagen: Es ist Gefahr im Verzuge. Wenn die Menschen dort oben, die die bravsten Garanten des Staates sind, solange sie an ihre Scholle gebunden sind und die mit aller Macht und mit aller Kraft und mit allen Phasen ihres Herzens sich auch an ihre Scholle klammern und keine Mühe und Not und kein Unglück scheuen, wenn diese Menschen entwurzelt werden, sind sie auch für das ganze Volk und für den Staat verloren. Sie können sich nirgends anderswo festsetzen. Es wurde heute schon einmal „Jakob, der Letzte“ von Peter Rosegger zitiert und ich kann das nur unterstreichen. Wenn diesen Menschen nicht geholfen werden kann oder man ihnen nicht helfen will, dann wird es so sein, daß dort, wo jetzt noch Wiesen und Felder sind, das kommen wird, was vor Urzeiten dort war, vielleicht Wald. Wie wir diese Menschen, die von dort herauskommen, in das andere Leben unterbringen könnten, ist eine Frage, wie es auch eine ist, wer diesen Ackerboden besitzen wird, der hier verloren geht.

Hoher Landtag! Sie haben die Macht und Sie haben die Möglichkeit — nicht mehr für heuer, aber für das nächste Jahr — sich in Erinnerung zu rufen, was ich Ihnen gesagt haben möchte: Daß diese Menschen der Hilfe wert sind und wenn wir schon sagen, wir alle stehen zu unserer Heimat, wir hängen an unserer Heimat, sollen

wir auch alles tun, damit das beste Stück dieser unserer Heimat nicht verloren geht. (Beifall und Bravorufe.)

Abg. Ing. Kalb: Hoher Landtag! Nach den überzeugenden Worten meiner Vorredner wird es sehr schwer sein, die Lage der Landwirtschaft noch deutlicher zu beleuchten. Trotzdem will ich versuchen, noch einige Gedanken dazu zu äußern.

Das vergangene Jahr war mit Ausnahme einer gewissen Konjunktur in der Forstwirtschaft gekennzeichnet durch eine weitere Anspannung der wirtschaftlichen Lage in der Bauernschaft. Wenn auch in der allgemeinen Beurteilung derselben bei den übrigen Berufsgruppen langsam einiges Verständnis für die entscheidende wirtschaftliche Bedeutung und die Schwierigkeiten der Bauernschaft festzustellen ist, so muß aber auch festgestellt werden, daß es neben den immer wieder auftretenden Elementarschäden häufig zu Rückschlägen kommt, die nur dem Egoismus anderer Berufsgruppen entspringen.

Zu ersteren, den Elementarschäden, sei erwähnt, daß es fast in jedem Jahr in unserer Heimat irgendwelche Schäden höherer Gewalt gibt, denen der Bauer wehrlos ausgeliefert ist. Ich erinnere nur daran, daß wir z. B. vor etlichen Jahren unter außergewöhnlichen Dürreschäden zu leiden hatten, während im vorigen Jahr die Spätfröste im Mai schwersten Schaden anrichteten. Im vergangenen Jahr waren es nun wieder die außergewöhnlich hohen Niederschläge, die in verschiedenen tiefer gelegenen Gebieten eine richtige und zeitgemäße Bearbeitung der Äcker unmöglich machten, die deshalb keinen Ertrag lieferten oder nur einen Bruchteil und darüber hinaus die Böden auf Jahre verschlammten und versäuerten. Aber auch auf die Qualitätsverluste bei der Futtererzeugung durch die fast nicht mehr endenwollenden Regenfälle sei verwiesen, die mit eine Ursache für den starken Rückgang der Milchlieferung der letzten Monate sein dürften. Gewiß ist es noch nicht möglich, auf die Niederschlagsmengen selbst Einfluß zu nehmen, wohl aber ist es möglich, durch entsprechende Entwässerungsanlagen, Kanäle und Flußregulierungen größere Wassermengen abzuleiten bzw. zu langes Stehenbleiben auf wertvollen landwirtschaftlichen Nutzflächen zu verhindern. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf weite Gebiete der Weststeiermark, insbesondere des unteren Kainachtales, hinweisen, die im vergangenen Jahre Wochen, ja Monate unter Wasser standen und dringendst einer Flußregulierung bedürfen. Wir begrüßen deshalb, daß im vorliegenden Voranschlag der Betrag für die Flußregulierungen von 4 auf 6 Millionen Schilling erhöht wurde, sind jedoch der Auffassung, daß mit Rücksicht auf die schweren und vor allem nachhaltigen Schädigungen an wertvollem Ackerland im vergangenen Jahr auch dieser Betrag noch zu gering ist.

Um den übrigen Elementarschäden, wie Frost und Lawinengefahr, welche bekanntlich ebenso

wie Hochwasser versicherungstechnisch kaum erfaßbar sind, begegnen zu können, wurden anläßlich der schweren Lawinenkatastrophen in den westlichen Bundesländern von unseren Nationalräten ein Antrag auf Schaffung eines Katastrophenfonds gebracht, welcher natürlich wie immer bei den übrigen Volksvertretern keine Beachtung fand. Unbekümmert um die nun schon sehr gut bekannte Taktik, unsere Anträge nach einer gewissen Zeit unter einer anderen Flagge aufkreuzen zu lassen, ist es uns eine Genugtuung, diesen Gedanken nun doch in der Öffentlichkeit des öfteren erörtern zu sehen. Im vorliegenden, unser Land betreffenden Voranschlag finden wir für diesen Zweck unter dem Titel „Schäden höherer Gewalt“ eine Summe von 2,8 Millionen Schilling ausgeworfen, die wir jedoch wesentlich erhöht sehen möchten, weil wir der Auffassung sind, daß hier die Öffentlichkeit wirklich eine Verpflichtung zu übernehmen hat.

Ähnlich verhält es sich im grundsätzlichen mit dem Landwirtschaftsgesetz, das hier vor einem Jahr noch heftig bekämpft wurde, auf strikte Ablehnung gestoßen ist, dem man aber, wie wir hören, inzwischen schon bedeutend nähergekommen ist.

Zum Problem Maschinenhöfe, gleich ob privater oder kommunaler Art, haben wir unsere Ansicht nicht geändert. Die Maschine oder das Gerät des Maschinenhofes ist für den Benützer fremdes Eigentum und wird niemals dieselbe Sorgfalt und Pflege erfahren, als wenn es das eigene wäre. Wir wissen, daß diese Auffassung, die ja auch gegenüber öffentlichem Gut überall anzutreffen ist, absolut zu verurteilen ist, doch können wir dies leider vorderhand nicht ändern. Durch die mangelhafte Behandlung wird die Lebensdauer der Geräte sinken, die Entschädigungs- und Instandhaltungskosten für die Benützer steigen und damit wieder bei den kaum kostendeckenden Preisen der landwirtschaftlichen Produkte die Rentabilität dieser Geräte und auch des Maschinenhofes in Frage gestellt werden. Hiezu kommt die Tatsache, daß gewisse Geräte und Maschinen an den zum Einsatz geeigneten Tagen sicher von mehreren Bauern zugleich angefordert werden und, ein oder mehrere Male vergeblich angefordert, erlischt totsicher das Interesse an der Maschine, darüber hinaus aber auch am Maschinenhof. Die gemeinsame Maschinenanschaffung wird sich unserer Auffassung und Überzeugung nach nur dort bewähren können, wo als Voraussetzung ein einigermaßen geschlossenes Siedlungsgebiet, viel guter Wille und gegenseitiges Verständnis sowie ein finanzkräftiger Initiator vorhanden sind. Ob für letzteren einzig die Hilfsbereitschaft für die Bauern die Triebfeder ist, sei hier nicht näher untersucht. Daß die Maschinenhöfe kein Allheilmittel für die Bauernschaft sind, geht für den aufmerksamen Leser unseres Verordnungs- und Amtsblattes schon daraus hervor, daß darin regelmäßig und oft sogar mehrfach Liquidationen solcher Genossenschaften anzufinden sind. Wir bejahen im allgemeinen die Entwicklung des Genossenschaftswesens als Selbsthilfe der

Bauernschaft voll und ganz, bei der gemeinschaftlichen Maschinenanschaffung scheint sie jedoch zu versagen.

Zu den Technisierungsmaßnahmen in der Landwirtschaft wäre noch zu sagen, daß von Handel, Gewerbe und Industrie heute eine Unzahl von Maschinen und Geräten den Bauern um teures Geld aufgeschwatzt wird, die dann in keiner Weise den tatsächlichen Anforderungen entsprechen. Es wäre sehr zu empfehlen, dafür Sorge zu tragen, daß die Kammer für Land- und Forstwirtschaft eine rigorose Typenbereinigung der Landmaschinen und deren Überprüfung auf ihren tatsächlichen Gebrauchswert vornehmen könnte.

Was der Bauer heute braucht, sind nicht kleine Subventionen und Beihilfen — obwohl sie im einzelnen wahrscheinlich dankbar entgegenommen werden, — sondern Betriebskapital in Form von niederverzinslichen Darlehen größeren Ausmaßes. Ihm ist zur Beschaffung wirklich ausschlaggebender Kunstdüngermengen, zum Ankauf leistungsfähigen Milchviehs oder arbeitssparender Maschinen sowie für Obstneuanlagen größeren Ausmaßes nicht mit 2000, 3000 oder 5000 S gedient, er braucht hiezu vielleicht das Zehnfache. Dafür wird es aber mit den aus den Darlehen zurückfließenden Mitteln möglich sein, weiteren Darlehenswerbern entscheidend zu helfen. Wir empfehlen deshalb, dies bei den künftigen Jahresvoranschlägen entsprechend zu berücksichtigen.

Wenn ich eingangs meiner Ausführungen von Rückschlägen gesprochen habe, die trotz der allgemeinen Konsolidierung der wirtschaftlichen Lage festzustellen sind, so meine ich damit auch ein Zurückfallen in alte Klassenvorurteile. Man ist heute in Österreich scheinbar vielfach noch der Auffassung, daß der Besitzer einer Wirtschaft mit etlichem Vieh ein Krösus sei, der ohne weiteres und ohne wirtschaftliche Schädigung Jahre und Jahrzehnte lang unter den Erzeugungskosten produzieren und liefern könne. Der Bauernhof ist heute kein Besitztum, aus welchem man sich einen Luxus leisten kann. Im Gegenteil, er bringt nur schwere Arbeit und Sorgen. Und dies nicht nur, um die bescheidenen Bedürfnisse der bäuerlichen Familie zu befriedigen, sondern auch um dereinst über alle Schwierigkeiten hinweg seinen Kindern und Enkeln schuldenfrei überlassen zu können. Das kann er aber heute nur, wenn er mit seiner Familie unbekümmert um den Achtstundentag, um Urlaub, Sonn- und Feiertag schafft und wieder schafft. Ich frage nur, wieviele von der bäuerlichen Bevölkerung heute am Kulturleben teilzunehmen in der Lage sind? Abgesehen von der Lage seines Wohnsitzes und der Entfernung von den Kulturstätten des Landes, ist der Bauer mit seinen Angehörigen am Abend gar nicht mehr in der Lage, ein Theater zu besuchen, weil er vor Müdigkeit ins Bett fällt. Und während in Vergnügungstätten oder Nachtlokalen der Städte vielfach noch Hochbetrieb herrscht, sind der Bauer und seine Frau schon wieder im Stall mit der Versorgung des Viehs beschäftigt, um der übrigen

Bevölkerung unseres Landes die Milch zeitgerecht liefern zu können. Ich bringe dies nicht, um vielleicht die Bauernschaft von Ihnen bedauern zu lassen, sondern um Ihnen vor Augen zu führen, wie selbstlos und fast ohne Teilnahme an Zivilisation und Kultur der Bauer auf seiner Scholle ausharrt. Wir dürfen aber erwarten, daß die übrigen Berufsgruppen und -stände dafür Verständnis aufbringen und nicht so, wie es im vergangenen Jahr einige Male geschah, um einiger sauer verdienter Milchkreuzer willen mit Gewerkschaftsbund und diversen Konsumentenabordnungen dagegen aufmarschieren.

Wenn das damit angeschnittene Kapitel auch nicht unmittelbar zum vorliegenden Jahresvoranschlag gehört, so muß doch festgestellt werden, daß sich die Preisschere dauernd zu Ungunsten der Bauernschaft öffnet. Ich verweise darauf, daß beispielsweise ein kleiner Traktor für einen mittelbäuerlichen Betrieb in der Deutschen Bundesrepublik dem Bauern rund 10.000 Liter Milch kostet, während wir hier zumindest das Doppelte aufbringen müssen. Ähnlich ist es mit den übrigen Maschinen. Das ist doch der beste Beweis dafür, daß nicht nur die Landwirtschaft rationalisieren und billiger produzieren muß. Es wären diese Maßnahmen mit viel mehr Berechtigung beispielsweise der Maschinen- und Textilindustrie zu empfehlen, die dann auch ein Vielfaches ihrer Produkte im Landvolk absetzen könnte.

Zusammenfassend möchte ich also noch einmal den Wunsch äußern, die Mitglieder des Hohen Hauses mögen bei der Behandlung derartiger Fragen ihre wichtigsten sozialen Grundsätze, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in Zukunft auch der Bauernschaft nicht vorenthalten. (Lebhafter Beifall und Bravorufe!)

Abg. Koller: Meine Damen und Herren! Es ist wohl unbestritten, daß eine der wesentlichsten Voraussetzungen für eine Technisierung der landwirtschaftlichen Betriebe, zu der sie ja durch das Fehlen von Arbeitskräften gezwungen sind, die elektrische Kraft ist. Ich möchte daher auf die Elektrifizierung näher eingehen. Nach den Erhebungen, die im Jahre 1948 gemacht wurden, ergibt sich, daß wir rund 28.000 landwirtschaftliche Betriebe, d. s. rund 35 % der gesamten landwirtschaftlichen Betriebe, noch nicht elektrifiziert haben. Es sind nach diesen Erhebungen hierfür rund 850 km Hochspannungsleitungen und 450 Trafostationen und 8000 km Niederspannungsleitungen notwendig. In den Jahren 1949 bis 1953 wurden etwa 50% der Hochspannungsleitungen und 40 % der Umspannstellen und etwa 23 % der Niederspannungsleitungen hergestellt. Im Jahre 1954, also heuer, sind insgesamt 91 Anträge auf Elektrifizierung vorgelegen, die leider infolge Fehlens von Mitteln — es standen nur je 600.000 S an Bundes- und Landesmitteln dafür zur Verfügung — nicht durchgeführt werden konnten. Es konnten daher nur 55 Gemeinschaftselektrifizierungen mit einem Bauvolumen von rund 7½ Millionen Schilling durchgeführt werden. Der Initiative unseres

Landwirtschaftsministers Thoma ist es gelungen, in Vereinbarungen mit den EVU's (Steweag, Steg und noch einigen anderen Elektrizitätsversorgungsunternehmungen, die in privater Hand sind) und denen sich später noch 7 weitere Unternehmungen angeschlossen haben, einen Betrag von 1'6 Millionen Schilling für diesen Zweck zu bekommen. Abgesehen von diesen Finanzierungsmitteln haben auch Steweag, Steg usw. aus ihrem Investitionsfonds Bauvorhaben in der Gesamtsumme von rund 8 Millionen Schilling durchgeführt. Es wurden damit, um nur ein Bild zu geben, im Jahre 1954 rund 800 ländliche Anwesen dem Genuß des elektrischen Stromes zugeführt. Und diese Betriebe haben durchschnittlich 6000 S neben den notwendigen Haus- und Hofinstallationen aus eigenem geleistet.

Aber trotz dieser durchgeführten Elektrifizierungen ergibt sich noch immer — und das ist der Kern, worauf ich hinausmöchte — ein Bedarf nach 400 km Hochspannungsleitungen und 200 Trafostationen und etwa 6000 km Niederspannungsleitungen. Das ist ein Projekt, das, ganz abgesehen von seiner Förderungswürdigkeit, einen Betrag von 150 Millionen Schilling beanspruchen würde. Bei dem jetzigen Tempo und den jetzigen Förderungsmaßnahmen würde das etwa 15 Jahre dauern, bis allen diesen Betrieben und ländlichen Anwesen der Vorteil der elektrischen Kraft zugute kommen würde. Es ist wohl allgemein verständlich, daß es für viele dieser Betriebe sehr schwer tragbar ist, noch 12 oder 15 Jahre zu warten, bis sie in den Genuß dieses segensreichen Fortschrittes kommen können. Ich weiß zwar, daß von Seiten der agrartechnischen Abteilung alles gemacht wird, um alle Möglichkeiten zu nützen, möchte aber darüber hinaus doch die Anregung geben, daß bei den kommenden Voranschlägen dem Gedanken näher getreten wird, auch in der Steiermark, wie in einigen anderen Bundesländern, Mittel für diesen Zweck nicht nur in der gleichen Höhe wie die Bundeszuschüsse sind, sondern darüber hinaus noch festzusetzen. Burgenland und einige andere Bundesländer gehen hier schon mit gutem Beispiel voran. Ich weiß, daß es immer Schwierigkeiten erfordert, Beträge zu erhöhen. Aber ich glaube, daß gerade die Elektrifizierung, die unseren Bauern und Bäuerinnen in den landwirtschaftlichen Betrieben so viele Vorteile und Wohltaten bringt, schon der Mühe wert ist, sich ernstlich mit diesem Gedanken zu befassen und hier einen Weg zu finden. (Beifall bei ÖVP.)

(2. Präsident Operscall übernimmt den Vorsitz.)

Abg. Hegenbarth: Hoher Landtag! Der Steiermärkische Landtag hat im heurigen Jahr einige Gesetze verabschiedet, die von tiefer und einschneidender Bedeutung für das Leben unserer Bauernschaft sind. Ich möchte da vor allem erwähnen das Landesgrundverkehrsgesetz, das heuer im Juni beschlossen wurde. Es mußte beschlossen werden, weil auf Grund einer Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes die bisherige Lösung als ungesetzlich aufgehoben wurde. Es ist

nun möglich, bereits die Erfahrungen von einigen Monaten der Tätigkeit der neuen Grundverkehrskommissionen zu verwerten und ich möchte sagen, daß das neue Gesetz im wesentlichen den Anforderungen und Hoffnungen entspricht, die wir darauf gesetzt haben. Es hat sich auch gezeigt, daß nun endlich die Möglichkeit besteht, dem bereits sehr gefährlichen Spekulationsverkehr mit Grundstücken innerhalb von Verwandten einen wirksamen Riegel vorzuschieben. Dieses neue Gesetz ist auch wesentlich elastischer als das frühere und es gibt den Grundverkehrskommissionen weit mehr Möglichkeit, nach eigenem Ermessen oder nach eigener Stimmung zu handeln als dies bei dem früheren Gesetz der Fall gewesen ist. Natürlich schafft es auch erhöhte Verantwortung. Wenn das neue Grundverkehrsgesetz vielleicht eine schwache Seite hat — denn wo viel Licht ist, da gibt es auch immer viel Schatten —, so kann dieser Schatten vielleicht darin gesehen werden, daß durch die Möglichkeit des Parteienghört nun eine gewisse Ausdehnung der Arbeit der Grundverkehrskommission festzustellen ist. Ein Fall, der früher vielleicht in 15 Minuten entschieden war, braucht nun oft stundenlange Beratungen, weil die Parteien darauf bestehen, gehört zu werden.

Wir haben das Jagdgesetz novelliert und hoffen für absehbare Zeit unter dieses leidige Kapitel den Schlußpunkt gesetzt zu haben. Die Beschwerden der Bauernschaft über Wildschäden waren sicherlich berechtigt. Auch die Jägerschaft, soweit sie den bäuerlichen Wünschen vielleicht verschlossen war, hat nun den Wünschen der Bauernschaft Rechnung getragen und diese einvernehmliche Auffassung hat die Novellierung des Jagdgesetzes ermöglicht.

Viele Jäger, alle Nichtjäger und Naturfreunde haben dazu einige Worte zu sagen. In der steirischen Landwirtschaft zählen wir 200.000 selbständige und unselbständige, berufsausübende Kammerwahlberechtigte. Von diesen 200.000 sind 9000, das sind 4½ %, im Besitz einer Jagdkarte. Es ist nicht so, daß die übrigen 95½ % grundsätzliche Gegner der Jagd sind. Unsere Kultur würde zu einer Kultursteppe werden, wenn die heimische Fauna verschwinden würde; was aber die Bauernschaft verlangt, ist, daß das Wild in dem Umfang gehalten wird, der keine unerträgliche Belastung der Landwirtschaft darstellt und da habe ich als Naturfreund einige Bitten und Wünsche an unsere Grünröcke und Hubertusjünger.

Unsere heimische Fauna ist im Laufe der letzten Jahrzehnte immer ärmer geworden und es ist so, daß es bei manchem Sonntagsjäger zum guten Ton gehört, in den guten Stuben alles ausgestopft zu haben, was in Wald und Flur herumläuft, den Dachs, den schon ganz seltenen Fischotter. Damit greifen wir in biologische Gesetze ein und das rächt sich furchtbar. Wir haben erlebt, daß im Laufe der letzten Jahrzehnte die Gamsbestände, durch die Gamsräude dezimiert, fast zum Aussterben gekommen sind, als logische Folge der fast gänzlichen Ausrottung des Adlers;

seit der Adler geschützt ist, nimmt die Gamsräude ab. Im Laufe des Sommers haben wir in den Zeitungen gelesen, daß einmal da, einmal dort ein großes Fischsterben in den Flüssen eingetreten ist, nicht nur dort, wo die bösen Papierfabriken ihre Abwässer hineinlassen, sondern auch in anderen Bächen und Flüssen, wo weit und breit keine Fabriken stehen. Dort fehlt die Gesundheitspolizei, der Fischotter, der alles, was kränklich ist, als geborener Sanitätspolizist wegräumt.

Wir haben auch ein landwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz beschlossen und damit auch Grundlagen geschaffen zur Heranbildung eines Stockes von landwirtschaftlichen Facharbeitern. Die Landwirtschaft ist ein Beruf, der von Jahr zu Jahr komplizierter wird; der Hilfsarbeiter hat eine immer schmalere Daseinsberechtigung, er wird in ständig wachsendem Maße vom Facharbeiter, vom Spezialisten verdrängt. Diese Facharbeiter, diese Spezialisten, können nur im Wege einer ordentlichen Berufsausbildung herangezogen werden. Es kommt noch dazu, daß der Hilfsarbeiter, ganz egal, in welcher Berufssparte er tätig ist, keine Aufstiegsmöglichkeit hat. Der Facharbeiter hat verschiedene Aufstiegsmöglichkeiten. In der Landwirtschaft sehen wir, daß um gute Facharbeiter ein ausgesprochenes Geriß ist; dadurch wird das Gefühl der Minderwertigkeit im Landarbeiter abnehmen. Ein gesundes Selbstbewußtsein macht sich geltend, durch die Förderung des Eigenheimbaues wird ihm die Möglichkeit der Familiengründung geboten, kurz, er wird sich als vollwertiger Sohn unseres Volkes fühlen.

Im Laufe der letzten zwei, drei Jahre ist die österreichische Forstwirtschaft Gegenstand höchst intensiver Betrachtungen geworden. Verschiedene Leute, die in der sogenannten Grünen Front organisiert sind, behaupten seit Jahren allen Ernstes, daß wir mit dem kostbaren „Grünen Gold“, mit unseren Wäldern, unverschämten Raubbau getrieben hätten. Sie behaupten, wenn wir noch 10 Jahre so weiterwirtschaften, werden alle halbwegs brauchbaren Holzbestände zu Ende sein. Auf der anderen Seite waren anerkannte Fachleute hier, die das Gegenteil behaupten, daß wir nicht einmal die Zinsen des Holzkapitales in den letzten 10 bis 15 Jahren geschlagen haben.

Um bei dieser Frage, bei der ja alle bisher genannten Ziffern nur Schätzungen waren, Ordnung hineinzubringen, einen sicheren, verlässlichen Überblick über unsere wirkliche landwirtschaftliche Lage zu gewinnen, hat Landwirtschaftsminister Thoma bereits im Vorjahre die Kartierung der österreichischen Wälder angeordnet. Man ist dabei einen neuen Weg gegangen. Im Wege der bisherigen Vermessungsmethoden hätte es 5 Jahre gedauert, ehe man einen halbwegs genauen Überblick erhalten hätte. Österreich hat sich nunmehr des bisher modernsten Systems bedient, mit Hilfe von Flugzeugen, die vom amerikanischen Landwirtschaftsministerium zur Verfügung gestellt worden sind, alle irgendwie größeren österreichischen Waldgebiete photokartographisch aufzunehmen. Es wurden

tausende Meter Farbfilm verbraucht. Diese Luftaufnahmen werten erstklassige Fachleute aus, indem sie auf Grund der Farbenkontraste, und das ist die entscheidende Sache, feststellen, wieviel Prozent der Waldfläche mit altem Holz bestanden, wieviel Prozent Jungwald, wieviel Prozent Waldblößen sind. Diese Auswertung wird in 6 bis 8 Monaten beendet sein und ein verlässliches Bild unserer landwirtschaftlichen Lage ergeben. Wir sind in den nächsten Jahren demzufolge ohne weiteres in der Lage, festzustellen, wo im Verlaufe der letzten Jahre zuviel oder zu wenig Holz geschlagen wurde und wieviel Festmeter alljährlich aus den Waldungen herausgenommen werden können.

Ich möchte aber auch auf etwas anderes hinweisen, nämlich auf die Tatsache, daß wir gewisse Holzreserven haben, die von dem bisher Gesagten unabhängig sind. Ich denke an jene Holzmengen, und es sind viele Hunderttausend Festmeter, die in den bäuerlichen Betrieben gewohnheitsmäßig als Brennmaterial verheizt werden. Heute weiß jeder Bauer, auch der, der normalerweise kein Holz zu verkaufen hat, und das ist der größte Teil unserer Bauern, daß das Holz einen Konjunkturwert besitzt; es ist aber auch Tatsache, daß der Holzhändler sich für das Durchforstungsholz nicht interessiert. Interessant wird der Bauer als Holzlieferant dann, wenn er 50 bis 100 Meter liefern kann. Wir denken daran, daß wir in Zukunft diese kleinen Mengen irgendwie zusammenbringen werden, um sie im Großen verwerten zu können, allenfalls einem einzigen Abnehmer zu verkaufen. Wenn es bei rund 50.000 Kleinbauernbetrieben, unter denen nur wenige regelmäßig Holz verkaufen, möglich wäre, 2 Klafter Holz, das bisher als Brennholz verwendet wurde, als Schleif- oder Grubenholz zu verwerten, könnten wir auf diese Weise in Steiermark rund 300.000 Festmeter Holz zusätzlich verkaufen, was volkswirtschaftlich gesehen einen Nutzen ersten Ranges bedeutet, da dadurch Devisen in das Land kommen und der österreichische Kohlenbergbau gefördert wird.

Ab 1. Jänner kommenden Jahres bekommt auch die große Masse unserer Bauern die Kinderbeihilfe. Ich glaube, daß diese Kinderbeihilfe vielleicht die beste Klein- und Bergbauernhilfe ist, die es bisher gegeben hat. Den wenn so ein kleiner Bergbauer mit 5 Kindern nun alljährlich über 7000 S an Kinderbeihilfe bekommt, so ist das eine sehr wesentliche finanzielle Hilfe und ich bin fest davon überzeugt, daß es möglich sein wird, mit dieser Hilfe manchen schon schwankend gewordenen Bergbauern auf seinem Riegel oben zu erhalten.

Wir haben im Finanzausschuß auch einen Antrag gestellt, einen bescheidenen Förderungsbeitrag für die Schaffung von Erntekindergärten zu bewilligen. Leider ist dieser gut gemeinte Vorschlag dem unbarmherzigen Rotstift des Herrn Landesfinanzreferenten zum Opfer gefallen. Wir werden es also ohne Landeshilfe probieren. Mit diesen Erntekindergärten beschreiten wir einen für Österreich ganz neuen Weg. Kindergärten

gibt es ja schon seit hundert Jahren in allen größeren Städten und Orten, aber diese Erntekindergärten sollen die Bäuerin und die Landarbeiterin, die in Zukunft auch vielfach Hausfrau und Mutter sein wird, von der schweren Mühe der Kinderüberwachung während der Erntemonate entheben. Wir stellen uns vor, daß da in größeren Dörfern oder für zwei oder drei kleinere Dörfer zusammen ein solcher Erntekindergarten von Juli bis Oktober geschaffen wird. Auf diese Weise wird die Bäuerin, der es ja wirklich nicht an Arbeit fehlt, die Möglichkeit haben, sich mehr als bisher den Berufsaufgaben zu widmen. Wenn man so mit Landarbeiterehepaaren spricht, so spürt man, daß dieses Ehepaar eine Sehnsucht hat nach dem Kind. Tatsächlich aber konnte dieser Wunsch nach einem Kind sehr oft deshalb nicht befriedigt werden, weil ganz einfach nicht die Möglichkeit bestand, dieses Kind den Sommer über unterzubringen.

Der Herr Abg. Kalb vom VdU hat uns eine sehr interessante Leseübung geliefert über seine Einstellung zu den Fragen der Landwirtschaft. Wir nehmen mit Befriedigung zur Kenntnis, daß sich der VdU von seiner vorjährigen Begeisterung für die Maschinenhöfe bereits einigermaßen abgekühlt hat. Ich finde es nur interessant, daß der Herr Abgeordnete vom VdU mit dem Kampfruf der Französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ seine sicherlich sehr interessanten Ausführungen abgeschlossen hat. Ich billige ihm dabei jedoch die beste Absicht zu.

Über die Mechanisierung der Landwirtschaft wird ja zweifellos heute noch sehr viel geredet werden. Ich bin fest überzeugt, daß der Weg, den die Kammer bisher gegangen ist und den der zuständige Referent, Herr Landesrat Prirsch, schon seit acht Jahren zielbewußt beschritten hat, auch der beste ist. Die Kammer hat in den letzten Jahren mehr als 10.000 landwirtschaftliche Maschinen mit Zuschüssen beteuert und vor allem an Kleinbauern abgegeben. Vor einigen Wochen hatten wir Gelegenheit, anlässlich einer Anfrage der sozialistischen Kollegen zu Fragen der Maschinenhöfe ihre Meinung zu hören. Der Herr Abg. Edlinger, der ja als Wortführer dieser Anfrage zeichnet, hat dabei erzählt, daß die Maschinenhöfe sich einer steigenden Beliebtheit erfreuen und hat dabei, was mich einigermaßen verwundert, nicht erzählt von den Kleinbauern, die angeblich so begeistert sind, vielmehr daß Grafen und Fürsten und andere durchlauchte Herrschaften ebenso wie hohe geistliche Herrschaften sich dieser Maschinenhöfe bedienen. (Heiterkeit.) Damit bestätigt sich eigentlich unser Verdacht, daß diese Maschinenhöfe nicht für die Kleinbauern, sondern für die Großbauern geschaffen worden sind. Und die Praxis sieht ja auch danach aus. Denn wenn es die Sozialisten wirklich ehrlich gemeint hätten mit ihren Maschinenhöfen, dann hätten sie doch die Gebühr für diese Leihmaschinen für die Kleinbauern nach der Flächenleistung und nicht nach der Stundenleistung berechnen müssen. Es ist doch eine Tatsache, daß, wenn sich einer der hohen Herrschaften, wie sie der Herr Abg. Edlinger er-

wähnt hat, seine 10 ha Weizen umpflügen läßt, geringere Kosten pro Hektar entstehen, als wenn der Kleinbauer für sein Fleckerl von einem Viertelhektar den Traktor in Anspruch nimmt. Jedenfalls ist bei der praktischen Handhabung der Kleinbauer der Benachteiligte.

Ich wundere mich aber sehr, daß von Seite der Sozialisten die wesentlichste Voraussetzung einer weiteren Mechanisierung und vor allem Motorisierung der Landwirtschaft noch nicht zur Debatte gestellt worden ist, nämlich eine vernünftige Grundzusammenlegung. Wenn 16 Bauern über 110 Grundparzellen zu bearbeiten haben, das sind für den einzelnen beinahe 10, so wird eben die Verwendung moderner Maschinen illusorisch. Wir müssen daher zuerst die Voraussetzungen schaffen. Praktisch sind ja im Laufe der letzten fünf bis sechs Jahre mehr Grundparzellen in der Steiermark zusammengelegt worden als in dreißig Jahren vorher. Und es sind jetzt schon wieder 3500 ha für die nächsten zwei Jahre vorbereitet worden. Es ist gesagt worden von der Agrarbezirksbehörde, daß es momentan gar keinen Sinn habe, neue Anmeldungen vorzunehmen, weil bis Ende 1956 gar keine weiteren angemeldeten Flächen mehr zusammengelegt werden können.

Hoher Landtag! Die Bauernkammerwahlen des 21. November waren eine Abstimmung der steirischen Bauernschaft — ich werte sie jedenfalls so — ob sie mit der bisherigen Führung der Agrarpolitiker in der Steiermark zufrieden war oder nicht. Man behauptet manchmal, und zwar vor allem die Statistiker, daß eine politische Partei oder Gruppe, wenn sie so oder so viele Jahre am Ruder ist, sich irgendwie abnützt. Nun, bei der Arbeit des Bauernbundes und bei dem Wahlergebnis hat sich gezeigt, daß es keine Abnützungerscheinungen gegeben hat, sondern daß noch viel mehr als im Jahre 1949 mit dem Stimmzettel bewiesen haben, daß sie mit der Arbeit unserer Bauernkammer und unserer agrarischen Vertreter zufrieden sind. Und in diesem Sinne, Hoher Landtag, wollen wir die Förderung der Landwirtschaft auch in Zukunft weiter durchführen. (Beifall und Bravorufe bei ÖVP.)

Abg. **Strohmayer**: Hohes Haus! In die Gruppe 7 fällt auch der Abschnitt 75 „Förderung der gewerblichen Wirtschaft“. Ich weiß, daß ich mit diesem Kapitel mitten in die Debatte über die Landwirtschaft falle. Es ist aber leider so, daß auch dieser Abschnitt in diese Gruppe gehört. Der ganze Abschnitt 75 ist präliminiert mit 1.305.000 S. Ein wahrlich bescheidener Betrag, wenn man bedenkt, welche große Zahl von Gewerbetreibenden damit betreut werden soll. 37.000 Gewerbetreibende gibt es in der Steiermark und wenn man den Förderungsbetrag durch diese Zahl dividiert und dazurechnet, was die Kammer dazugeben soll, dann kommt auf jeden Gewerbetreibenden ein Darlehensbetrag von höchstens 54 S. Wir haben diesen Betrag wirklich lächerlich gefunden und haben im Finanzausschuß den Antrag gestellt, ihn von 1 Million wenigstens auf

3 Millionen zu erhöhen. Leider haben wir aber mit diesem Antrag kein Glück gehabt und es hat mehr als komisch gewirkt, daß sich gerade der Vertreter der gewerblichen Wirtschaft mit aller Vehemenz dagegen gestellt hat. (Zwischenruf: „Wer war das?“) Wer das war? Ich will seinen Namen nicht nennen. Er ist ja hier, ich habe geglaubt, er ist nicht hier und wollte seinen Namen in seiner Abwesenheit nicht nennen. Jetzt auf einmal ist er gekommen. Den ganzen Tag war er nicht hier (Gelächter.) Ich glaubte schon, es sei ihm heute noch schlecht von seiner gestrigen Rede. (Abg. Stöffler: „Mir wird gleich von Ihrer Rede schlecht sein“). Nun kann ich offen sprechen. Es ist mehr wie beschämend für den Gewerbestand, daß jemand, der seinerzeit selbst diesen Fonds angeregt hat, der selbst von den Groschen des Gewerbestandes lebt, sich als Erster gegen unseren Antrag gestellt hat. Warum? Weil in dem Augenblicke, wo das Land einen höheren Beitrag gibt, auch die Kammer diesen Beitrag erhöhen muß. Das Gewerbe, besonders das Kleingewerbe, braucht aber dringend Mittel. Je größer die wirtschaftliche Entfaltung, desto größer der Geldbedarf. Die Industrie weiß sich zu helfen, sie hat ihre Bankverbindungen und Bankkredite. Das Kleingewerbe hat nichts. Man spricht von Konjunktur, ich gebe zu, daß für manche eine Konjunktur herrscht, Gott gebe, daß sich die Konjunktur auf alle ausbreitet, jetzt ist es nur eine gewisse Schichte, die anderen haben nach wie vor noch immer mit der Not zu kämpfen.

Bei der Gewährung der Fondshilfe hat man so rigorose Bedingungen festgelegt, daß die Erlangung dieser Kredite für einen Großteil nicht möglich ist. Bei diesen kleinen Gewerbetreibenden, denen es oft bitter hart geht, die froh wären, wenn ihnen das bleiben würde, was sie an sozialen Lasten zu leisten haben, ist es nicht angebracht, so harte Sicherheitsbedingungen zu stellen, und zwar müssen sie einen unbelasteten Realbesitz haben oder zwei Bürgen bringen. Welcher Gewerbetreibende, der heute einen Kredit braucht, hat einen Realbesitz und welcher bekommt irgendeinen Bürgen? Das ist eben nicht möglich und so ist es nun wie immer, es bekommen diesen Kredit nur ein paar Auserwählte und das ist nicht der Zweck. Und so wie hier beim Gewerbestandes ist es auch beim Fremdenverkehrs-Investitionsfonds. Hier ist es noch besser, hier sind wir schon etwas weiter. Dieser Investitionsfonds wurde für das Gastgewerbe aufgezogen und zur Speisung dieses Fonds die Fremdenverkehrsabgabe eingeführt. Bei der Einführung dieser Fremdenverkehrsabgabe hat man hoch und heilig versichert, daß der ganze Eingang zur Dotierung des Fremdenverkehrs-Investitionsfonds verwendet werden wird. Nun sind zwei Jahre kaum vorbei und von den Eingängen des Fremdenverkehrs-Investitionsfonds bekommen 25 % die Gemeinden und 10 % das Land. Also 65 % fallen nur mehr dem Investitionsfonds zu und 35 % werden weggenommen. Wie wird es weiter sein? Die Fremdenverkehrsabgabe wird bestehen bleiben und der Fremdenverkehrs-In-

vestitionsfonds wird nichts mehr bekommen und die Gastwirteorganisation, die dem zugestimmt hat, hat sich von den Politikern überläßeln lassen. Zu guter Letzt wird der Fremdenverkehrs-Investitionsfonds einmal mit seinen Mitteln in die Landesfinanzen einmarschieren. (Abg. Stöffler: „Ein alter Marschierer!“) (Schallende Heiterkeit.) Sie haben schon lange ausmarschiert. (Erneute Heiterkeit.) So läßt man das Gewerbe, das in bitterer Not steht, das Gastgewerbe im Stiche. Sie werden sagen: Wir haben doch einen steigenden Fremdenverkehr. An dem steigenden Fremdenverkehr muß das Gastgewerbe in irgendeiner Form partizipieren. Man könnte das wirklich glauben, aber ich weiß nicht, ob man mit Ihnen überhaupt so sprechen kann. (Landesrat Pirisch: „Tun Sie, tun Sie!“) (Gelächter.) Dem Gastgewerbe geht es heute wirklich schlecht. Die Mehrzahl, mindestens 70 % der Gastwirte, die nur von ihren heimischen Kunden und Stammgästen leben, sind durch die Verhältnisse der Zeit, die geschäftlichen Umstände von ihrer Existenz abgedrängt. Sie tragen eine Überbelastung, mit der nicht mehr durchzukommen ist. Ich kann viele Beispiele bringen, daß viele Gastwirte nur mehr von dem leben, was sie seinerzeit verdient und erworben haben. Sie können derzeit nichts mehr dazu verdienen. Fragen Sie die Steuerbehörde, wie die Bilanzen ausschauen. Die Fremdenverkehrsbetriebe sind auch in Schwierigkeiten. Dort sind die Schwierigkeiten vielleicht ein wenig gelockert. Aber nur 6 % des Gastgewerbes sind als Fremdenverkehrsbetriebe anzusehen. Diese Fremdenverkehrsbetriebe müssen, nachdem Steiermark abseits vom Fremdenstrom liegt, durch billigere Preise und größere Leistungen die Fremden künstlich heranziehen. Vielleicht wird es einmal ein Erfolg, vorläufig ist es nur ein „in die Zukunft arbeiten“. Außerdem haben diese Betriebe mit einer kurzen Saison zu rechnen, die die Lasten, die das ganze Jahr auf einem solchen Betrieb sind, nicht hereinbringt. Weiters haben diese Fremdenverkehrsbetriebe durch die Verdienstabdrosselung, die hier in diesem Lande schon seit vielen Jahren immer gewesen ist, nicht die Möglichkeit gehabt, jenen Komfort zu schaffen, den die westlichen Länder den Fremden bieten können. Die ERP-Mittel wurden in diesem Lande fast ausschließlich für Neubauten ausgegeben und für bestehende Bauten überhaupt nichts. (Abg. Wegart: „Nein, das ist nicht wahr!“) Wir haben ein Beispiel, Herr Kollege Wegart, das Bahnhofhotel in Graz, wo man 8 Millionen ERP-Mittel geben will, während die bestehenden Betriebe nichts bekommen haben und nichts erhalten sollen. Nur das neue, nur das fremde Kapital bekommt hier die Beträge, während das wirkliche Gastgewerbe nichts davon hat. (Zwischenruf: „Und die Entschädigungen an so manche Betriebe?“) Das sind ja nur Betriebe, in denen die Engländer waren und denen man auf diese Weise einen Ausgleich geben wollte. Hier sitzt der Herr Landesrat Brunner, der ja der zuständige Referent ist und dieser wird bestätigen, daß es so ist. Es hat keinen Sinn, darüber hinweg

zu schauen, wenn man alles klar sieht. Ich gebe zu, daß für gewisse Sparten eine Konjunktur da ist, aber Sie müssen auch so ehrlich sein und verstehen, daß man einzelnen Ständen erst helfen muß, damit sie den Anschluß an diese Konjunktur finden. Und es ist Ihre und unsere Pflicht, endlich einmal da hinein zu schauen.

Die Gastwirte selbst versuchten, sich durch die Bierpreiserhöhung zu helfen. Der Herr Präsident Wallner hat gesagt, Bier könne man ohne weiteres erhöhen und manches andere auch, aber wenn die Bauern mit ihrem Milchpreis hinauffahren, dann gehe das nicht. Dem ist aber nicht so. Wenn ich diese letzte Bierpreiserhöhung betrachte, so ist sie ein Verzweiflungsschritt des Gastgewerbes gewesen. Erinnern Sie sich, wie man damals die Bevölkerung gegen die Gastwirte mobilisiert hat und wie man Posten hingestellt hat und mit allen Mitteln die Öffentlichkeit aufgehetzt und organisiert hat. Das war nicht schön! Denn zu guter Letzt haben die Gastwirte diese Erhöhung nur deshalb durchgeführt, weil sie der Gewerkschaft bezüglich der Forderung Weihnachstremuneration zugestimmt hat. Man kann ihnen dann aber nicht auf der anderen Seite den Revolver ansetzen, so geht das nicht. Schließlich sind auch die Gastgewerbetreibenden Kinder dieses Landes. Und so wie es vielen Gastwirten heute geht, geht es auch verschiedenen anderen Gewerbetreibenden. Schauen Sie sich einmal die Schuhmacher und die Faßbinder an, schauen Sie sich die anderen Stände an und Sie werden sehen, daß es bei einem gewissen Teil der Gewerbetreibenden wirklich an der Zeit ist, helfend einzugreifen. (Landesrat Prirsch: „Sie haben aber auch einen Fabriksschuh an und keinen vom Schuhmacher.“) Ja, wo denn?! (Heiterkeit.) Ich bitte Sie, tun Sie das lieber nicht verdrehen. Verstehen Sie endlich, daß hier auch geholfen werden muß. Für heuer ist es ja schon zu spät, diese Bitte gilt daher bereits für das nächste Jahr. (Beifall bei der WdU.)

(III. Präsident Scheer übernimmt den Vorsitz.)

Abg. Edlinger: Hoher Landtag! Es haben sich meine Vorredner vielfach geäußert über die katastrophalen Zeiten und Jahre in der Landwirtschaft. Ich möchte als Abgeordneter der südwestlichen Steiermark feststellen, daß gerade diese Gebiete unter den Katastrophen der letzten Jahre am meisten gelitten haben. Waren es heuer Hagel, Wasserschäden und Sturmschäden, wie man sie nie zuvor in unserer Gegend sah, so waren es voriges Jahr späte Fröste, die unseren Wein und unser Obst vernichtet haben und war es im Jahre 1950/51 die übergroße Trockenheit, die ganz enorme Ernteausfälle verursacht hat. Im selben Ausmaß sind in diesen Jahren die Ernteerträge stark zurückgegangen, das heißt, es war fast durchwegs eine Mißernte und vor allem im Obstbau ist bereits seit zwei Jahren keine Ernte mehr zu verzeichnen. Ebenso war es im Weinbau, denn auch hier sind die Einnahmen fast gänzlich verschwunden. Wir sind zuzusagen geldarm geworden deswegen, weil wir

infolge der Kleinheit unserer Betriebe sonst nichts zu verkaufen haben, als eben diese einzigen Einnahmen aus Wein und Obst. Als Mitglied und als Aufsichtsrat einer Genossenschaft kann ich wohl den Warenumsatz unserer Bauern als Gradmesser annehmen, den die Genossenschaft gibt uns ja immer ein Spiegelbild über die wirtschaftlichen Erfolge oder Mißerfolge in unserer Gegend und es ist leider so, daß wir bei einer Zwischenbilanz in unserer großen Genossenschaft feststellen mußten, daß der Warenabsatz und -umsatz in dem letzten halben Jahr über 50 % zurückgegangen ist. Das ist ein Zeichen, daß nicht einmal die notwendigsten Bedarfsartikel eingekauft werden konnten, wobei wir gleichzeitig feststellen konnten, daß die Verschuldung unserer Genossenschaftsmitglieder einen ganz großen Umfang angenommen hat. Es muß also aus diesem Grunde heraus wirklich etwas geschehen. Wir sind am Ende mit unserem Geld, wir haben keine Möglichkeit, daß wir uns irgendwie erholen können, wenn nicht entsprechende Maßnahmen getroffen werden. Denn wenn kein Geld in der Landwirtschaft vorhanden ist, können auch keine Förderungsmaßnahmen gemacht werden. Ja die Förderungsmaßnahmen, sei es in der Tierzucht oder im Pflanzenbau, gleichgültig ob im Obst- oder Weinbau, werden sich gar nicht auswirken, wenn nicht der Bauer selbst Eigenmittel aufbringt. (Abg. Wegart: „Herr Abg. Edlinger, das müssen Sie aber auch in einer öffentlichen Versammlung sagen.“) Bei der Tierzuchtförderung handelt es sich um Einkauf von besserem Zuchtmaterial. Und es wird uns Bauern schwer fallen, trotz der Förderungsmaßnahmen, die zusätzlichen Mittel aufzubringen, um das Zuchtmaterial einzukaufen. Es wird auch dem Pflanzenbauer schwer fallen, besseres Saatgut und mehr Kunstdünger zu beschaffen. Ich weiß, für Kunstdünger gibt es eine Kreditaktion, die wirkt sich ja sehr gut aus, aber wenn ein Jahr nach dem anderen ein Mißjahr ist, dann wird halt das Zurückzahlen, wenn der Kredit zu kurzfristig ist, für den Einzelnen schwierig sein und es wird auch diese kurzfristige Kreditaktion für die nächste Zeit für manchen nicht mehr erreichbar sein, weil er in der Zwischenzeit die alten Schulden der Raiffeisenkasse nicht zurückzahlen konnte. Die Förderung im Obstbau besteht hauptsächlich in der Beihilfe für Schädlingsbekämpfung und wer die Untersteiermark kennt, weiß, daß ganze Gebiete bereits von der San-José-Schildlaus befallen sind und daß diese Schildlaus schon bis auf die Berge hinauf vorgedrungen ist. Und ich glaube kaum, daß dieser Schädling sich eindämmen lassen wird und ich bin überzeugt, daß wir über kurz oder lang die Einnahmen aus dem Obstbau ganz abstreichen werden müssen, weil uns alle Bäume eingegangen sein werden.

Ähnlich ist es beim Weinbau, wo man jetzt daran ist, durch Hochkulturen an Arbeit zu ersparen. Die Weinbauern sind ja nicht zur Gänze nur Weinbauern, sondern meist gemischte Be-

triebe, wo eben ein Weingarten dabei ist. Es wird schwer fallen, daß er die großen Summen aufbringt, um eine Umstellung im Weingarten vorzunehmen. Trotz Beihilfen wird das sehr schwierig sein.

Beihilfen werden weiter gegeben für Silos, für Düngerstätten, Stallverbesserungen. So notwendig diese Sachen sind, so wenig wird es dem einen oder anderen möglich sein, irgendetwas zu verbessern. Wenn wir uns mit dem Umsatz des Baumaterials befassen, so müssen wir feststellen, daß der Umsatz im letzten Jahr um über 60 % zurückgegangen ist. Das ist ein Zeichen, daß in der Landwirtschaft nichts mehr gebaut wird, nicht mehr gebaut werden kann und daher glaube ich, daß bei diesen Förderungsmaßnahmen, die vielfach durch die Landesbauernkammer durchgeführt werden, auch diese Sache untersucht werden muß. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um Kredite zur Verfügung stellen zu können, es müßten natürlich langfristige sein, so daß auch diese hier bereitgestellten Förderungsmittel für Notstandsgebiete verwendet werden können. Ich weiß, es gibt für alle diese Bauten und Verbesserungen eine Bauabteilung, die Pläne zur Verfügung stellt, auch Beratungen werden durchgeführt. Was helfen aber die Pläne, wenn das nötige Geld fehlt, die nötigen Unterlagen fehlen, so daß man an die Durchführung nicht herangehen kann. Ein großer Fehler ist es, daß noch nicht ermittelt und erfaßt worden ist, welcher Schaden der Landwirtschaft im heurigen Jahr durch den zu späten Anbau und die dadurch bedingte zu späte Ernte entstanden ist. Ich glaube, auch diese Schäden sind ungeheuer groß. Durch die lange Regendauer und auch durch den Leutemangel konnte der Anbau nicht rechtzeitig und richtig durchgeführt werden und es ist vielfach erst Ende Mai die Saat in die Erde gekommen. Die Folge davon war unreifer Mais, vor allem rostiges Getreide und Kartoffelfäule. So konnten die Wiesen, die zwei- und dreimähdig waren, nur einmal gemäht werden. Der Arbeitermangel und das Fehlen der geeigneten Geräte war daran mitschuld und so hat uns diese schlechte Einbringung eine große, ungeheure Futterentwertung gebracht, die sich natürlich darin auswirkt, daß die Futtergrundlage für das Vieh nicht gegeben ist. Wenn man denkt, daß hunderte und hunderte von Hektar Wiesen überschwemmt worden sind, besteht die große Gefahr der Lebersegelseuche, die in unseren Gegenden stark und oft auftritt. Sie ist noch zu erwarten und ich glaube, daß wir durch alle diese Schäden eine besonders große Einbuße erleiden werden.

Wenn der Herr Präsident Wallner hier erklärt hat, daß in der Steiermark in der Landwirtschaft bereits über 4000 Traktoren in Betrieb stehen, so muß ich auf etwas hinweisen: In meinem Gerichtsbezirk sind 4 Traktoren, das sind ein paar Gutsbesitzer, ein großer Waldbesitzer und ein privater Maschinenhalter und nur der einzige private Maschinenhalter ist gewillt, Lohnarbeit zu leisten. Da möchte ich dem Herrn Ing. Kalb — er ist leider nicht da — weil

er gegen unsere Maschinenhöfe ist, erklären, daß gerade dieser private Maschinenhalter doppelt so viel verlangt, fast das Dreifache, als wie bei uns bei einem kommunalen Maschinenhof für eine Pflugstunde bezahlt wird. Er hat einen kleinen Traktor mit einer Schar und verlangt 45 S pro Stunde, wir haben einen großen Traktor mit zwei Scharen und verlangen 27 S, das ist Beweis genug, daß wir viel billiger und auch schneller arbeiten können. Wenn Abg. Kalb erklärt hat, daß die Maschineninstandhaltung darunter leidet, wenn mehrere über ein Gerät, über einen Traktor verfügen, so mag das richtig sein, aber das ist bei jeder Genossenschaft. Bei jeder Genossenschaft oder mehreren Besitzern eines Traktors ist das der Fall und da muß ich wohl sagen, ist es mir doch lieber, wenn wir einen Traktor zur Verfügung haben, an dem für viele das Benützungsrecht besteht, wo also auch mehrere darauf bedacht sind, daß nichts passiert, wo vor allem der Bürgermeister verantwortlich ist und daher die Gewähr für die Maschineninstandhaltung viel besser gegeben ist.

Ich möchte auf noch etwas verweisen, es gehört auch zu diesem Kapitel, möchte aber vorweg betonen, daß ich keinesfalls ein Gegner der Feuerwehren bin: In unserem kleinen Gerichtsbezirk Arnfels sind 8 Feuerwehrautos und nur drei respektive vier Traktoren. Es wäre angenehmer und richtiger, ich glaube, der zuständige Referent, Herr Landesrat Prirsch, wird mir Recht geben, wenn es umgekehrt wäre. Es ist für manchen Bürgermeister und manchen Kassier einer Landgemeinde schwierig und macht ihm viel Kopferbrechen, wenn er für die Instandhaltung und Aufrechterhaltung eines Feuerwehrautos im jährlichen Gemeindebudget Mittel aufbringen muß, weil diese Autos furchtbar viel Geld kosten und doch nur gering einsatzfähig sind. Ich denke da an unser Gebiet. Von der Hauptstraße weg kommt in keinen Graben und auf keinen Berg ein Auto hinauf. Man muß das Auto heruntersuchen lassen und das Aggregat auf den Berg tragen. Man könnte das etwas besser einteilen, mehr zentralisieren. (Abg. Wallner: „Das Gleiche gilt doch in Ihrem Gebiet auch für die Maschinenhof-Traktoren!“) Es wäre gut, wenn wir hier bei Aufstellung dieser Feuerwehrautos mehr Ordnung hätten. (LR. Prirsch: „Die Feuerwehren sind auf freiwilliger Basis aufgebaut.“) Beiträge aber kann man verlangen. (LR. Prirsch: „Die sind bescheiden.“) Ich weiß, daß bei vielen die Reparaturs- und Instandhaltungsbeiträge hoch sind. (Abg. Ebner: „Das Meiste tun die Feuerwehren selbst.“)

Ich weiß genau, daß eine richtige Planung und Einteilung Platz greifen sollte. Man sollte wohl überlegen, ob es nicht besser wäre, wenn dort ein Traktor drinnen stehen würde statt eines Feuerwehrautos, weil drei Feuerwehrautos im Umkreis von drei Kilometer meines Erachtens nicht notwendig sind, die nur dort stehen und immer Instandhaltung kosten. Es wäre vielleicht besser, wenn man vielleicht doch in jeder Gemeinde auch daran gehen würde, Geldmittel zur

Verfügung zu stellen, damit nicht alles das Land geben muß für diese Gemeindemaschinenhilfe. Freilich bedeutet das, daß man auf der anderen Seite, wie ich schon angedeutet habe, Einsparungen machen müßte. Ich bin überzeugt, daß jede Gemeinde, wo ein Maschinenhof steht, sehr zufrieden ist und ich glaube sicher, daß unsere Idee der Errichtung kommunaler Maschinenhöfe auch die richtige Maschinenhilfe ist für die kleineren und mittleren Bauern und für die ganze Gemeinde überhaupt, besonders bei Spitzenarbeiten. Ich glaube nicht, daß Sie irgendwo ein Beispiel finden werden, daß unsere Maschinenhöfe nicht in Ordnung wären und daß sie nicht rentabel und vor allem Gestehungskostendeckend arbeiten. (Beifall bei SPÖ.)

Abg. Weidinger: Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn meine Vordner von einigen Berufsgruppen und Berufsständen gesprochen haben, einmal vom Bauernstand und einmal vom Handwerkerstand, so möchte ich diese Stände zusammenfassen und einmal von der Landbevölkerung überhaupt sprechen. Es gibt hier Menschen, die ganz besondere Ideale verwirklichen und auch bereit sind, für die Rettung des Nächsten, für die Rettung seines Habes und Gutes einzustehen, ohne zu fragen, ob es sich hier um Freud oder Feind handelt, ohne zu fragen, ob es sich um einen Armen oder Reichen handelt, mit einem Wort, zu helfen, wo Hilfe notwendig ist. Es sind dies Menschen, die, ohne dafür entlohnt zu werden, ohne besondere Anerkennung bereit sind, Opfer zu bringen und Verantwortung auf sich zu nehmen. Diese Gruppe von Menschen finden Sie in der freiwilligen Feuerwehr am Lande. Für alles, was diese freiwillige Feuerwehr an Opfern freiwillig auf sich nimmt, verdient sie es, hier im Hohen Haus erwähnt zu werden. Wenn so mancher Bauer, Handwerker oder Arbeiter, der im Schweiß seines Angesichtes die Woche über hart sein Brot verdient, sich am Sonntag noch bereit erklärt, freiwillig im Interesse der Allgemeinheit zur Verfügung zu stehen, wenn er sich bereit erklärt, dort seinen Dienst zu machen, dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, muß diese Leistung auch anerkannt und entsprechend gewürdigt werden. Ich habe selbst eine jahrzehntelange Erfahrung in der Feuerwehr und es ist leider so, daß es kein einziges Mal vorkommt, daß die Feuerwehr einmal zu früh zu dem Brand kommt. Sie kommt immer zu spät. Und zwar deswegen, weil eben bereits die Not vorhanden ist und weil die Not groß ist bis die Feuerwehr gerufen wird. Es kann auch ab und zu etwas versagen, ich glaube, das gibt es nirgends im Leben, daß ein Versagen unmöglich ist, aber im großen und ganzen werden die Feuerwehrmänner sich weiterhin bemühen, das Beste zu tun und kein Opfer scheuen, um dem Nächsten Hilfe zu bringen.

Gestatten Sie mir, ich glaube, die Feuerwehr verdient es, daß hier ein kleiner Ausschnitt aus dem Leistungsbericht des Jahres 1953 vorgelesen wird. Im Jahre 1953 waren bei 1102 Brän-

den auf dem Lande 1523 Feuerwehren im Einsatz mit 19.836 Feuerwehrmännern. Und sie haben hierfür 61.951 Stunden freiwillig und unbezahlt aufgewendet. Außerdem waren sie noch im Einsatz bei Hochwasserkatastrophen, Lawinengängen usw. und auf diese Art und Weise haben auch 4591 Feuerwehrmänner 15.103 Stunden geopfert. Also haben insgesamt 24.427 Feuerwehrmänner 77.054 Stunden freiwillig gearbeitet. Und wenn man dieser Stundenzahl nur den Lohn eines billigen Hilfsarbeiters zugrunde legt, so muß man sagen, daß diese Männer rund eine halbe Million Schilling dem Land Steiermark an Zeit und Aufwand geschenkt haben. (Rufe: „Sehr richtig!“) Hiezu kommt noch, daß einem Gesamtbrandschaden von 22.640.000 S durch den Einsatz der Feuerwehren ein gerettetes Gut von 125.500.000 S gegenübersteht. Meine sehr Verehrten, das ist Volksvermögen, das hier gerettet wurde, und zwar durch die freiwillige Dienstleistung dieser Feuerwehrmänner. Selbstverständlich hat es auch Opfer gekostet. Wir haben im vergangenen Jahr drei Feuerwehrmänner im Einsatz verloren und ich muß leider auch zu unserem Bedauern in unserem Bezirk Hartberg einen Fall beklagen, wo ein junger Feuerwehrmann bei dem Hochwasserkatastropheneinsatz durch Überanstrengung von einem Herzschlag getroffen, tot zu Boden gesunken ist. Vier Feuerwehrmänner wurden als Lebensretter im Jahre 1953 in das Ehrenbuch der Lebensretter eingetragen. Was hätten aber vielleicht die Feuerwehren noch leisten können, gerade in den Gebirgsbauerngegenden, wenn so mancher Güterweg, so mancher öffentlicher AufschlieBungsweg und so mancher Gemeindeweg besser ausgebaut gewesen wäre und es so leichter für die Feuerwehr gewesen wäre, zu dem betreffenden Anwesen zu kommen oder wenn so manche Wasserbezugsstelle in Ordnung und ausgebaut gewesen wäre.

Schon aus diesem kurzen Leistungsüberblick können Sie klar ersehen, daß unsere braven Feuerwehrkameraden schon in einem Jahr sehr viel Volksvermögen gerettet haben. Wenn nun in unserem heurigen Landesvoranschlag eine Summe von 3.970.500 S vorgesehen ist, dann können Sie versichert sein, daß dieser Betrag sich sehr segensreich für unser Land auswirken wird. Hoffentlich werden die Mittel der Feuerschutzsteuer künftig in einem reicheren Ausmaß den Feuerwehren zufließen als in diesem Jahr.

Ich möchte auch zu den Ausführungen des Herrn Abg. Edlinger etwas sagen. Er hat erklärt, daß ein Feuerwehrauto oft nur eine Belastung für die Gemeinde ist. Wir in unseren oststeirischen Gebieten sind nicht dieser Meinung. Wir würden uns sehr freuen, wenn wir im Besitze eines Rütswagens, eines Feuerwehrautos wären, um so rascher an Ort und Stelle kommen zu können. Ich bin fest davon überzeugt, daß die freiwilligen Feuerwehren unseres Landes in Anerkennung und Würdigung dieser Aufwendungen gerne bereit sein werden, auch in Zukunft freiwillige Opfer zu bringen und ohne Entlohnung

und unter Einsatz ihrer Gesundheit, ja wenn es notwendig ist, auch unter Einsatz ihres Lebens, unserer Heimat und unserem Land einen Dienst zu erweisen.

Ich möchte auch noch ganz kurz auf die Ausführungen des Abg. Strohmayer zurückkommen. Ich glaube, ich habe ein Recht darauf, weil ich selbst Gewerbetreibender bin. Wir kennen genau die Not der kleinen Gewerbetreibenden, ich spüre sie selbst am eigenen Leib, wir wissen, daß alle Haushaltsposten des heurigen Voranschlags gekürzt werden mußten, weil eben das Geld nicht da ist. Wir als Wirtschaftler verstehen es auch, daß man nicht mehr ausgeben kann, als man einnimmt, weil das eine ungesunde Wirtschaft wäre, so daß man ohne weiteres den Gewerbetreibenden zumuten kann, daß sie diese Erkenntnis haben.

Bezüglich der Fremdenverkehrsabgabe möchte ich ein paar Worte sagen, weil gesagt wurde, daß von dieser nicht wie bisher 10 %, sondern 25 % den Gemeinden zugeführt werden. Ich habe erfahrungsgemäß bei Landbürgermeistern gesehen, daß sie es nicht für notwendig gehalten haben, sich der Mühe zu unterziehen, wegen dieser 10 % die Fremdenverkehrsabgabe in kleinen Landgemeinden einzuhoben. Ich kann sagen, daß hier gewaltige Beträge verlorengegangen sind, andererseits es aber ungerecht ist, den Fremden in einer Gemeinde, die es für zweckmäßig gehalten hat, diese Fremdenverkehrsabgabe, trotzdem der Gemeinde nur 10 % zugeflossen sind, einzuhoben, zu belasten, in der Nachbargemeinde aber, die die Fremdenverkehrsabgabe nicht einhebt, darauf zu verzichten. Jetzt, nachdem 25 % der Gemeinde zufließen, wird jede Gemeinde sich der Mühe unterziehen, daß diese Abgabe restlos eingehoben wird. Daher wird dem Lande auch kein Ausfall dadurch entstehen. Ich bin überzeugt, daß genau dieselben Beträge, wie bisher dem Land zufließen werden.

Wir wissen, daß die kleinen Handwerker heute der Konkurrenz der produktionsfähigen Großindustrie ausgesetzt sind, wo riesige ERP-Mittel investiert wurden und nicht gerade immer am sinnvollsten und zweckmäßigsten. Während die Großindustrie und die verstaatlichten Betriebe Tausende von Schillingen an Steuern nachgesehen bekommen, wird der Kleingewerbetreibende der allein arbeitet, der Alleinmeister oder der nur mit einem Lehrling oder Gehilfen arbeitet, der nicht die Notwendigkeit oder nicht die Fähigkeit hat, um eine ordnungsgemäße Buchführung zu führen, restlos von den Finanzämtern eingeschätzt. Ich wette 100 auf 1, daß keiner unterschätzt, sondern jeder überschätzt worden ist. Es ist förmlich ein Wunder, daß es überhaupt noch so kleine Gewerbetreibende gibt. Wir wissen, daß diese mit unserem Bauernstand am engsten verbunden sind. Sie gerade sind es, die mit dem Bauernstand verbunden sind, die Handwerker am Schraubstock, an er Hobelbank, die im Schweiß ihres Angesichtes seit Jahrzehnten ehrlich ihr Brot verdient haben. Diese Schichte von Menschen gehörte zu den treuesten Staats-

bürgern und gehört heute noch immer, trotzdem sie im gewissen Sinne benachteiligt ist, zu den Treuesten unseres Staates. Worin liegt das Wunder, daß diese Kleingewerbetreibenden noch bestehen? Das ist sehr leicht nachzuweisen. Es gibt heute Meister — und ich glaube, das sind die meisten — die nicht 48 Stunden, sondern 70 und mehr Stunden arbeiten und fragen Sie heute so manchen Meister nach 20-, 30-, 40jähriger Tätigkeit in seinem Berufe, wie oft er Urlaub gehabt hat, so werden Sie nicht selten Fälle finden, wo der alte Meister, ein solcher Handwerker antwortet: „Ich habe überhaupt in meinem Leben noch keinen Urlaub gehabt.“ Ich glaube kaum, daß er den Urlaub aufbringt, den sein Lehrling in einem Jahr in Anspruch nehmen kann. Es gibt keine andere Volksschichte, die bis zu ihrem 70. Lebensjahr Steuer zahlen muß, die sogenannte Gewerbesteuer, kein anderer Stand braucht dafür Steuer zu bezahlen, daß er überhaupt Berechtigung zur Arbeit hat, als der Gewerbestand, unser Berufsstand. (Rufe: „Sehr richtig!“ bei ÖVP.) Deshalb, wenn im heurigen Budget auch nur 1 Million Schilling für Darlehen und im außerordentlichen Voranschlag 2 Millionen Schilling vorgesehen sind, begrüßen wir dies doch, weil hier vielleicht manchem kleinen Gewerbetreibenden durch die Anschaffung einer Maschine sein Lebensunterhalt erleichtert wird. Ich bin überzeugt, daß sich diese Investitionen segensreich für die Wirtschaft und die Allgemeinheit auswirken werden.

Ich möchte hier im Hohen Hause die Bitte stellen, wenn irgend möglich, im nächsten Haushaltsplan eine höhere Subvention für diese Darlehen einzusetzen. Ich bin überzeugt, daß die Handwerker unserem Lande dankbar sein werden und so treu wie bisher ihre Pflicht dem Lande und Staate gegenüber erfüllen werden. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. Dr. Pittermann: Hoher Landtag! Im Finanzausschuß hat ein prominentes Mitglied der Sozialistischen Partei bei der Post 732,702, „Bekämpfung der Rindertuberkulose“, den Versuch unternommen, diese Post zu kürzen und diesen Versuch mit der Bemerkung einbegleitet, daß es ohnehin genug Tierärzte gäbe, warum diese Tierärzte nicht schon lange auf die große Ausbreitung der Tuberkulose aufmerksam gemacht hätten. Ich will auf diese humorvolle Bemerkung ebenfalls humorvoll erwidern, indem ich frage, ob hier überhaupt solche Vergleiche möglich sind. Mit derselben Berechtigung müßte man auch ein Absinken von Krankheiten bei den Menschen feststellen können, weil wir bekanntlich um 50 mal Ärzte mehr haben als früher. Schließlich und endlich, wenn wir auf die politische Ebene gehen und feststellen, daß wir jetzt 1000 Politiker mehr haben, können wir trotzdem nicht sagen, daß wir in friedvolleren Zeiten leben. Also hier Relationen zu ziehen zwischen Krankheiten und Leuten, die sich mit diesen Krankheiten befassen, so etwas kann man nur mit Humor quittieren.

Ich habe mich daher bemüht gefühlt, zu dem Kapitel Tuberkulose-Bekämpfung einige Worte als Fachmann zu sagen. Es ist seit jeher das Bestreben gewesen, die Tuberkulose der Rinder aus dem Grund auszuschalten, weil die Tuberkulose der Rinder auch für den Menschen eine eminente Gefahr bedeutet, nicht aber umgekehrt, weil der Tbc-Bazillus des Rindes wohl für den Menschen, aber nicht umgekehrt der des Menschen auch für das Rind gefährlich ist. Aus dieser Tatsache heraus, daß die Rinder-Tuberkulose eine Gefahr für den Menschen darstellt, ist es seit eh und je das Bestreben sowohl der Landwirtschaft als auch der Tierärzte gewesen, diese Geisel unserer Rinderzucht auszumerzen. Wir hatten früher nicht die Methoden, die Tuberkulose im Anfangsstadium festzustellen. Früher einmal wurde sie erst dann festgestellt, wenn der Arzt durch eine rein äußerliche Untersuchung und durch die Abmagerung des Tieres auf den Verdacht der Tuberkulose kam. Erst mit der größeren wissenschaftlichen Erkenntnis auf diesem Gebiet und mit den verbesserten Methoden der Untersuchung ist es möglich, dieser Geisel unserer Rinder nahe zu kommen und auf ein Minimum zu beschränken. Es gilt heute nicht mehr so sehr die tuberkulösen Rinder auszumerzen, sondern vielmehr jene gesunden Bestände, wie sie ja Gott sei Dank bei uns in der Überzahl sind, vor Ansteckung zu bewahren.

Bevor ich dies mit Zahlen erläutere, möchte ich kurz den Werdegang der Tuberkulosebekämpfung im Lande Steiermark skizzieren. Zuerst war sie auf freiwilliger Basis auf die Zuchtbetriebe beschränkt. Die Mittel wurden aus ERP-Mitteln beigestellt. Auch das Land hat jeweils seinen Beitrag dazu gegeben. Man ist aber daraufgekommen, daß es zweckmäßiger sei, die Bekämpfungsmaßnahmen gebietsweise und unter Umständen einzugsweise für die einzelnen Molkereien durchzuführen. So wurde vor 2 Jahren im Ennstal und heuer im oberen Murtal, im Bezirk Judenburg, Gerichtsbezirk Oberzeiring, mit der obligatorischen Untersuchung unserer Rinderbestände begonnen. Es hat sich dabei gezeigt, wie übrigens bei allen Erbkrankheiten, daß überall dort, wo die einzelnen Betriebe durch eigene Zucht hochgekommen sind, die Tuberkulose nur im geringen Ausmaß oder überhaupt nicht vorhanden war und überall dort, wo der Handel oder der Viehverkehr ein größerer war, wo also die Tiere mehr oder weniger durcheinander gekommen sind, auch die Tuberkulose einen höheren Prozentsatz erreicht hat. Die Landwirtschaft hat sich der Bekämpfung dieser Geisel der Rinderzucht wegen ihrer Gefahr für den Menschen mit einer Opferwilligkeit sondergleichen unterzogen. Man muß bedenken, daß manche Bestände 10 bis 30% Reagenten hatten und wenn dann dort dieses Tiere ausgemerzt werden mußten, so war es oft nicht leicht, das Geld für die Ersatztiere aus dem Ärmel zu beuteln. Sie waren aber gezwungen, durch Aufzucht oder Ankauf von tuberkulosefreien Tieren ihren Bestand wieder aufzufüllen, um erstens einmal ihren Betrieb wirtschaftlich aufrecht er-

halten zu können und zweitens um nicht in die Hinterhand auf irgend einer Seite zu gelangen. Die andere Seite der Tuberkulosebekämpfung ist also durchaus auf wirtschaftlichem Gebiete zu suchen und hier mußte die Öffentlichkeit auch im Interesse der Volksgesundheit mit entsprechenden Mitteln beispringen. Daher wäre es auch nicht am Platze, diese kärglichen Budgetmittel von 400.000 S, die dafür vorgesehen sind, noch zu kürzen. Das Ergebnis dieser obligatorischen Untersuchungen dürfte Sie doch interessieren.

Es wurden im Ennstal und in der Bezirkshauptmannschaft Judenburg, Gerichtsbezirk Oberzeiring insgesamt 6355 Betriebe untersucht. In diesen Betrieben standen rund 49.000 Rinder. Von diesen waren 5698 Reagenten, das sind ungefähr 10,8%. Im Bezirk Murau waren einzelne Betriebe überhaupt negativ. Darüber hinaus haben sich in Steiermark 3366 Zuchtbetriebe mit 54.836 Rindern der TBC-Bekämpfungssaktion unterworfen. Hievon reagierten 14.449 Rinder positiv. Es ist also interessant, daß der Kampf um die Gesunderhaltung unserer Rinderbestände bereits in den Vordergrund der Bekämpfungsmaßnahmen tritt. Daß wir diesen Kampf unter allen Umständen mit allen Mitteln unterstützen müssen, wird begreiflich, wenn man weiß, daß Rindertuberkulose gleichbedeutend ist mit Kindertuberkulose. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. Brandl: Hohes Haus! Die Beratungen des Voranschlages ermöglichen es allen Abgeordneten, ihre Wünsche zu äußern, Anregungen zu geben und darüber hinaus in sachlicher Kritik auf Mißstände hinzuweisen, die einer Änderung bedürfen. Wenn in der Gruppe 7 hauptsächlich die Abgeordneten des Bauernstandes ihre Probleme aufgezeigt haben, so erlauben Sie auch mir, daß ich hier Dinge bespreche, die vor allem Angelegenheiten der Land- und Forstarbeiter Steiermarks betreffen. Das abgelaufene Jahr war in gesetzgeberischer Hinsicht insofern ein Erfolg, als das Berufsausbildungsgesetz für die Land- und Forstwirtschaft in diesem Hause beschlossen worden ist und damit ein weiterer Schritt zur Angleichung an andere Berufsgruppen in Gewerbe und Industrie gemeacht wurde.

Im besonderen möchte ich aber auf Zustände in der gesetzlichen Interessenvertretung, in der Landarbeiterkammer, hinweisen, die eine der jüngsten Körperschaften dieses Landes ist, vor allem deshalb, weil in diesem Hause sehr oft und sehr viel von Recht und Gesetz, von Freiheit und Demokratie gesprochen wird und leider die harte Wirklichkeit des politischen Alltags manchmal anders ist. Die Organe und Funktionäre der Landarbeiterkammer haben sich auf Grund des Wahlergebnisses konstituiert und ihre Tätigkeit begonnen. Daß nun innerhalb einer Partei, die mit einer gemeinsamen Liste in die Wahl gegangen ist, Meinungsverschiedenheiten auftreten können, ist meiner Ansicht

nach nichts besonderes. Entscheidend ist lediglich, wie man mit diesen Meinungsverschiedenheiten fertig wird. Der zweite Vizepräsident der Landarbeiterkammer, Herr Fleschner, der, wie ich betonen möchte, kein Sozialist ist, könnte ein Lied davon singen. Ich möchte weiters betonen, es geht mir nicht um die Person des Herrn Fleschner und es ist auch ganz gleich, ob er ein Parteigenosse oder ein politischer Gegner ist.

Es geht um das Prinzip der Anerkennung der persönlichen Freiheit. Vizepräsident Fleschner wurde auf Grund politischer Differenzen beschuldigt, Veruntreuungen begangen zu haben; Es wurde eine Untersuchung eingeleitet und dieselbe hat ergeben, daß diese Anschuldigungen nicht haltbar sind und daß man ihm nichts nachweisen kann. (Landesrat Prirsch: „Sie ist noch nicht abgeschlossen!“) Herr Landesrat, diese Untersuchung ist gepflogen worden; es ist selbstverständlich, daß gewisse Kreise diesen Mann unbedingt erledigt haben wollen. Sie, Herr Landesrat Prirsch, haben als zuständiger Referent der Aufsichtsbehörde den von der Vollversammlung einstimmig gewählten Vizepräsidenten seiner Funktion enthoben. Ich weiß nicht, Herr Landesrat, wer Sie beraten hat, ich kann die Beweggründe nur vermuten. Eines steht fest, es war ein Eingriff in die Rechte der Vollversammlung, der weit über den Rahmen der Aufsichtsbehörde hinausgeht. In einer Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof wurde derselben auch recht gegeben und Fleschner hatte in der gestrigen Vollversammlung wieder Sitz und Stimme. Dessenungeachtet wurde wieder ein Verfahren eingeleitet und wieder behauptet, Fleschner habe Veruntreuungen begangen und er habe Fraktionsgelder für eigene Zwecke verwendet. Es ist nicht meine Absicht, mich in Ihre Angelegenheiten hineinzumischen, aber es geht darum, Recht Recht sein zu lassen. Sie werden erlauben können, welche Unzufriedenheit, welches Für und Wider dieser Konflikt bei den Land- und Forstarbeitern in der Steiermark ausgelöst hat, hat sich doch der Präsident der Landarbeiterkammer, der auch kein Sozialist ist, geäußert, daß die Landarbeiterkammer unter diesem Konflikt schwer gelitten habe. Wir können erlauben, daß das nicht im Interesse der Land- und Forstarbeiter gelegen ist.

Ich möchte wiederholen, es geht nicht um die Person Fleschners, ich möchte nicht in den Verdacht kommen, mich für diesen Mann einzusetzen, aber was die Landarbeiterkammer mit Fleschner gemacht hat, könnte sie ebensogut mit einem anderen Manne machen und es wäre sinn- und zwecklos, überhaupt Funktionäre in Körperschaften zu wählen, wenn die Aufsichtsbehörde jeden dieser Funktionäre abberufen kann, wenn er sie nicht mehr interessiert. (LR. Prirsch: „Die Aufsichtsbehörde hatte kein Interesse!“) Herr Landesrat Prirsch, es gibt meiner Ansicht nach zwei Wege, damit in Zukunft in Ihrer Fraktion in der Landarbeiterkammer Ruhe und Ordnung herrscht (Landesrat

Prirsch: „Das ist unsere Sache!“). Entweder eine saubere und anständige Politik, wo auch die Verteilung der Fraktionsgelder, und das war ja auch die Ursache zu diesen Anschuldigungen, von jedermann zu rechtfertigen ist oder — wenn das nicht durchzubringen ist — größere Vorsicht bei der Aufstellung Ihrer Kandidaten! (Abg. Wegart: „Sie sind einseitig informiert!“) (Landesrat Fritz Matzner: „Der Verfassungsgerichtshof hat in der Sache entschieden!“) (Abg. Wegart: „Er ist einseitig informiert in der Frage der Fraktionsgelder!“) Ich glaube, daß das Ihnen unangenehm ist, ich habe aber als Abgeordneter das Recht und die Pflicht, vor aller Öffentlichkeit auf diese Dinge hinzuweisen. Wir verlangen die Anerkennung der persönlichen Freiheit und Meinungsäußerung und wir wünschen als Sozialisten, daß durch persönliche Machtkämpfe die Interessen der Land- und Forstarbeiter nicht vernachlässigt werden.

Ich möchte hier noch auf eine Angelegenheit hinweisen, die auch für dieses Hohe Haus interessant ist, und zwar handelt es sich um eine Geldverteilung in der Gemeinde Steinriegl-Kitzeck. Diese Angelegenheit hat sich allerdings schon im Jahre 1953 abgespielt, zur Zeit der großen Trockenheit, die große Flurschäden verursacht hatte. Es war selbstverständlich, daß sich die Betroffenen in diesem Gebiet an das Amt der Landesregierung gewendet haben, um Beihilfen zu erhalten. Interessant in diesem Zusammenhang ist nur, daß zuerst ein Vertreter des Landarbeiterbundes — das ist keine Frage und in Ordnung —, ein gewisser Legat, sich an die Landarbeiterkammer um eine Beihilfe gewendet hat, ihm aber mitgeteilt worden ist, daß er von dort keine Beihilfe erwarten und sie nur aus den Förderungsmaßnahmen des Landes erhalten könne. Die Steiermärkische Landesregierung hat dann am 13. Oktober 1953 beschlossen, 23 listenmäßig erfaßten Winzern in diesem Gebiet einen Betrag von 6000 S zur Kostendeckung für die Anschaffung von Brotgetreide und Saatgut zu bewilligen. Dazu muß ich feststellen, daß in der Gemeinde Kitzeck nicht 23 Winzer, sondern rund 60 geschädigt waren, da ja bei einer solchen Katastrophe immer fast alle gleich betroffen werden. Der bewilligte Geldbetrag ist der Bezirkshauptmannschaft Leibnitz überwiesen worden. Die Bezirkshauptmannschaft Leibnitz hat nun folgendes Schreiben an die Einzelnen hinausgegeben: „Die Steiermärkische Landesregierung hat in ihrer Sitzung am 13. Oktober 1953 beschlossen, Ihnen als kleine Entschädigung für die durch den Hagel zugefügten Schäden eine einmalige Aushilfe in Höhe von 250 S zu bewilligen. Herr Florian Pinteritsch wird hievon mit der Mitteilung in Kenntnis gesetzt, daß dieser Betrag durch Herrn Anton Legat in Steinriegel 20 ausbezahlt wird.“ Hier beginnt die Sache bedenklich zu werden. Die Bezirkshauptmannschaft hat nicht den dortigen Bürgermeister mit der Verständigung der Landarbeiter und Auszahlung der Geldbeträge beauftragt, sondern den Vertrauensmann des Land- und Forstarbeiterbundes und ferner mitgeteilt, daß

nur für 23 Winzer bei 60 Betroffenen Beiträge zur Verfügung gestellt wurden. Dieses Schreiben der Bezirkshauptmannschaft hat noch einen Anhang: „Sonntag, den 20. Dezember 1953, im Gasthof Graber tun wir beide, vielleicht ist der Bürgermeister auch dabei, die Gelder verteilen. Bitte komme bestimmt, Deine Mitgliedskarte bringe mit. Bitte nach dem Frühgottesdienst. Legat.“ In diesem Zusammenhang möchte ich Herrn Landesrat Pirsch bitten, das zu überprüfen und erlaube mir nachträglich zu bemerken, ob man den Ausspruch des Herrn Präsidenten Wallner Glauben schenken darf, daß die Verteilung dieser Gelder wirklich in Ordnung durchgeführt wird.

Hohes Haus! In der kommenden Zeit wird auch in der Land- und Forstwirtschaft immer mehr mechanisiert und modernisiert werden. Wir sehen das auch aus dem Landesvoranschlag, daß immer größere Beträge für die Technisierung ausgegeben werden. Der Forstarbeiter und in weit größerem Ausmaß auch der Landarbeiter müssen sich auch den Anforderungen rationeller und moderner Arbeitsweise anschließen. Wir alle haben dafür zu sorgen, daß hier keine unnotwendigen Härten entstehen. Wir werden aber als Sozialisten selbstverständlich mit aller Kraft dafür eintreten, daß der entsprechende Anteil am Mehrertrag auch dem Land- und Forstarbeiter zugute kommt. Sowohl die ordentliche Bearbeitung unserer Wälder durch entsprechend geschulte und mit Rücksicht auf die schwere Arbeit auch entsprechend bezahlte Forstarbeiter, als auch die Situation der Landarbeiter, die bei weitem noch nicht so ist, wie es ihnen zustehen würde, berechtigen zu diesen Maßnahmen. Es handelt sich hier um eine große Gruppe wertvoller Menschen, die lange genug stiefmütterlich behandelt wurde.

Hohes Haus! Ich habe diese teils unangenehmen Dinge nicht als bloße Kritik angeführt und nicht nur aus dem Grunde, um über alles zu schimpfen, was die anderen machen, sondern ich wollte als junger Abgeordneter einen kleinen Teil dazu beitragen, durch sachliche Kritik mitzuwirken, daß in unserem Land ein demokratischer Geist zum Gedankengut aller Menschen werde, die gewählt und berufen wurden, sowohl im kleinen als auch im großen die Geschicke unseres Landes zu lenken. (Beifall und Bravorufe bei SPÖ.)

Abg. Oswald Ebner: Hohes Haus! Ich bin meinem Vorredner, dem Herrn Kollegen Brandl recht dankbar, daß er einmal Kritik geübt hat. Ob sie zu Recht besteht oder nicht, das ist eine zweite Frage. Ich vermag das nicht zu beurteilen, es werden aber sicher andere Herren dazu Stellung nehmen. Aber wenn er gerade am Schluß seiner Ausführungen gesprochen hat von einer stiefmütterlichen Behandlung, so möchte ich gleich anschließend eine Berufsgruppe aufzeigen, welche über eine vielleicht noch stiefmütterlichere Behandlung zu klagen hat und das sind, wie der Herr Kollege Edlinger schon ausgeführt

hat, die Kleinbauern, und zwar nicht nur in seinem Vertretungsgebiet, sondern im gesamten Land und hier wieder vor allem die Gebirgsbauern.

Diese Berufsgruppe verspürt nämlich von einem sozialen Fortschritt oder einer sozialen Gerechtigkeit bis heute noch nichts trotz einer aufgeblähten Gruppe 4 im Landesvoranschlag. Vielleicht könnte man doch diese notleidende Bevölkerungsgruppe auch irgendwie berücksichtigen, wenn nicht direkt, so doch wenigstens indirekt. Denn sie haben einen Lebensstandard, der entschieden noch hinter jenem der Forstarbeiter liegt, und zwar deshalb, weil sie sich noch weniger als ein Forstarbeiter leisten können, dazu aber fast das doppelte an Arbeitszeit aufwenden müssen, um ihr kärgliches Leben fristen zu können. Wir kämpfen alljährlich um den Voranschlag und sind als die bäuerlichen Vertreter bemüht, gerade für die Ärmsten unseres Berufsstandes Mittel in den Landesvoranschlag hineinzubringen, um ihnen einigermaßen auf die Beine zu helfen. Denn eine Rettung ist nur darin zu sehen, daß die Produktionssteigerung und Qualitätsverbesserung mit allen Mitteln forciert wird. Die Menschen können es aus Eigenem nicht, weil sie nicht über jene finanziellen Mittel verfügen, daß sie sich das schaffen könnten. Es muß daher die öffentliche Hand hier eingreifen. Ich muß aber mit Bedauern feststellen, daß wir uns alle Jahre wieder mühen, Erhöhungsanträge zu stellen und der Erfolg ist doch fast immer gleich Null. Sogar der Herr Kollege Brandl hat ausgeführt, daß die Technisierungsmaßnahmen, die in der heutigen Zeit notwendig sind, immer mehr Mittel erfordern. Ich muß aber feststellen, daß hier von einem Mehr keine Rede ist, sondern daß im Gegenteil für das Jahr 1954 für die Technisierung der Landwirtschaft 550.000 S vorgesehen waren, während in dem uns jetzt vorliegenden Voranschlag nur 400.000 S dafür vorgesehen sind. Wenn ich nicht irre, so ist dazu noch ein kleinerer Betrag, etwa 100.000 S dazugekommen. Aber das ist ja das schwer umstrittene Kapitel.

Als Anregung zur Erleichterung der Lage der Gebirgsbauern möchte ich noch folgendes anführen. Grundsätzlich ist die erste Notwendigkeit, wie auch schon Herr Präsident Wallner betont hat, Aufklärung und fachliche Ausbildung. Als nächstwichtiges Erfordernis sind bereits die Zufahrtswege in Form von Güter- und Forstaufschließungswegen zu nennen. Es sind hier Beträge im Voranschlag eingesetzt und es ist vielleicht möglich, damit doch die notwendigen Güter- und Forstaufschließungswegen bis zum letzten Bauernhof zurück zu errichten, die notwendig sind, damit diese Wirtschaften die notwendigen Bedarfsartikel für ihre Produktion einigermaßen billig bis zu ihrem Hof bringen können. Wo diese Wege aber schon geschaffen sind, ist es notwendig, daß man gerade den entlegensten Gebirgsbauern in Form eines Transportkostenrückersatzes die Möglichkeit der Beschaffung seiner Produktionsmittel überhaupt gibt.

Weiters ist sehr notwendig die Elektrifizierung und Technisierung der Landwirtschaft. Dies habe ich bereits angeführt. Nun, hier gibt es eine Konkurrenz, die eine Seite will die sogenannten Maschinenhöfe, dann bleibt aber für die Technisierung der Bergbauern, so weit es möglich ist — es ist leider ohnedies nicht sehr weit möglich — viel zu wenig oder überhaupt nichts mehr übrig. Ich möchte hier besonders drei Maschinen anführen, die dem Bergbauern wesentliche Dienste leisten: Das erste ist die Seilwinde, selbstverständlich mit Antriebsmotor, das zweite ist der Motormäher und das dritte ist die Gülleverteiler. Man kann das dort aber nur für jeden Betrieb einzeln oder höchstens für zwei bis drei Betriebe zusammen machen, denn ein kommunaler Maschinenhof würde diesen weit von einander entfernt liegenden Bergbauerngehöften nichts nützen, weil ja der Transport zu so einem entlegenen Bauernhof zu viel kostet. Als nächstes kommt die Technisierung der Hauswirtschaft. Ich möchte den Herrn Kollegen Sebastian ersuchen, er möge genau hersehen, wie viele Tränen heute auf meine Vorlagen fließen; nachdem ich aber bereits im Finanzausschuß die Lage der Bauernfrauen geschildert und festgestellt habe, daß sie, ohne jeden Aufschnitt, wenn ich mich so ausdrücken darf, die meist geplagtesten Personen des gesamten Volkes überhaupt sind, so glaube ich damit eine Feststellung zu machen, die von niemanden widerlegt werden kann. Daher ist eine der vordringlichsten Pflichten, ihnen die Arbeit zu erleichtern. Aus diesem Grunde unser Bestreben und unser Antrag, für die Technisierung der Hauswirtschaft entsprechende Beträge in das Budget aufzunehmen. Leider können wir auch hier das nicht feststellen.

Es ist weiters notwendig, den Pflanzenbau zu fördern. Präsident Wallner hat schon ausgeführt, in welchem Ausmaße im Lande Düngerstätten vorhanden sind. 27 % der Gesamtbetriebe verfügen über Düngerstätten und diese Düngerstätten sind die Vorbedingung für das Gelingen des Pflanzenbaues im Verein mit der Kunstdüngeranschaffung. Auch hier wurde ein Erhöhungsantrag gestellt. Im außerordentlichen Voranschlag sind unbedeckt 500.000 S eingestellt. Das ist ein Betrag, mit dem man auf diesem Sektor nichts machen kann. Düngerstätten muß man im Sommer bauen und nicht im Winter, falls es dem Finanzreferenten überhaupt möglich ist, diese Post zu bedecken. Wenn es möglich ist, kommt sicher schon der Herbst, da kann man die Düngerstättenaktion nicht mehr starten. Dieser Betrag ist weitaus zu gering, um eine Aktion für das ganze Land zu machen. Ich muß mich der Meinung verschiedener Vorredner anschließen, daß das nur Ankündigungen für den nächsten Voranschlag sind. Ich möchte aber schon im heurigen Jahr bitten, daß das, was im außerordentlichen Voranschlag drinnen ist, bedeckt wird. Es sind die Beträge nicht so hoch, sie werden leichter zu decken sein, wenn man andere ungedeckte Beträge streicht. (Erster Landeshauptmannstellvertreter H o r -

v a t e k : „Was werden die anderen sagen, wenn ich ihre Beiträge streiche, damit Ihre Wünsche erfüllt werden?“) Ich sehe die schwierige Lage vollkommen ein, man fragt sich aber, was ist das Notwendigere? Was ist lebensnotwendig und was ist nicht lebensnotwendig? Hier, wo es sich um kleine Bergbauern, um Erhaltung ihrer Existenz handelt, bestehen Lebensnotwendigkeiten und sind diese Ausgaben anderen weitaus vorzuziehen. Nicht unbedingt lebensnotwendig ist es, daß man allwöchentlich das Theater besuchen muß. Man kann auch ohne Theater leben und die Kleinbauern und die Bergbauern haben in ihrem Leben größtenteils 100%ig, ja überhaupt restlos, noch kein Theater gesehen. Sie wissen nicht, daß man diese so horrenden Beträge aus öffentlichen Mitteln geben muß, um gewissen Bevölkerungsschichten hier das Leben angenehm zu machen. Ich will hier nicht zum Ausdruck bringen, daß ich Gegner der Kulturförderung bin (Abg. Pölzl: „Nur kosten darf es nichts“). (Heiterkeit.) Womöglich nicht viel, in diesem Falle ist der Betrag zu hoch, den die öffentliche Hand alljährlich zuschießen muß. Dort muß eben sparsamer gewirtschaftet werden, bei einigem guten Willen ist das möglich.

Pflanzenbau ist dringend notwendig zur Erhaltung des großen Teiles der Bergbauernschaft. Auch die Almwirtschaft ist entsprechend zu fördern, denn die einzelnen Bergbauernschaften sind so geartet, daß sie aus dem Ertrage der eigenen Wirtschaft nicht leben können, daher ist eine Alpmöglichkeit unter allen Umständen zwingend. Hier in den Almen liegen viele Reserven, welche gehoben werden sollen und die dann der Gesamtwirtschaft Österreichs gute Dienste erweisen und viel Geld einbringen werden. Dies alles muß geschaffen werden. Dann ist es selbstverständlich, es wurde ausgeführt von einem der Herren, daß wir uns auch mit der Tierzucht entsprechend unserem Tierzuchtgesetz zu befassen haben. Unser Kammerpräsident hat die Absicht, in dieser Sparte im Laufe des nächsten Jahres etwas intensiver zuzugreifen, damit wir aufwärtskommen. Wie kann man dies anders zur Durchführung bringen, als nur durch die öffentliche Hand in Form von Beihilfen und billigen Krediten. Eines ist sicher, der Berufsstand der Land- und Forstwirtschaft will nichts geschenkt haben, nur die Lebensmöglichkeit gesichert wissen. Dabei verzichtet er auf den Achtstundentag, auch auf den Zehnstundentag, nicht seine Arbeiterschaft verzichtet darauf, sondern der Bauer und die Bäuerin, das heißt die bäuerliche Familie. Damit sie ihre Scholle erhalten können, ist es notwendig, daß die öffentliche Hand energisch zugreift. Ich möchte gebeten haben, daß im nächsten Voranschlag die Ansätze für diese Posten, welche ich angeführt habe, entsprechend erhöht werden, damit wirklich etwas unternommen werden kann und die Kammer nicht nur dort ein Patzerl und da ein Patzerl geben kann. Damit können wir breite Massen dieser Berufsgruppe nicht retten. Ich darf noch ganz kurz sagen, es ist schade, daß Herr Brandl

weg ist; zu dem, was ich sagen wollte, muß er da sein, da melde ich mich vielleicht später noch zum Worte.

Man hört viele schöne Worte über die Notwendigkeit der Erhaltung der Kleinbauern und der Bergbauern. Ich habe im ganzen letzten Jahr noch keinen Menschen getroffen, der diese Notwendigkeiten nicht bejaht hätte, nur möchte ich ersuchen, daß man diesen schönen und mitfühlenden Worten auch die Tat folgen läßt. (Beifall, Bravorufe bei ÖVP.)

Abg. Rösch: Hoher Landtag! In einer nunmehr 2³/₄ Stunden dauernden Debatte zu Kapitel 7 wurde von verschiedenen Rednern die Notwendigkeit der Förderung der Landwirtschaft herausgestrichen, sachlich begründet und auf der anderen Seite gleichzeitig immer wieder Klage darüber geführt, daß zu wenig Mittel im Budget eingesetzt sind, um dieses Wollen und diese Bestrebungen wirklich in die Tat umsetzen zu können. Die Tatsache, daß zu wenig Mittel drinnen sind, ist unbestritten. Zuletzt hat Herr Abg. Ebner das dargestellt und hat wie die ganzen Jahre vorher einen eingehenden Apell an den Herrn Landesfinanzreferenten gerichtet, nächstes Jahr mehr Beträge einzusetzen. Abg. Ebner kennt die Arbeit, wie das Budget zustandekommt, er weiß genau, daß es nicht allein vom Finanzreferenten abhängt, sondern letzten Endes, wie der Zwischenruf des Herrn Landesfinanzreferenten gesagt hat, die Entscheidung in den Klubs liegt, wie viele Mittel in die einzelnen Gruppen hineinkommen. Der Notschrei des Abg. Ebner ist quasi eine Flucht in die Öffentlichkeit aus dem Klub der ÖVP heraus. Ich darf doch feststellen. (Abg. Stöffler: „Das stimmt doch nicht.“) Schauen Sie... (Landesrat Fritz Matzner: „Das ist doch logisch!“) Ich weiß, warum Sie nervös werden, Herr Abg. Stöffler. Nachdem Sie Opponent in Ihrem Klub zum Abg. Ebner sind, können Sie seine Forderungen nicht mitvertreten. (Abg. Stöffler: „Sie haben keine Ahnung, wie es bei uns zugeht.“) Bei uns geht es nicht so zu, wie bei euch, wo die Leute nichts zu reden haben. (Gelächter bei SPÖ.) (Abg. Stöffler: „Bei Euch haben die Bauern und die Gewerbetreibenden nichts zu reden.“) Bei uns haben alle etwas zu reden. Schauen Sie, ich erinnere Sie z. B. an das Vorjahr, Sie werden sich noch alle gut erinnern, daß damals im ordentlichen Voranschlag immer noch Gelder zur Verfügung waren und z. B. von der ÖVP rund 14 Millionen Schilling zusätzlich beantragt worden sind. Dan hat sich der ÖVP-Klub zu Beratungen zurückgezogen und von diesen 14 Millionen Schilling ist dann für die Landwirtschaft nur ein verhältnismäßig kleiner Teil abgefallen und in der Budgetdebatte hat dann der Herr Abg. Ebner gesagt, man solle doch mehr einsetzen. (Landesrat Prirsch: „Und was ist dann bei Ihnen für die Landwirtschaft abgefallen?“) Aber das waren doch Ihre Anträge, Sie haben Sie doch selbst gestellt im Finanzausschuß. (Abg. Stöffler: „Aber Sie hätten uns ja dabei helfen können.“) (Zwischenruf: „Sie

hätten Ihr Geld bereitstellen können!“) (Unruhe — Glockenzeichen.) Es ist mir wirklich nicht möglich, die Abg. der ÖVP vom Bauernbund in Ihrem Klub zu unterstützen, wie es der Herr Abg. Stöffler will. Das müssen die Abgeordneten schon selber machen. Sie tun es ja auch, aber nur mit Worten und nicht mit Geld. Ich darf also kurz und abschließend dazu noch sagen, daß diese ganzen Forderungen der bauerlichen Abgeordneten der ÖVP zwar sachlich begründet sind, aber daß man bei der Art der Budgeterstellung sich auch an die Gepflogenheiten halten muß und dort, wo es möglich ist, für die Erfüllung der Wünsche eintreten muß. Diese ganze Frage der Landwirtschaft wurde schon in der Generaldebatte vom Herrn Abg. Stöffler angeschnitten und er hat unter anderem im Zusammenhang mit den Bauernkammerwahlen erklärt, daß die Bauernschaft in ihrer Gesamtheit ein absolutes Bekenntnis zu der derzeitigen Führung der Bauernkammer abgelegt hat, das beweise allein die hohe Wahlbeteiligung. (Abg. Stöffler: „Die derzeitige Führung beweist das!“) Gesagt haben Sie, die hohe Wahlbeteiligung. Und Sie haben das in einen Vergleich gesetzt zu den Arbeiterkammerwahlen, aber dabei schüchtern verschwiegen, daß im Hintergrund dieser Wahlbeteiligung ein Wahlpflichtgesetz ist. (Zwischenruf: Das ist nicht wahr!“) Ein Wahlpflichtgesetz für die Bauernkammer müßte eigentlich ein Abgeordneter des Steiermärkischen Landtages kennen, sonst wäre es unmöglich, daß in der Wahlkundmachung der Landesregierung, Abteilung 8, auf dieses Wahlpflichtgesetz hingewiesen wird. Die Herren sind sich nicht einig, der eine sagt, es gibt keines, der andere sagt, es gibt eines. Tatsache ist aber, daß ein Wahlpflichtgesetz dahinter gestanden ist, das bei der Arbeiterkammerwahl nicht bestand und daher hätten auch die Beteiligungsziffern verschieden hoch sein müssen. Aber diese Frage, ob tatsächlich die Bauernschaft das Vertrauen hier ausgesprochen hat, das wird sich erst in der Zukunft immer wieder erweisen müssen. (Landesrat Prirsch: „Da habe ich keine Sorge.“)

Eines erscheint uns jedoch als eigenartig. Wenn die Führung des österreichischen Bauernbundes der Unterstützung der Bauernschaft so sicher ist und wenn sie der Überzeugung ist, daß die gesamte Bauernschaft restlos hinter ihr steht, wie immer behauptet wird und wie auch vom Herrn Abg. Stöffler behauptet wurde, dann verstehen wir nicht, daß während des Wahlkampfes die ÖVP eine derartig niedrige Wahlpropaganda betrieben hat. (Abg. Stöffler: „Die Herren von der hohen Ebene, sie kommen gar nicht mehr herunter. So eine Überheblichkeit!“) (Abg. Afritsch: „Außerdem kommt er beleidigend, Herr Vorsitzender!“) Schauen Sie, Herr Abg. Stöffler, wenn Sie hier Fragen des Niveaus anschnitten... (Abg. Stöffler: „Immer diese banalen Dinge.“) Man hat sich z. B. anlässlich der Konstituierung der Bauernkammer von verschiedenen Seiten auch bei uns darüber beschwert, daß unsere Mitglieder in der Bauernkammer, unsere

Bauernkammerräte für den Präsidenten der derzeitigen Bauernkammer ihre Stimme nicht abgegeben haben. (Abg. Dr. K a a n : „Das war nach der Wahl.“) Weil eben diese Propaganda vor der Wahl gewesen ist, haben unsere Mitglieder ihre Stimme nicht abgegeben. Das kann man auch gar nicht verlangen. Man kann nicht auf der einen Seite dieses berühmte Flugblatt herausgeben, worauf man darstellt, daß die Sozialisten die Bauern aufhängen wollen — Herausgeber „Steirischer Bauernbund“, dessen Obmann der Herr Präsident ist — und nachher auf der anderen Seite verlangen, daß man für diesen Präsidenten seine Stimme abgeben soll. (Abg. W e g a r t : „Der schwarze Rabe bewies auch kein Niveau.“) Ich betone noch einmal, wir bedauern es, daß der Steirische Bauernbund zu solchen Propagandamitteln gegriffen hat, denn gerade der Bauernbund war es, der im Jahre 1949 wegen eines Formfehlers, der damals dem österreichischen Arbeitsbauernbund passiert ist, die Anerkennung und Sanierung dieses Formfehlers verweigert hat mit der Begründung, daß die Propaganda des Arbeitsbauernbundes vorher nicht den Erwartungen der ÖVP entsprochen habe. Und jetzt, 5 Jahre später, begibt sich der Bauernbund, der es unserer Meinung nach bei Gott nicht notwendig gehabt hätte, auf ein derartiges Niveau der Propaganda. (Abg. Dr. P i t t e r m a n n : „Wir sind von Ihnen ganz andere Sachen gewohnt“.)

Die zweite Frage, die der Herr Abg. Stöffler angeschnitten hat, gestatten Sie mir vom rein sachlichen Standpunkt aus zu betrachten. Der Herr Abg. Stöffler sagte, die Kinderbeihilfe, die jetzt neu eingeführt wurde, sei die wertvollste Hilfe für die Bergbauern. Das ist unumstritten. Ich darf aber die Aufmerksamkeit der Mitglieder des Hohen Landtages darauf lenken, daß mit diesem jetzt beschlossenen Kinderbeihilfengesetz ein großer Kreis von in der Landwirtschaft Tätigen noch immer keine Kinderbeihilfe bekommt. Erstens sind alle diejenigen, die nur ein Kind haben, noch ausgeschlossen und das sind in der Steiermark immerhin 39.218 Bauern. Von den insgesamt 80.000 in der Steiermark befindlichen Besitzungen sind es also rund die Hälfte, nämlich 40.000 Bauern, die noch keine Kinderbeihilfe bekommen. Aber es ist da noch eine zweite Gruppe, die bisher in der Diskussion vollkommen übersehen wurde, wir haben nämlich tausende Bauern in der Steiermark, die zwar mehr als ein Kind haben, die aber nur über eine kleine Landwirtschaft verfügen, oft nur von 3 bis 5 Joch, und die, weil sie von dieser Landwirtschaft nicht leben können, noch einen Beruf ausüben, z. B. als Straßenwärter, in Fabriken, im Forst oder sonst irgendwo oder auch nur als Saisonarbeiter, die also für eine gewisse Zeit eine unselbständige Beschäftigung ausüben. Alle diejenigen bekommen aus diesem Titel ebenfalls keine Kinderbeihilfe, den sie bekommen sie ja schon aus dem Kinderbeihilfenfonds der gewerblichen Wirtschaft. (GR. K r a i n e r : „Auch schon bei einem Kind.“) Aber sie müssen Beiträge leisten. Diese Gruppe der Unselbständigen,

die also in der Landwirtschaft als Selbständige gleichzeitig noch tätig sind, denen bringt dieses Kinderbeihilfengesetz nichts, sondern im Gegenteil, es nimmt ihnen noch etwas. Denn sie müssen Beiträge leisten zu diesem Familienlastenausgleichsfonds, ohne dazu etwas zu bekommen, denn die Kinderbeihilfe haben sie ja bisher schon auf Grund ihrer gewerblichen Betätigung erhalten. (Präsident W a l l n e r : „Das kann sich aber auch so auswirken, daß viele auf Grund der Kinderbeihilfe es nun nicht mehr notwendig haben, arbeiten zu gehen, und das entlastet wieder den Arbeitsmarkt.“) Wir wissen noch nicht die Anzahl, um wieviel es sich hier dreht, aber wir glauben, daß auf diesem Gebiete wirklich ernste Prüfungen durchgeführt und der Versuch unternommen werden muß, im Laufe der Zeit eine Gleichziehung und Gleichstellung aller Gruppen in der Landwirtschaft zu erreichen.

Ich darf aus dem Kreis der Vorredner noch zwei herausgreifen. Herr Präsident Wallner hat erklärt, unser Antrag: „Die Regierung wird aufgefordert, zu überprüfen, ob es möglich ist, die Förderungsmaßnahmen der Kammer in das Aufgabengebiet des Landes zurückzuführen und inwieweit es möglich ist, das Personal, das von Seiten des Landes der Bauernkammer zur Verfügung gestellt wurde, wieder in die Verwaltung des Landes zurückzuführen“, dieser unser Antrag komme eigentlich einem Mißtrauen der Kammer gegenüber gleich und die Förderungsmaßnahmen der Kammer seien vollkommen in Ordnung gegangen und man könne nichts daran aussetzen.

Auch hier im Hause möchte ich sagen: die Begründung ist der letzte Rechnungshofbericht aus dem eindeutig hervorgeht, daß bis zur Erstellung dieses Berichtes die Gebarung der Kammer bezüglich dieser Förderungs Mittel nicht überprüft wurde. (Abg. Präsident W a l l n e r : „Das ist bereits geschehen.“) Wir haben im Ausschuß gehört, daß diese Überprüfung für die Jahre 1952 und 1953 erfolgt ist, das heißt mit anderen Worten, für die Jahre 1945 bis 1951 ist auch bis auf den heutigen Tag eine Überprüfung noch nicht erfolgt. Der Rechnungshof hat das nicht überprüft, er kann das auch nicht, er hat nur beanstandet, daß die Landesregierung diese Überprüfung nicht durchgeführt hat. Das soll nun nicht den Vorwurf beinhalten, daß dort etwas Ungerechtes vor sich gegangen ist; aber wenn man keine Überprüfung durchführt, wenn, wie die Abteilung 8 in ihrem Antwortschreiben an den Rechnungshof betont, die Gründe für die Nichtdurchführung nicht im Amte gelegen sind, sondern außerhalb des Amtes, daß man zwar wollte, aber nicht konnte, dann darf man sich nicht wundern, wenn wir fragen, was für Gründe sind vorhanden, daß diese Überprüfung für die Jahre 1945 bis 1951 nicht durchgeführt wurde. Zur Überprüfung der letzten beiden Jahre ist man erst nach zweimaliger Urgenz des Rechnungshofes gekommen.

Der Herr Präsident meint auch, es würde einen zusätzlichen Personalaufwand für das Land bedeuten. Wie es heißt, wurden seinerzeit

38 Beamte vom Land der Kammer zur Verfügung gestellt. Ob diese 38 Beamte bei der Kammer oder beim Land arbeiten, bleibt sich doch gleich, das würde nicht mehr kosten. Sie würden ihre Tätigkeit im Rahmen der Landesverwaltung genau so ausüben, wie im Rahmen der Bauernkammer. Die ÖVP hat sich nach heftigem Widerstand doch entschlossen, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen und die Landesregierung wird die notwendige Überprüfung im Laufe des kommenden Jahres durchführen.

Die zweite Frage! Herr Präsident Wallner hat aufgezeigt, daß die Preisschere in der Landwirtschaft immer größer aufgeht, daß die Indexziffer der Einnahmen bei 743, der Ausgabenaufwand der Landwirtschaft bei 849 liegt. Die Zahlen sind unbestritten, ich kann sie nicht überprüfen, ich nehme an, daß sie richtig sind. Ich habe hier den letzten Bericht des Institutes für Wirtschaftsforschung vom November 1954. Aus diesem Bericht geht hervor, daß die Indexziffer für Lebensmittel bei 858 liegt und für die Einnahmen der Landwirtschaft bei 743. Die Ausgaben für die Konsumenten liegen bei 858. Es ergibt sich eine Differenz von 115 Punkten. Es tritt die Frage auf, wo sind diese 115 Punkte Indexdifferenz hingekommen? Diese 115 Indexpunkte, der Unterschied zwischen dem Produzentenpreis und Konsumentenpreis, und um das dreht es sich hier, der liegt auf jeden Fall im Handel und Transport, anderswo kann er nicht liegen. (Abg. W e g a r t: „Da ist Verschiedenes drinnen!“)

Der Herr Präsident Wallner kündigte die Verhandlungen über das Landwirtschaftsgesetz an. Wie wir von unseren Vertretern im Nationalrat und aus der Presse erfahren haben, sind die Abgeordneten der Sozialistischen Partei grundsätzlich mit der Verabschiedung eines solchen Landwirtschaftsgesetzes einverstanden, allerdings unter bestimmten Voraussetzungen. Meine Herren, es ist vollkommen ausgeschlossen und das werden Sie auch einsehen, daß man nicht für den Produzenten Lenkungsmaßnahmen befürworten kann, die sicherlich zweckmäßig und notwendig sind, wenn man sie auf der anderen Seite für den Konsumenten als Schutz nicht anwenden will. Ich erinnere daran, daß im vorigen und vorvorigen Jahr in diesem Hohen Hause berechtigte Klage über den starken Verfall der Fleischpreise geführt wurde. Die Viehpreise sind gewaltig gesunken, stellenweise auf 50 %. Es sitzen sehr viele Nichtlandwirte hier und ich frage Sie, um wieviel sind die Fleischpreise gesunken? Die Viehpreise sind stark gesunken, der Konsumentenpreis hat sich kaum geändert. Ein Landwirtschaftsgesetz, das also lediglich den Produzentenpreis sichern würde und für den Konsumenten wahllose Möglichkeiten offenließe, daß er überhaupt keine Schutzmöglichkeit hat, würde sich auf lange Sicht gesehen auch für die Landwirtschaft zum Nachteil auswirken. Ich betone dasselbe, was ich bereits im Vorjahre gesagt habe, die Höhe des Preises an sich ist uninteressant, entscheidend ist, was ich als Gegen-

wert für meine Einnahmen erhalten kann. Es hat keinen Sinn, phantastisch hohe Preise zu bekommen, wenn für die Güter, die wir brauchen, phantastisch hohe Preise bezahlt werden müssen. Das ganze ist ein Problem der Gesamtwirtschaft und kann nicht nur vom Gesichtspunkt der Landwirtschaft aus betrachtet, auch nicht nur vom Gesichtspunkt des Konsumenten betrachtet, sondern es muß dies von beiden Gesichtspunkten aus zusammen betrachtet werden. Wenn dies geschieht, wenn die Herren Vertreter der Bundeshandels- und Wirtschaftskammer diesen Standpunkt einsehen, wird es zu diesem Landwirtschaftsgesetz kommen. Wenn die Vertreter der Bundeshandels- und Wirtschaftskammer nicht bereit sind, einzusehen, daß wir auf dem Antikartellgesetz bestehen müssen und unter allen Umständen versuchen müssen, eine Regelung der Handelsspanne zu erreichen, um zu einem Schutz für die Konsumenten zu kommen, dann sehe ich schwarz für das Landwirtschaftsgesetz. (Abg. H e g e n b a r t h: „Was ist mit den Konsumvereinen?“) Die Konsumvereine, die jahrzehntelang durch das Untersagungsgesetz behindert waren, müssen sich erst wieder erholen, damit sie draus kommen. Der Abgeordnete Stöffler lächelt. (Abg. S t ö f f l e r: „Die Konsumvereine haben das höchste Kapitalvolumen.“) Ich wundere mich nur, warum Sie auf einmal jetzt, Herr Abg. Stöffler, so leidenschaftlich auf die Konsumvereine hinweisen, warum weisen Sie nicht mit derselben Leidenschaft auf die Raiffeisenverbände und die landwirtschaftlichen Genossenschaften hin, die auch auf genossenschaftlicher Basis wie die Konsumvereine organisiert sind. Das verbietet Ihnen aber die Klubdisziplin. (Abg. S t ö f f l e r: „Reden Sie nur ja nicht von notleidenden Konsumvereinen, das sind die größten Kapitalisten. Wir wären froh, wenn wir so viel Geld hätten.“) Ich habe nur gesagt, sie müssen auch anfangen, ihre Schäden auszubessern. (Abg. S t ö f f l e r: „Fragen Sie einmal die Arbeiterbank, was für einen Saldo sie hat.“)

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die grundsätzlichen Fragen, um die es in der Gruppe 7 unseres Landesvoranschlags gegangen ist, im wesentlichen im Ausschuß bereits diskutiert wurden. Darf ich daher zum Abschluß meiner Ausführungen darauf zu sprechen kommen, was von uns zur Gruppe 7 beantragt wurde und was auch zum Teil im Budget berücksichtigt werden konnte. Die Abstimmung über die Anträge steht aber zum Teil noch offen. Wir haben zuerst einmal einen Antrag gestellt, der sich befaßt mit der Rückführung der Förderungsmaßnahmen in den Aufgabenbereich des Landes. Es wird Aufgabe der Landesregierung sein, diese Überprüfung durchzuführen und wir werden nächstes Jahr dann darüber Auskunft erhalten, was dabei herausgekommen ist. Dieser Antrag von uns beinhaltet die Herausnahme des Postens 731,723 „Technisierungsmaßnahmen der Landwirtschaft“ und hier speziell „Förderung kommunaler Maschinenhöfe“ aus den Förderungsmaßnahmen der Landeskammer und Rück-

führung in den Bereich des Landes Steiermark. Hier hat es zuerst einen heftigen Widerstand gegeben und es wurde uns gesagt, es sei nicht notwendig, es sei ja alles in Ordnung gegangen. Wir haben dazu, wie Sie sich sicher erinnern können, vor einigen Wochen eine Anfrage an den Herrn Landesrat Prirsch gerichtet mit der Frage, was denn geschehen sei mit diesem Geld, welches der Landtag voriges Jahr bereitgestellt hat. Herr Landesrat Prirsch hat damals geantwortet, daß mit dem Geld bisher nichts geschehen ist, da bis jetzt niemand um dieses Geld angesucht habe und aus den Bänken der ÖVP wurde dazu „hört, hört“ gerufen und ein Gelächter inszeniert. Wir haben daraufhin die sozialistischen Gemeindevertreter in Steiermark auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht und haben gesagt... (Dr. Kaan: „Das war also fünf Minuten vor 12!“) Und wissen Sie warum, Herr Dr. Kaan? Wenn nämlich der Landtag beschließt, einen Betrag der Kammer für bestimmte Förderungsmaßnahmen zu geben, so wäre es Aufgabe der Kammer gewesen, diese Institutionen davon zu verständigen und ihnen die Bedingungen bekanntzugeben, unter denen man ein Geld hätte bekommen können. Das hat die Kammer seit 1945 bei ihren Förderungsmaßnahmen immer getan, ob es sich nun um eine Anbauhilfe oder um die Marshallplan-Hilfe handelte. Immer haben die landwirtschaftlichen Nachrichten veröffentlicht, das und das könne man kriegen, das und das müsse man an Unterlagen beibringen und zu diesen und diesen Bedingungen ist es möglich, ein Darlehen zu erhalten. Nur in der Frage der Subventionierung der Maschinenhöfe hat die Kammer das nicht getan. (Abg. Präs. Wallner: „Ja, wegen Ihrer Maschinenhöfe werden wir vielleicht einen Zeitungsauftrag erlassen!“) (Heiterkeit.) Ich gebe ohneweiters zu, daß sich das vielleicht nicht ausgezahlt hätte, aber dann muß man uns zumindest das Recht zubilligen, daß wir daraufkommen und daß wir dann etwas tun. Aber das nimmt die Kammer gleich zum Anlaß, uns zu kritisieren und es als unglaublich hinzustellen, weil wir es dann doch getan haben. Wir haben nur unsere sozialistischen Gemeindevertreter mit einem Rundschreiben verständigt und ihnen darin mitgeteilt, es gibt eine solche Aktion, wenn Ihr davon Gebrauch machen wollt, dann sucht an. Das war alles, was wir mitgeteilt haben. Was sollen wir auch mehr schreiben? Die Kammer schickte daraufhin diesen Stellen ein abgezogenes Schreiben, unterzeichnet von Herrn Präsident Wallner, worin sie mitteilt, die Kammer glaube mit Recht annehmen zu dürfen, daß es sich dabei um eine „gelenkte“ Aktion handelt. Wir haben sie aber nur aufmerksam gemacht, nachdem dies sonst niemand getan hat. Und was dabei „gelenkt“ sein soll, ist mir nicht recht klar. (Abg. Präsident Wallner: „Das ist sehr deutlich, was will man denn mehr?!“) (Erster Landeshauptmannstellvertreter Horvatek: „Wenn Sie das nicht tun und die Gemeinden aufmerksam machen, dann muß es ja jemand anders tun.“) Herr Landesrat

Prirsch hat hier erklärt, er habe jetzt der Kammer den Auftrag gegeben, sich zu kümmern und irgendwelche Interessenten dafür zu finden. Es wurde nämlich so dargestellt, als ob sich kein Mensch für das Geld interessieren würde. Wir haben uns gesagt, wir teilen es den Gemeinden einmal mit, ob sich jemand dafür interessieren wird, wird sich dann ja herausstellen. Es wurde niemand aufgefordert, daß er dort ansuchen müsse, es wurde lediglich erklärt, diese Möglichkeit besteht, wer ein Interesse dafür hat, möge sich an die Kammer wenden. Die Kammer kritisiert nun in ihrem Schreiben, daß da überhaupt keine Unterlagen beigebracht wurden. Nun, es wurden ja auch keine verlangt! Die Kammer erklärt nun dazu, Schreiben, denen keine Unterlagen beiliegen, scheiden von Haus aus aus. (Abg. Präsident Wallner: „Sie müssen uns ja schreiben, was sie anschaffen wollen und welche eigenen Mittel sie aufbringen.“) Wenn Sie das verlautbart hätten in Ihren landwirtschaftlichen Mitteilungen, wäre es ohneweiters gegangen. Seien wird doch einmal ehrlich und offen. Es werden die landwirtschaftlichen Nachrichten z. B. dazu verwendet, um gegen die Sozialistische Partei zu polemisieren und das in einem amtlichen Kammerorgan! Ist das in Ordnung? Es wird aber nicht dazu verwendet, um in 20 Zeilen wenigstens darauf hinzuweisen, daß es da ein Geld gibt und die Bedingungen so und so sind. Es ist interessant, wie die Landesbauernkammer diesen bezüglichen Beschluß des Landtages interpretiert. Ich habe die stenographischen Protokolle der bezüglichen Landtagsitzung hier liegen. Ich wäre dankbar, wenn mir jemand sagen könnte, wo überhaupt diese Art der Interpretation jemals in der Debatte des Landtages aufgeschieden ist. Es heißt hier: „Die Kammer ist nicht bereit, diesen an und für sich geringfügigen Betrag in der Weise zu verwenden, daß irgendwelche Maschinen, die zur Ergänzung bereits bestehender Maschinenhöfe dienen, entweder zur Gänze oder teilweise subventioniert werden.“ Aus welchem Beschluß des Landtages das hervorgeht, werden Sie mir nicht nachweisen können. Denn der Landtagsbeschluß sagt ausdrücklich, „die Förderung kommunaler Maschinenhöfe“. Das war alles, was darüber gesprochen wurde. Und wir haben genau darüber gesprochen, was wir uns unter einer solchen Förderung vorstellen. Es ist daher auch möglich, daß die Anschaffung von zusätzlichen Maschinen in bereits bestehenden Maschinenhöfen subventioniert wird. Die Kammer ist da anderer Auffassung. Sie bezweifelt, daß das möglich ist und erklärt, dieser Betrag solle nur dazu dienen, um die Aufstellung neuer Maschinenhöfe zu ermöglichen. Von einer Errichtung neuer Maschinenhöfe steht aber im Landtagsbeschluß nichts, sondern es heißt dort: „Förderung kommunaler Maschinenhöfe“.

Der Punkt 2.) sagt, daß jene Gemeinden, die die Errichtung eines Maschinenhofes anstreben, bereit sein müssen, einen gewissen Beitrag aus eigenen Mitteln beizusteuern. Das nehmen wir zur Kenntnis. Die Gemeinden werden eben solche

Beiträge beisteuern müssen. Aber nun kommt ein bedenklicher Satz: Im Punkt 3.) heißt es nämlich: „Die Kammer muß darauf bestehen, daß mindestens ein Drittel dieser Kosten von der Gemeinde aus eigenen Mitteln (nicht Bedarfszuweisungen) aufgebracht wird.“ (Erster Landeshauptmannstellvertreter Horvatek: „Was geht denn das die Kammer an?“) Überlegen Sie doch einmal, was sind denn die Bedarfszuweisungen? (Abg. Präsident Wallner: „Weil das nicht Pflichtaufgaben der Gemeinden sind, während z.B. Wegerhaltung eine Pflichtaufgabe ist.“) (Heftige Rufe und Gegenrufe.) (Abg. Stöffler: „Jetzt fangen sie mit Krawall an.“) (Lärm, Glockenzeichen des Präsidenten.) Die Kammer kann sich doch nicht über den Landtag stellen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es muß hier wirklich in aller Öffentlichkeit eine vollkommen falsche Auffassung der Kammerführung klargestellt werden. (Landesrat Fritz Matzner: „Sie bilden sich ein, sie regieren das Land.“) Die Bedarfszuweisungsmittel sind eigentlich Gelder der Gemeinden, sie werden den Gemeinden von den Ertragsanteilen des Bundes in der Höhe von 25 % in Abzug gebracht. Erstens handelt es sich einmal absolut um Gelder der Gemeinden, die zur Verfügung gestellt werden, zweitens: Der Zwischenruf des Präsidenten besagt, daß diese Bedarfszuweisungen nur für Pflichtaufgaben der Gemeinden bereitgestellt werden. Auch davon steht nichts darinnen, im Gegenteil wurde mit diesen Geldern schon eine ganze Reihe von Ausgaben, die nicht Pflichtaufgaben sind, wofür eben die Einnahmen nicht gereicht haben, gefördert. Das ist das entscheidende: Schließlich und endlich liegt es im Sinne der Bedarfszuweisungen, dort zu fördern, wo ein Bedarf ist. Wir halten es für völlig ausgeschlossen, daß die Kammerführung Forderungen aufstellt, die unserer Auffassung nach in Widerspruch zu den gesetzlichen Bestimmungen stehen. Und bei dieser Situation verargen Sie unser Begehren, daß die Förderungsbeiträge von der Kammer weg zum Lande kommen sollen, um solche falsche Beratungen auszuschließen, denn der Herr Präsident war vom Kammeramtsdirektor falsch beraten. In der Abteilung 7 des Amtes der Landesregierung weiß man ganz genau, wozu die Bedarfszuweisungsmittel da sind, ob sie für Maschinenhöfe verwendet werden dürfen oder nicht. Wir sind jedenfalls der Auffassung, daß diese Mittel besser vom Lande aus verteilt und verwaltet werden sollen. Dieser Antrag besteht jedenfalls zurecht und wir freuen uns, daß dem Antrag stattgegeben wurde. Der Betrag wird nunmehr vom Lande aus zur Verteilung gelangen. Wir bedauern, daß dieser Betrag nicht höher ist; es wird sich herausstellen, daß die Förderung der Technisierungsmaßnahmen über die Maschinenhöfe einen Erfolg zeitigt. Ich weiß, es wird dies bestritten. Der Herr Präsident ist gegenteiliger Auffassung, das ist sein gutes Recht, er kann dieser Auffassung sein. (Abg. Präsident Wallner: „Die Erfahrungen unterstützen uns.“) Ich möchte nicht allzusehr auf Erfahrungen hin-

weisen. (Abg. Präsident Wallner: „Der Fachleute!“) Auch der Fachleute nicht! Herr Präsident, Sie erwähnen die Fachleute. Sie haben uns den Brief eines Fachmannes, des Herrn Professor Löhr aus Kärnten, vorgelegt. Ich muß sagen, der Brief des Herrn Professors Löhr hat auf alle Mitglieder des Ausschusses einen gewissen Eindruck gemacht. Ich habe mit Professor Löhr in Kärnten auf dem Versuchshof am Emperg über die Maschinenhöfe gesprochen. Er hat dort eine vollkommen andere Meinung vertreten. Ich habe ihn hierauf den erwähnten Brief übersendet und ein Antwortschreiben erhalten, das nicht uninteressant ist. Professor Löhr schreibt am 12. Mai 1954: Für Ihren liebenswürdigen und aufschlußreichen Brief danke ich verbindlich. Ich habe überhaupt nicht angenommen, daß Präsident Wallner meinen Brief vervielfältigt. Ich wollte mit meinem Brief keineswegs nur eine Lanze für die bäuerlichen Maschinenverteiler brechen und einen Kampf gegen die Maschinenhöfe einleiten. Ich betone im Gegenteil ausdrücklich, daß ich kurze Zeit später dem Herrn Präsidenten Wallner einen zweiten ergänzenden Brief zu dieser Frage übermittelt (den er allerdings nicht vorgelegt hat) und darin zum Ausdruck gebracht habe, daß die Bauern im allgemeinen eine sehr geringe Beziehung zur Maschine hätten und die Maschinenhöfe die Pionierbehörde seien, die der positiven Einstellung des Bauern zur Maschine Vorschub leisten“. Wenn man sich schon auf Fachleute beruft, muß man das Gesamturteil dieser Fachleute zur Verfügung stellen. (Zwischenruf: „Wo ist Professor Löhr angestellt?“) Professor Löhr ist der Vorstand des Kärntner Landesinstitutes für bäuerliche Betriebs- und Arbeitsforschung (Zwischenruf bei ÖVP: „Aha!“) (Erster Landeshauptmannstellvertreter Horvatek: „Was wollen Sie mit diesem aha?“) Am 20. Dezember 1953 war Professor Löhr für Sie ein anerkannter Fachmann, er hat Ihnen hierauf einen Brief geschrieben, in dem er sein Urteil ergänzt. Diesen Brief haben Sie nicht vorgelegt. Wir haben das nun festgestellt, darauf ist er für Sie eine suspektere Person (Zwischenruf: „Ich habe nur gefragt, wo er angestellt ist“) geworden. Interessant ist, daß damals, als Präsident Wallner den Brief des Professors Löhr vorgelegt hat, nicht gefragt wurde, wo Professor Löhr beschäftigt ist. (Zwischenruf: „Bei einem Fachmann handelt es sich auch nicht darum, wo er beschäftigt ist, sondern darum, ob er was weiß.“) (Abg. Stöffler: „In Kärnten ist die Situation ganz anders.“) (Größere Unruhe.) (Präsident mahnt zur Ruhe: „Sie können abschließend sprechen, jetzt ist Abgeordneter Rösch am Wort.“) (Abg. Stöffler: „Bitte auch den anderen Zwischenrufern zu läuten.“) Professor Löhr hat jedenfalls kurze Zeit später dem Präsidenten Wallner einen zweiten Brief geschrieben, scheinbar ist er deshalb nicht mehr restlos persona grata und wird als Fachmann angezweifelt.

Es wurde auch ein zweites Argument ins Treffen geführt und ich erlaube mir auf diese Frage zurückzukommen (Abg. Kaan: „Ich werde Ihnen Ihre vorjährige Rede vorlesen, da werden

Sie erstaunt sein!“) Zur Frage, die immer auftaucht, die Maschinenhöfe seien eine Vorstufe zur Kolchose; wenn die Gemeinden Maschinen in die Hand nehmen, so sei dies praktisch der erste Schritt zur Kolchosierung. Wir haben schließlich nur 14 Maschinenhöfe und die Gefahr der Kolchosierung ist meiner Ansicht nach noch nicht gegeben; obwohl in vielen Gemeinden solche Maschinen stehen, befinden wir uns nicht am Vorabend einer Kolchosierung.

Ich habe nun eine Umfrage im Lande Steiermark veranlaßt, wieviel solche Maschinen die Gemeinden überhaupt schon haben, und zwar nicht in solchen Gemeinden, die von Sozialisten verwaltet werden, sondern in denen ÖVP-Bürgermeister sind und in denen die ÖVP die Mehrheit hat. Das Ergebnis ist nicht uninteressant. Es stellt sich heraus, daß in Steiermark in den nicht sozialistischen Gemeinden 20 Traktoren, 16 Anhänger, 35 Getreideputzmaschinen und 41 Obstbaumspritzten vorhanden sind. (Abg. Präsident Wallner: „Schon vor 20 Jahren haben die Gemeinden solche gehabt.“) (Zwischenruf bei SPÖ.) Und trotzdem noch immer keine Kolchose?! (Zwischenruf Abg. Präsident Wallner.) Sowie Sie sich das einreden, Herr Präsident, nicht aber wie wir uns das vorstellen. Die Grundsätze, nach denen wir die Maschinen des Maschinenhofes verleihen, sind die gleichen, wie Sie die Maschinen verleihen, wie es in meiner Liste aufscheint, wobei ich natürlich verstehe, daß die Frage der Kolchose einem gewissen Propagandabedürfnis der ÖVP sicherlich entspricht. (Abg. Dr. Kaan: „Man kann doch auch gegen etwas sein, was nicht von den Sozialisten kommt.“) Aber darüber hinaus können Sie z. B. sehen, daß sich nicht nur die Sozialistische Partei, sondern überhaupt keine Parteistellen, sondern Wirtschaftsstellen mit der Frage der Einrichtung kommunaler Maschinenhöfe befassen. Das österreichische Produktivitätszentrum hat im Burgenland einen kommunalen Maschinenhof eingerichtet, um auszuprobieren, wie dieser Maschinenhof wirkt und wie er wirken soll. Es ist dies also nicht nur eine Sache, die ausgerechnet von den Sozialisten kommt, sondern man versucht eben auf verschiedener Basis diese Mechanisierung und Technisierung der Landwirtschaft vorwärts zu bringen. Wir sind jedenfalls der Auffassung, daß es sicherlich das gute Recht jedes Abgeordneten und daher auch der Herren der ÖVP und des Bauernbundes ist, sich gegen die Maschinenhöfe hier zu stellen. Ich habe ja schon voriges Jahr gesagt, wir werden in einigen Jahren sehen, was daraus werden wird. Aber wir müssen darauf bestehen, daß die Förderungsbeträge, die der Landtag, wenn auch nur mit Mehrheitsbeschluß, beschlossen hat, auch tatsächlich zur Förderung dieser kommunalen Maschinenhöfe ausgegeben werden.

Darf ich nun abschließend sagen, die Sozialistische Partei wird zur Gruppe 7 selbstverständlich ihre Zustimmung geben. Ich habe in wiederholten Einzelgesprächen mit verschiedenen Mitgliedern des Klubs der ÖVP immer wieder festgestellt, daß man sagt, „wir zweifeln ja gar nicht

daran, daß Ihr auch ein großes Interesse an der Landwirtschaft habt, wir zweifeln gar nicht daran, daß Ihr gute Absichten habt“. Meine Erfahrung ist, daß diese grundsätzliche gegenteilige Einstellung im politischen Leben selbstverständlich ist, ich glaube aber, es muß ein letztes Ziel über den ganzen Beratungen stehen und die Herren der ÖVP sollen nicht jedesmal, wenn die Gruppe 7 darankommt, aufstehen und uns aller möglichen unehrlichen oder unschönen Absichten bezichtigen. Man soll uns nicht immer wieder Absichten unterschieben, die in Wirklichkeit nicht da sind, sondern man soll einmal ehrlich sein und sagen, „gut, Ihr habt eben diese Auffassung und wir diese“.

Aber wir müssen hier im Hohen Hause zusammen die wirtschaftlichen Belange des Landes erörtern und innerhalb der gesamten wirtschaftlichen Belange ist eben die Landwirtschaft ein wesentlicher Teil, aber da die Belange der gesamten Wirtschaft nicht separat behandelt werden können, muß man auch unsere Auffassung zumindest respektieren. Ich glaube sicher, daß das auch im Interesse der Landwirtschaft ist, wenn Sie endlich einmal abgehen von dem Grundsatz, aus einem gewissen Propagandabedürfnis heraus uns irgendwelche Absichten zu unterschieben, und endlich davon abgehen, uns, wenn es Ihnen opportun erscheint, Dinge in die Schuhe zu schieben und dadurch Polemiken heraufzubeschwören, wodurch weder der Landwirtschaft noch der gesamten Wirtschaft in diesem Land gedient ist. (Beifall und Bravoruf bei SPÖ.)

Abg. Stöffler: Hoher Landtag! Bezüglich der Ausführungen des Herrn Abg. Rösch möchte ich nur zu 2 Punkten Stellung nehmen, den Rest der Erwiderung werden dann schon unsere Fachleute besorgen. (Zwischenruf bei SPÖ: „Ist ohnehin gescheiter!“) (Heiterkeit!) Ich möchte besonders jene Äußerungen herausgreifen, die er bezüglich Indizes gemacht hat, daß nämlich den Unterschied zwischen Einnahmen und Ausgaben der Handel einsteckt. (Abg. Rösch: „Sie haben ja gar nicht richtig zugehört, ich habe eine andere Differenz aufgezeigt.“) Sie haben aber von der Differenz gesprochen, die darin liegt, daß der Bauer teurere Waren einkaufen muß gegenüber den Preisen, die er für seine Produkte einnimmt. Von dieser Diskrepanz haben Sie gesprochen. Das kann man aber gar nicht vergleichen, denn die Differenz kann hier ja gar nicht beim Handel hängen bleiben, weil es sich da um ganz verschiedene Waren handelt. (Abg. Rösch: „Lassen Sie sich das von Ihren Herren erklären!“)

Nun etwas zur Kinderbeihilfe! Wenn der Kleinbauer einen zweiten Beruf ausübt, dann zahlt er ja einerseits auf der Basis Grundsteuer und andererseits auf der Basis Lohnsteuer mit der Auflösung des Besatzungskostenbeitrages seinen Beitrag an den Familienlastenausgleichsfonds. Das ist nicht ungerecht. Was ist mit jenen, die keinen Bauernhof besitzen und die keine Grundsteuer bezahlen? Wenn heute ein Arbeitnehmer z. B. eine Nebenbeschäftigung ausübt, die lohn-

steuerepflichtig ist, dann zahlt er mit der Lohnsteuer für die Nebenbeschäftigung auch diese 3 % an den Familienlastenausgleichsfonds. Also die Einhebung eines Beitrages auf der Basis der Grundsteuer stellt nichts anderes dar als einen anderen Weg der Einhebung, weil hier eine Einkommens- oder Lohnsteuerbasis nicht vorliegt. Beide Einkommen haben als Bemessungsgrundlage zu dienen. Wenn Sie einmal nachdenken, dann werden Sie schon darauf kommen, daß ich recht habe. Beim gewerblichen Unternehmer fußt der Beitrag auf der Einkommensteuer, beim Lohnempfänger auf der Lohnsteuer und beim Grundsteuerträger, der nicht einkommen- und nicht lohnsteuerpflichtig ist, fußt er auf der Grundsteuer.

Und nun zum Herrn Abgeordneten Strohmayer! Seine Fraktion hat den Betrag also für lächerlich gefunden, der für die Darlehen an Gewerbetreibende eingesetzt wurde. Ich muß fragen: Warum hat denn dann seine Fraktion nicht mit gutem Beispiel dazu beigetragen, daß er erhöht wurde? Im Zuge der letzten abschließenden Verhandlungen war doch auch Ihnen die Möglichkeit gegeben, über einen Betrag von mehr als einer viertel Million Schilling zu verfügen, warum wurde dieser nicht für den Darlehensfonds verwendet. Da hätten Sie beweisen können, daß es Ihnen ernst ist mit dem, was Sie hier sagen. Aber damals habe ich nicht einen Ton davon gehört, daß Sie von diesem Geld etwas für diesen Fonds bereitstellen wollen. So schaut also die Tat aus gegenüber Ihren Worten. Wenn Sie sagen, es hätte komisch gewirkt, daß der Vertreter der gewerblichen Wirtschaft, also ich, dagegen gestimmt hat, so kann ich dazu nur feststellen, daß ich das gar nicht getan haben kann. Ich konnte weder dafür noch dagegen stimmen, denn es stand bei den abschließenden Verhandlungen insgesamt nur ein Betrag von 1,4 Millionen Schilling zur Verfügung. Ich weiß nicht, wie Sie das machen wollen, wie Sie von von 1,4 Millionen Schilling 2 Millionen Schilling geben wollen, das geht weder mit multiplizieren noch mit dividieren, das geht einfach nicht, man kann nicht mit 1,4 Millionen Schilling einen Fonds mit 2 Millionen Schilling dotieren. Wir haben daher — und dafür habe ich gestimmt — in den außerordentlichen Haushalt 2 Millionen Schilling eingesetzt und bisher, das muß ich sagen, war die Dotierung der Fonds im außerordentlichen Haushalt nicht umsonst.

Das gilt auch für den Fremdenverkehrsinvestitionsfonds. Wir haben durch einige Jahre die Dotierung dieses Fonds im außerordentlichen Haushalt gehabt und es hat sich im Laufe des Jahres die Bedeckungsmöglichkeit immer ergeben. Nur so ist es möglich, daß der Fonds heute bereits 7 Millionen Schilling beträgt. Wenn Sie nur die Beträge nehmen, die im ordentlichen Haushaltsplan für diesen Gegenstand eingesetzt waren, so war das ja viel weniger. Dann muß ich Ihnen überhaupt sagen, daß mir gar nicht ganz klar ist, was Sie eigentlich wollen. Sie haben bei den Verhandlungen im Finanzausschuß im Zu-

sammenhang mit dem Fremdenverkehrsinvestitionsfonds davon gesprochen, daß denen, die keinen Kredit angestrebt haben, sogar geschadet worden sei, weil der Nachbar durch die Kredit Hilfe sich modernisieren konnte. Wenn diese Ansicht auch für den analog wirkenden Fonds für gewerbliche Darlehen gilt, dann muß man doch fragen: Wenn dieser Kreditfonds noch weiter erhöht wird, werden die Gewerbetreibenden nach Ihrer Meinung noch mehr geschädigt? Wollen Sie den Investitionsfonds erhöhen, um zu schaden oder um damit zu helfen?

Übrigens haben Sie mich persönlich angegriffen und behauptet, ich lebe vom Gewerbe-Groschen. Verehrter Herr Abgeordneter, ich lebe vom Ertrag meiner Arbeit! Ich bin Geschäftsführer einer Organisation, deren Mitglieder der gewerblichen Wirtschaft angehören. Sie waren früher auch Geschäftsführer einer Vereinigung von Gewerbetreibenden. Wir unterscheiden uns nur dadurch, daß meine Organisation noch besteht; trotzdem nehme ich nicht an, daß Sie von Spenden oder Gewerbe-Groschen gelebt haben.

Ferner muß ich als vollkommen tendenziös und reine Demagogie zurückweisen, daß wir dagegen gestimmt hätten, weil die Kammer dies will. Es ist allgemein bekannt, daß sich die Kammer verpflichtet hat, mindestens jene Beträge beizusteuern, die das Land für diesen Fonds einstellt. Bei den Abschlußverhandlungen habe ich diese Erklärung abgegeben. Sie müssen das gehört haben. Es ist vollkommen fehl am Platze zu sagen, ich hätte dagegen gestimmt, wohl nur deshalb, weil die Kammer nicht bezahlen will. Sie reden wirklich wider besseres Wissen. Wir von der ÖVP haben natürlich das größte Interesse, diesen Fonds möglichst reichlich zu dotieren, weil wir diesen Fonds ins Leben gerufen haben mit der Absicht zu helfen. Man kann dies aber nicht so machen, daß Kredite hingegeben und hierfür so gut wie keine Sicherheiten verlangt werden. Die Bedingungen für die Kreditnehmer sind ohnedies von den bankmäßigen Sicherungsbedingungen unterschiedlich. Nach dem Gesetz, durch welches der Fonds für gewerbliche Darlehen geschaffen wurde, ist es ja möglich, den Kredit durch ein Pfand zu sichern. Es ist jedoch nicht immer möglich, jene Güter, die mit dem Kredit gekauft werden sollen, als Sicherung für den Kredit anzubieten, da manches Gut von vornherein bei Inanspruchnahme einen gewissen verlorenen Investitionsaufwand aufweist. So ist es nicht möglich, z. B. bei einer Erweiterung eines Lagerraumes die eingemauerten Ziegel als Pfand anzubieten. In einem solchen Fall müssen andere Sicherungen geboten werden. Nun, welche Sicherungen werden sonst noch verlangt? Grundbücherliche Sicherstellung oder Bürgschaft. Ich habe hier eine Liste von Kreditwerbern, die dem Kuratorium bei der Beschlußfassung über die Gewährung dieser Kredite vorlag. Es sind nicht „Auserwählte“, sondern kleine Handwerksmeister, die sich um diese Kredite bewerben: ein Lastentransportunternehmer aus Tieschen, ein Wagenschmied aus Kaendorf, ein Schneidermeister aus Graz, ein Tischlermeister in Graz, ein Bäcker

aus Neudau (Zwischenruf: „Genügt schon!“), ein Gemischtwarenhändler aus Eibiswald, ein Schuhmacher aus Zeltweg, aus Gratkorn ein Schmied, aus Murau ein Sattler. (Abg. Strohmayer: „Möchten Sie vielleicht die Parteizugehörigkeit angeben!“) Das sind lauter kleine Leute, meine Herren, die vielfach Bürgschaften, grundbücherliche Sicherstellungen, aber auch Pfänder als Sicherstellung geboten haben. Ich glaube nicht fehlzugehen, daß rund 40 % in der Lage sind, einen Bürgen zu bringen, 40 % einen Grundbuchsauszug vorlegen und 20 % mit Pfändern eine Sicherheit bieten können. Dieses Verfahren hat sich bisher bestens bewährt.

Wir werden uns bemühen, im Laufe des Jahres eine Bedeckung für die im außerordentlichen Haushalt eingesetzten Beträge zu erreichen. Außerdem kann man nur das fordern, was man verantworten kann und ich hätte es nicht verantworten können, bei der Situation, in der wir uns befunden haben, mehr zu fordern. Es hätte keinen Sinn gehabt bei den Abschlußverhandlungen einfach das Budget um weitere Millionen aufzublähen. (Abg. Scheer: „Warum haben Sie den Antrag zurückgezogen?“) Ich habe Sie nicht gefragt, mit Ihnen rede ich gar nicht, ich rede mit Abgeordneten Strohmayr. (Abg. Sebastian: „Das ist so Ihre Art! Wir sind ja nicht im Wirtshaus!“) (Abg. Scheer: „Ihre Demagogie geht entschieden zu weit!“) Regen Sie sich nicht auf, Sie haben mich als Präsident dauernd gerügt und benehmen sich jetzt genau so! (Weitere Rufe und Gegenrufe, Lärm.) (Abgeordneter Scheer: „Der kann sich schämen!“) Wenn Sie das Gewerbe so warm ins Herz geschlossen haben, hätten Sie die Möglichkeit gehabt, dafür etwas zu tun mit den Beträgen, die zur Verfügung gestanden sind; getan haben Sie es nicht, deshalb fehlt Ihnen die moralische Berechtigung darüber im Hause so zu reden, wie Sie es getan haben.

(Präsident Operschall hat den Vorsitz übernommen.)

Abg. Dr. Speck: Ich will noch auf einen Punkt hinweisen, der erst bei den Beratungen im Finanzausschuß in den Voranschlag hineingekommen ist, nämlich auf die Subvention, die das Land für die Errichtung eines Tierhauses zu gewähren bereit ist.

Der Herr Landeshauptmann hat in der Vorberatung (wohl scherzhaft) gemeint, damit sei eine Konkurrenz für Eggenberg geplant. Er weiß, daß das nicht so ist. Es ist möglich, in Eggenberg etwas zu machen, und zwar in zweifacher Weise. Man könnte dort einen wirklichen Tiergarten, ein kleines „Schönbrunn“ errichten; das würde aber viele Millionen kosten. Das Land Steiermark könnte schließlich einmal für Ausgaben von solcher Bedeutung Millionen aufbringen; aber mit der Ruhe und Besinnlichkeit des Eggenberger Parkes wäre es dann vorbei. Es würde dann nur mehr ein kleiner Teil des Parkes vor dem Schlosse übrig bleiben, alles andere würde dem Tiergarten zugeführt werden. Das wäre die

eine Möglichkeit. Die zweite wäre, daß der Park in seiner gegenwärtigen Schönheit erhalten bleibt und nur Tiere gehalten werden, wie sie jetzt schon dort sind, Rehe, Hirsche, zum Teil frei herumlaufend, zum Teil aber, weil das bei Rehböcken nicht ohne Gefahr ist, auch durch Gitter abgeschlossen. Wenn man das weiter entwickeln und das Land einen entsprechenden Beitrag dazu leisten würde, würde ich das außerordentlich begrüßen. Ich würde darin eine wirkliche Förderung des Interesses der Stadt Graz sehen und auch eine Förderung des Fremdenverkehrs.

Ganz etwas anderes ist das, was wir mit dem sogenannten Tierhaus planen, und zwar im Rosenhain, wo auch früher schon einige Gehege waren und, wie Sie sich erinnern, Dammhirsche gehalten wurden. In Graz gibt es eine Tierschau eines Herrn Rudolf Bauer; er ist der Nachfolger des Herrn Giedl, der Präparator des Stadtschulrates gewesen war. Dieser hat Tiere für die Schulen präpariert, wurde auch einmal an den Neusiedler-See und einmal nach Paraguay geschickt und hat von dort vieles Interessante mitgebracht. Er hat dann an den Abhängen der Ruine Gösting eine Tierschau entwickelt. Er ist vor einiger Zeit gestorben und dieser Rudolf Bauer, sein Schwiegersohn, hat die Tierschau übernommen und ausgebaut. Er besitzt auch ein Stück Grund bei Wetzelsdorf und hat dort in höchst primitiven Kisten oder Käfigen eine ganze Menge von Tieren gesammelt, die, wären sie richtig untergebracht, eigentlich schon einen mittelgroßen Tiergarten bilden würden. So sitzen aber die Tiere in kleinen Kisten beieinander. Er hat schon dreimal kleine Tier-Ausstellungen im Joanneum veranstaltet, wo jedesmal 30.000 bis 35.000 Besucher zu verzeichnen waren, ein Zeichen dafür, wie beliebt so etwas bei uns ist. Aber im Grunde ist es scheußlich. Denn die armen Tiere sitzen da gefangen auf engstem Raum und können sich kaum bewegen, sitzen wie tot in einer Ecke. Tiere aus Papier-Machee oder Bilder, die gut sind, wären da besser, von modernen Kulturfilmen gar nicht zu reden.

Was wir nun wollen, ist ein biologischer Tiergarten; nicht mit so vielen Tieren, aber sie müssen Platz haben, sie müssen sich heimisch fühlen, sie müssen eine Familie bilden, sie müssen sich zurückziehen können, wenn sie sich nicht sehen lassen wollen, wie das die Tiere ebenso wollen wie manchmal die Menschen. Man muß den Tieren die Möglichkeit geben, sich heimisch zu fühlen und halbwegs so zu leben, wie in der Freiheit, freilich eingeschränkt, aber nicht auf so engem Raum.

Ein solches Tierhaus wäre ja auch von wissenschaftlicher Bedeutung, denn immerhin ist Graz auch Sitz einer Universität. Ich werde versuchen, auch den Unterrichtsminister für diesen Plan zu interessieren; denn ich muß sagen, gegenwärtig gibt es in Österreich derartiges nicht, auch nicht in Schönbrunn. Schönbrunn ist jetzt ein Mittelding zwischen Alt und Neu und die Entwicklung ist dort keineswegs klaggestellt. So etwas wollen wir also haben, keine ganz große

Sache, aber zweifellos etwas, das wirklich belehrend ist, das das Tier so zeigt, wie es auch in der Freiheit lebt. Sonst ist das Tier ein armer Gefangener und nur zu bedauern. Das erfordert natürlich Geld, aber nicht allzuviel. Einheimische Tiere können vielleicht in Freigehegen in einem kleinen Wäldchen untergebracht werden; aber fremdartige Tiere brauchen ein warmes Haus, wo sie sich aufhalten können. Und alle Tiere brauchen einen warmen Boden. Wir wissen, daß auch in der Natur das Tier den warmen Boden sucht, wo es liegen kann. Und dazu müssen gewisse technische Einrichtungen gemacht werden.

Wir haben auch schon mit einer Reihe von Fachleuten gesprochen. Wir haben einen jungen und sehr geschickten Architekten und wir haben auch Verbindung aufgenommen mit der biologischen Versuchsanstalt in Wilhelminenberg bei Wien. Der Gründer dieser Station ist bekannt, es ist dies Professor Konrad Lorenz, der Sohn jenes berühmten alten Orthopäden Lorenz. Professor Konrad Lorenz ist leider vor einem Jahr nach Deutschland gegangen, weil Österreich wie immer, so auch diesem großen Gelehrten, der die sogenannte Verhaltensforschung der Tiere begründet hat, nicht die nötigen Geldmittel für seine Arbeit zur Verfügung stellen konnte. In Deutschland, in der Nähe von Aachen, hat man ihm ein ganzes Schloß mit einem großen Park aus der Kaiser-Wilhelm-Stiftung zur Verfügung gestellt. Sein Assistent König führt nun die Versuchstation Wilhelminenberg bei Wien und dieser berät uns, damit wir hier nicht eine wertlose Schau machen, die das Interesse der Menschen nur kurze Zeit auf sich lenkt, sondern etwas, was wirklich wertvoll und auch wissenschaftlich haltbar ist und nicht nur von Interesse für die Kinder, sondern auch für sehr viele Erwachsene sein wird.

Wenn eine solche Tierschau in Graz besteht, werden nicht nur sehr viele Schulklassen aus der Steiermark kommen, um sie sich anzusehen, sondern wir hoffen, daß sie auch Fremde anziehen wird. Unsere Lage in Graz bringt es mit sich, daß wir jede Gelegenheit benützen müssen, um irgend etwas Besonderes zu schaffen, das eine gewisse Anziehungskraft ausübt. Ich begrüße deshalb auch den Alpengarten auf der Rannach, der zwar langsam entsteht, aber etwas Gutes werden wird. Ich glaube, daß auch dieses Tierhaus, dem das Land seine Unterstützung gewährt, eine Schöpfung werden wird, die so klein und unbedeutend sie auch anfangs aussehen mag, doch eine gewisse kulturelle Bedeutung gewinnen wird. (Allgemein lebhafter Beifall und Bravorufe.)

Abg. Pölzl: Hohes Haus! Wenn man die Redner der ÖVP, des Bauernbundes, zu Fragen der Landwirtschaft sprechen hört, so hat man den Eindruck, im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft muß ein Gegner der Landwirtschaft sitzen. Aber ich kann das nicht glauben. Es ist doch der Herr Bundesminister Thoma selbst ein Steirer und ein Angehöriger der ÖVP.

In der Steiermärkischen Landesregierung sind drei Referate, die mit Fragen der Landwirtschaft zusammenhängen, von ÖVP-Leuten besetzt. Ich verstehe also nicht, an wen die vielen Appelle der ÖVP-Abgeordneten eigentlich gerichtet sind. Ich glaube, sie sind an sich selbst, an ihre eigene Partei und ihre eigene Führung gerichtet, die in den Fragen der Landwirtschaft offensichtlich versagt. Das ist auch richtig. Die großen Probleme der österreichischen Landwirtschaft sind kaum noch angegangen worden und diese Probleme sind für den kleinen und für den großen Mann verschiedene Probleme und das wollen die Redner der ÖVP nicht wahrhaben.

Die Frage der Einrichtung von Maschinenhöfen wird von der ÖVP zu einer Frage des Klassenkampfes gemacht. Die ÖVP ist nicht ehrlich genug, sich offen einzugestehen und es offen auszusprechen, daß das Ziel Ihrer Staatspolitik darin besteht, die bestehenden Abhängigkeiten draußen am Land, nämlich die Abhängigkeit des Kleinen vom Großen unbedingt aufrecht zu erhalten. Und da wird herumgeredet darüber, daß es viel gescheiter ist, wenn ein Privater über die Maschinen verfügt, der mit Hilfe dieser Maschinen dann in der Lage ist, im Umkreis seines Wohnbezirkes, seines Tätigkeitsbezirkes auch den anderen beizustehen gegen entsprechendes Entgelt. Ich kann das schon verstehen. Denn wenn bisher der Kleinbauer vielfach nicht in der Lage war, das notwendige Gespann aufzutreiben, um seinen Acker zu bestellen, so mußte er auch zum Großen gehen und sagen „komm zu mir ackern“. Wenn natürlich die technische Entwicklung nach der Richtung hin vor sich geht, daß der Kleine auch freien Zugang zu den Hilfsmitteln der modernen Technik bekommt, dann würden ja dadurch die Abhängigkeitsverhältnisse draußen auf dem Lande wesentlich gestört werden und die ÖVP fürchtet, daß dadurch ihr politisches Gewicht am Lande merklich absinken würde. Wenn nun die Frage aufgeworfen wird, kommunale oder private Maschinenhöfe, soll die ÖVP offen und ehrlich genug sein und sagen: „Wir sind gegen die kommunalen Maschinenhöfe, weil sie dazu angetan sind, die bestehenden Abhängigkeitsverhältnisse, die sich auch politisch maßgeblich auswirken, zu stören.“ Weil die ÖVP aus diesem Grunde gegen die kommunalen Maschinenhöfe ist, entspricht aber das durchaus nicht dem Interesse der kleinen und sicher auch nicht der großen Zahl von mittleren Bauern und es kann derjenige, der für die wirkliche Freiheit nicht der Großen sondern der Kleinen ist, nur für die kommunalen Maschinenhöfe sein.

Abg. Dr. Kaan: Hoher Landtag! Nicht als Fachmann in der Landwirtschaft, sondern als eifriger Leser der stenographischen Berichte des Landtages aus jener Zeit, in welcher ich dem Landtag nicht angehört habe, habe ich mir die vorjährige Rede des Herrn Abg. Rösch zu dieser Gruppe vorgenommen und dabei festgestellt, daß seine Bemängelung in der Hinsicht, daß die damals beschlossene Post für Maschinenhöfe nicht

für die Errichtung von Maschinenhöfen, sondern überhaupt für Maschinenhöfe gewidmet worden sei, einer Überprüfung unterzogen.

Ich lese Ihnen nun drei Stellen vor, in welchen Abg. Rösch zu dieser Frage spricht. „Wir stehen auf dem Standpunkt, daß eine weitere Möglichkeit, die Technisierung in unserem Lande vorwärtszutreiben, die Errichtung von Maschinenhöfen darstellt“.

„Ich glaube also, daß wir diese Maschinenhöfe jetzt tatsächlich versuchen sollen, zwar nicht nach dem Kärntner System, dort ist es eine Landmaschinenhilfe; das, was wir in der Steiermark versuchen wollen, ist ein Maschinenhof auf Gemeindebasis“.

„Sie haben es in der Hand, diese 100.000 S, die wir als zweckgebunden vorschlagen, für die Errichtung kommunaler Maschinenhöfe, meinetwegen auch an wenige von der ÖVP verwaltete Gemeinden zu geben.“

Wenn deshalb der Abg. Rösch, der an drei Stellen ausdrücklich davon spricht, daß die 100.000 S der Errichtung von Maschinenhöfen gewidmet werden sollen (Abg. Rösch: „Das ist ein Beschluß des Landtages!“), so ist er nicht legitimiert, zu bestandanden, was in der Antwort der Landeskammer gesagt wurde, daß diese Gelder für neue Maschinenhöfe gewidmet sind; das haben Sie beanstandet. Das ist nur der Ausgangspunkt, ich habe nur Ihre eigene Rede wiedergegeben, ich war nicht dabei; Sie haben gesagt, daß die Gelder für die Errichtung von Maschinenhöfen gewidmet sind.

In diesem Zusammenhange möchte ich auf Ausdrücke wie „Sabotiert“ und „Unverschämtheit“, die in Zwischenrufen laut geworden sind, zurückkommen. Diese Ausdrücke entsprechen nicht der Würde dieses Hauses. Die Würde des Hauses zu wahren, steht nicht mir zu, dies ist Aufgabe des Präsidenten.

Ich möchte aber darauf zurückkommen, daß Sie heute und gestern den Vorwurf eines „niedrigen Niveaus“ gemacht haben. Der Ausdruck „niedrig“ ist von Ihnen im Zusammenhang mit Propaganda und den darauffolgenden Zwischenrufen laut geworden. Sie sind ein erfahrener Politiker, Sie haben schon viele Wahlen mitgemacht. Sie wissen, daß die Wahlpropaganda immer ein wenig über das Ziel schießt, aber es ist nicht zweckmäßig, daß man nach vollzogener Wahl in Beratungen einer gesetzgebenden Körperschaft, insbesondere der höchsten gesetzgebenden Körperschaft des Landes, dasselbe macht. Bei den Wahlen wird sowohl von der einen wie von der anderen Seite manchmal dick aufgetragen, doch nach der Wahl muß man sich zusammenfinden, wie wir uns schon oft zusammengefunden haben. Nun zum Kernpunkt! Ungezählte Male, Herr Abg. Rösch, haben wir es in den vergangenen Jahren in den Ausschüssen erlebt, daß die Meinungen heftig aufeinanderprallen in sachlicher Hinsicht, ohne daß wir zwei entgleist wären, obwohl wir absolut nicht über mangelndes Temperament klagen können, aber wir haben uns doch auf einer Grundlinie finden können. Dies

aber wäre schwer möglich gewesen, wenn wir das Niveau verlassen hätten.

Im Zusammenhang mit den Ausführungen des Herrn Abg. Lackner sind die Worte „Niveau“ und „Takt“ zusammen gefallen. Dem Abg. Stöffler wurde bezüglich seiner gestrigen Rede zur Generaldebatte an den Kopf geworfen und auch von anderen Rednern ins Treffen geführt, daß Sie in dieser Rede als anmaßend empfinden, was Abg. Stöffler an der Haltung der SPÖ kritisiert hat; er hätte Noten ausgeteilt. Sie können nicht leugnen, daß Abg. Stöffler seine Ausführungen mit einer Menge sachlichen Materials unter Beweis gestellt hat. Ob das Material vollständig ist und ob die Schlußfolgerungen richtig waren, unterliegt selbstverständlich Ihrer Kritik. Sie können aber unmöglich sagen, daß diese Rede nicht Niveau gehabt hat. In dieser Hinsicht hat sie sicherlich Niveau gehabt, Sie können es nicht leugnen. Dagegen war aus der Gegenrede lediglich eine Kritik seiner Rede zu hören, nicht aber ein einziges sachliches Argument und eine sachliche Grundlage. Die Frage des Taktes ist eine Geschmackssache, eine Frage der Empfindlichkeit, die Frage des Niveaus ist aber etwas Absolutes. Wenn wir über einen Gegenstand beraten und sachliches Material bringen, ziffernmäßiges oder auch anderes Material, und daraus schlüssig die Folgerungen aufbauen, so ist dem Gegner Gelegenheit gegeben, auf der gleichen Grundlage seine Argumente zu entwickeln. Sie können bestätigen, daß wir in den Beratungen, an denen wir teilgenommen haben, sowohl wir Ihnen, wie Sie auch uns, diese Gelegenheit geboten haben. Das war die Grundlage, auf der wir uns gefunden haben. Selbstkritik und Selbstzucht weisen uns die Schranken, demnach hoffe ich, daß es gelingen wird, diese Budgetdebatte auf diesem Niveau zu Ende zu führen. (Starker Beifall und Bravorufe.)

Abg. Strohmayr: Hoher Landtag! Ich muß Abg. Stöffler dahin richtig stellen, daß wir bei den Endverhandlungen 250.000 S zugesprochen erhielten und Anträge der ÖVP mitübernommen haben. Ich verweise darauf, daß diese 250.000 S für folgende Zuwendungen gedacht sind: Rotes Kreuz, Bergrettungsdienst, Rettungsflugwacht und Roseggerpreis. Wir haben uns gesagt, wenn wir nur so einen kleinen Betrag bekommen, ist es unmöglich, ihn irgendwie anders aufzuteilen, da hiedurch für den Fonds zu geringe Möglichkeiten gegeben sind und dadurch wieder nur Protektion hervorgerufen wird. Ich bitte Abg. Stöffler, das zu bestätigen. Ich kann den Beweis liefern, daß ich den Antrag gestellt habe und er sich mit aller Vehemenz im Finanzausschuß gegen diesen Antrag gestellt hat. Es steht das unbedingt fest. Später dann bei den Parteiverhandlungen, als der Beschluß schon fertig war, war es leicht, eine andere Miene aufzusetzen, weil man ja doch wußte, daß das Ganze schon erledigt ist. Aber bei der Verhandlung im Finanzausschuß waren Sie der einzige, als der Gewerbevertreter, der selbst gegen die Erhöhung dieses Fonds protestiert hat. (Abg. Stöffler:

„Ich habe nur Ihre Haltung als absurd bezeichnet!“ Das tun Sie ja immer. (Abg. Stöfler: „Das war sie aber auch!“) Wir hätten Aussicht gehabt, mit diesen 2 Millionen Schilling durchzukommen, weil wir ja einen Antrag auf Bedeckung für 10 Millionen Schilling gegeben haben. Schauen Sie sich nur einmal die Aufstellung an. Unter „Strohmayer“, weil ich der Vertreter im Finanzausschuß bin, steht dort, daß ich eine Bedeckung von 10 Millionen Schilling beantragt habe. Sie haben aber kein Verständnis für unsere Anträge gehabt. Und wenn Sie uns auf den außerordentlichen Voranschlag verweisen, dann muß ich das als absurd finden, denn Sie wissen ganz genau, daß man in den außerordentlichen Voranschlag nur Dinge gibt, die man auf das Nebengeleise schieben will und gerade heuer besteht keine Aussicht, daß diese Projekte im außerordentlichen Voranschlag dotiert werden, denn wir haben dieses Jahr einen ungedeckten außerordentlichen Voranschlag von 54 Millionen Schilling.

Abg. Ing. Koch: Hohes Haus! Der Herr Abg. Schabes hat heute aufgezeigt, daß der Grenzbezirk Deutschlandsberg da und dort besondere Schwierigkeiten hat, weil er eben ein ausgesprochener Grenzbezirk ist. Ich möchte mich nun speziell um die Belange und um die Schwierigkeiten im Wirtschaftskampf unmittelbar entlang dieses Grenzgebietes, das ist die Gegend um Eibiswald, befassen. Es sind heute schon einmal die Schwierigkeiten der Gebirgsbauern geschildert worden. Dazu möchte ich noch folgendes sagen: Es ist dieses Problem ein außerordentlich ernstes, besonders dort unmittelbar an der Staatsgrenze. Wir haben in diesem Gebiet eine Reihe von Bergbauern, die trotz Fleiß und Tüchtigkeit nicht mehr in der Lage sind, sich zu behaupten. Es ist einmal so, daß der Bergbauer und auch der Arbeiter in diesem Gebiet und selbstverständlich auch der Handwerker mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Wir haben ja aus dieser Voraussetzung heraus uns für diese Leute besonders eingesetzt. Es sind auch für die Bergbauern eine Reihe von Hilfsmaßnahmen im Budget eingeführt, aber auch für die Handwerker und wir haben auch dort für Arbeitsbeschaffung in reichlichem Ausmaße gesorgt. Wir haben uns also in diesem Grenzgebiet für alle diese Probleme, die uns besonders berühren, sehr wohl gekümmert. Ich habe aber nie in der Gegend von Radkersburg bis Soboth einen Herrn Stromayer gesehen, der sich dort um die vielen kleinen Handwerksmeister gekümmert hätte und deshalb bin ich erregt, daß solche Leute dann kurz vor der Kammerwahl kommen und sich das Recht nehmen, von Millionen zu reden, als ob diese Millionen uns im steirischen Landtag nur so zur Verfügung stünden. Es kommt mir genau so vor, wie wenn der Herr Abg. Pölzl bei jedem Kapitel so redet, als ob wir weitere 800 oder 900 Millionen Schilling zur Verfügung hätten. Es hilft alles nichts, das Geld, das wir in Steiermark zur Verfügung haben, muß nach Recht und Gewissen aufgeteilt

werden und ich glaube, behaupten zu können, daß alle Parteien des Landtages sich redlich in tage- und nächtelangen Sitzungen bemüht haben, nach bestem Wissen und Gewissen diese paar Schillinge aufzuteilen. Es ist daher geschmacklos von einem Abgeordneten, wenn er hier in diesem Hause Wahlpropaganda betreibt und so tut, als hätte man 2 oder 3 Millionen Schilling zusätzlich leicht einbauen können. Wir haben in diesem Grenzland, wo die Menschen am schwierigsten mit wirtschaftlichen Problemen zu ringen haben, alles getan, was man mit wirklich ernstesten Grundsätzen tun kann und wenn Sie den Rundfunk gehört und die Zeitung gelesen haben, dann müssen Sie das eigentlich auch gehört und erfaßt haben. Ich brauche auf Ihre Einwendungen gar nicht einzugehen, es ist mit einem Wort alles getan worden.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch dem Herrn Abg. Pölzl folgendes sagen: Wir haben in Steiermark 32 Berufsschulen, diese sind heute noch größtenteils in Gasthäusern, Baracken und allen möglichen und unmöglichen Räumen untergebracht. Aber Herr Abg. Pölzl, die Landesberufsschule für technische Berufe, für Kraftfahrzeugmechaniker und Elektriker ist die modernste Schule, die wir in Steiermark derzeit besitzen. (Abg. Pölzl: „Traurig genug, wenn dies die modernste Schule ist!“) Glauben Sie mir, trotz der kargen Mittel haben wir uns bemüht, alles aufzutreiben, um diese Schule so ausgestalten zu können. Es ist daher nicht richtig und nach menschlichem Ermessen auch gar nicht ehrlich, wenn man es in der Presse so darstellt, als wenn wir nur aus politischen oder sonstigen Erwägungen heraus solche Dinge machen. Wir haben uns bis zum kleinsten Handwerksmeister hinunter bemüht, gegen alle Schwierigkeiten diese erste Landes-Berufsschule zustande zu bringen. Und sie steht. Wir sind stolz darauf, es wird uns auch nichts davon abbringen, auch dann nicht, wenn die Zeitungen, die „Wahrheit“ und die SPÖ-Zeitung von Kaffehäferln schreibt, an denen kein Henkel dran ist und daß wir es uns noch nicht leisten konnten, an Stelle von Strohsäcken Matratzen anzuschaffen und daß wir auch sonst keinen Luxus haben. Wir werden mit Konsequenz und Fleiß unseren Weg gehen und wir werden die Schulen weiter ausbauen und trotz aller unsachlichen Kritik weiter das Landes-Berufsschulwesen so entwickeln, daß wir in die Lage versetzt werden, die aufsteigenden Jahrgänge in Fachklassen unterrichten zu können, Bitte, entschuldigen Sie, wenn ich auf dieses Kapitel zurückgegriffen habe, aber ich darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß man im nächsten Jahr im möglichen Rahmen etwas mehr für diese Aufgaben zur Verfügung stellt.

Grundlegend und abschließend möchte ich folgendes sagen: Beachten wir immer das eine, daß wir für alle Stände, ganz einerlei ob Arbeiter, Wirtschaftstreibende oder eine andere Gruppe, die einen besonders schwierigen Existenzkampf führen, in erster Linie zu sorgen haben und ich muß Sie bitten, zum nächsten

Budget — denn das heurige können wir nicht mehr ändern — in sachlichster Art Stellung zu nehmen und in diesem Sinne zu handeln, dann werden wir für unsere steirische Heimat auch immer das richtige tun. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. Sebastian: Sehr verehrte Damen und Herren! Hoher Landtag! Vor mir liegt der „Steirische Bauernbündler“ vom 19. Dezember 1954 mit einem Leitartikel mit der Überschrift „Wie es gemacht wird“. Gestatten Sie mir, daß ich unter dieser Überschrift kurz die abgeführte Debatte über die Gruppe 7 subsummiere. Ich möchte fast sagen, als Untertitel könnte man auch schreiben „kleine Ursachen — große Wirkungen“. Ich habe mir erlaubt, in der Finanzausschußsitzung bei der Behandlung der Gruppe 7, und zwar in der Frage der Technisierung der bäuerlichen Haushalte, bei Herrn Abg. Ebner in vorgerückter Stunde einen scherzhaften Zwischenruf zu machen. Diese Angelegenheit ist vom Generaldebattenredner der ÖVP, Herrn Abgeordneten Stöffler und vom Spezialdebattenredner Herrn Abg. Ebner heute ins Hohe Haus gebracht worden. Außerdem wurde auch durch einen Zwischenruf vom Herrn Abg. Stöffler wieder darauf verwiesen, Ferner hat der Abg. Dr. Pittermann auf Grund der Tatsache, daß im Finanzausschuß Herr 1. Landeshauptmann-Stellv. Horvatek eine Anfrage gestellt hat, seine Rede damit eingeleitet, daß bei der Behandlung über die Tuberkulosebekämpfung der Rinder von einem prominenten sozialistischen Mandatar eine Frage gestellt wurde, die er als Tierarzt gar nicht angebracht finde und die sich gegen den Bauernstand gerichtet habe. Hoher Landtag! Ich habe die Ehre, diesem Hohen Hause seit 1949 anzugehören. Ich habe darüber hinaus die Ehre, im Rahmen dieses Steiermärkischen Landtages seit 1949 im Finanzausschuß tätig zu sein. Ich glaube, alle Herren, die mit mir gemeinsam in dieser Zeit in diesem Hohen Hause tätig waren, müssen bestätigen, daß der Finanzausschuß trotz mancher gegenteiliger Auffassungen bei den verschiedenen Fragen und Kapiteln sich immer bemüht hat, sachlich begründete und gute Arbeit zu leisten. Jedesmal, wenn der Voranschlag, der durch viele Stunden vom Finanzausschuß beraten wurde und zur Verabschiedung gelangte, hat der Herr Präsident namens des Landtages und der Steiermärkischen Landesregierung für die sachliche und einvernehmliche Arbeit dem Finanzausschuß und dem Hohen Hause den Dank ausgesprochen. Meinen Zwischenruf, auf den ich nun zu sprechen komme, habe ich bei der Behandlung der Frage der Technisierung des bäuerlichen Haushaltes gemacht. Dieser wurde nun dazu ausgenützt und nur deshalb in das Hohe Haus gebracht, um einen Artikel in die Zeitung „Der Bauernbündler“ zu bringen, womit die ÖVP erklären kann, Abg. Sebastian habe sich in böswilliger Weise eine derartige Scherzfrage zu stellen erlaubt, woraus kommentiert wird, daß die gesamte Sozialistische Partei im Steiermärkischen Landtag bauernfeindlich eingestellt ist und keinerlei Verständnis für bäuerliche Belange hat. Ich glaube, es ist nicht not-

wendig, dem Hohen Hause neuerlich darzulegen, wie sehr die Sozialistische Partei durch ihre sachliche Mitarbeit ihre Hilfsbereitschaft und ihr Verständnis für den Bauernstand unseres Landes bekundet hat. Ich glaube auch, es ist nicht notwendig, zur speziellen Frage des bäuerlichen Haushaltes weitere Worte zu verlieren.

Jeder einzelne Abgeordnete, der seiner Pflicht nachkommt, wird wissen, wie es in den Bauernhäusern weit drinnen in den tiefen Gräben aussieht und was die bäuerliche Hausfrau und Mutter zu leisten hat. Hierzu bedarf es nicht eines Apelles des Abg. Ebner oder eines anderen Abgeordneten, um uns zur Kenntnis zu bringen, daß im Bauernhof die Bäuerin Frau, Mutter und Magd zugleich ist, die als erste in der Früh aus dem Bett muß und abends als letzte ins Bett kommt.

Nachdem wir uns fünf Jahre hindurch bemüht haben, in sachlicher und gemeinsamer Zusammenarbeit alle Probleme in dem für sie zur Verfügung stehenden Rahmen zu lösen und dieser Aufgabe auch gerecht geworden sind, bedauere ich, daß sich der Generalredner der ÖVP in seiner gestrigen Rede — und ich kann es ihm nicht ersparen — in überheblicher Weise zu dieser Feststellung hinreißen ließ. Ich muß mit Bedauern hier erklären, daß wir uns des Eindruckes nicht erwehren können, daß dem Herrn Abg. Stöffler jedes Gefühl und jeder Takt für parlamentarische Gepflogenheiten verlorengegangen ist, sofern er sie überhaupt besessen hat. (Gegenrufe bei der ÖVP.) Der Herr Abg. Ebner, zu dem ich diesen Zwischenruf gemacht habe, hat tatsächlich in sehr weinerlichem Tone die Frage der Technisierung des bäuerlichen Haushaltes im Ausschuß behandelt. Jeder weiß worum es geht. Ich habe den Zwischenruf, in dem ich sagte: „Wischen Sie sich die Tränen vom Konzept“ nur deshalb gemacht, weil er eben in so weinerlichem Tone gesprochen hat. (Weiterhin Unruhe.) Ich bin der Meinung, daß den bäuerlichen Angelegenheiten nicht mit Abgeordneten im Finanzausschuß gedient ist, die in so weinerlichem Ton etwas vorbringen, sondern nur mit solchen, die in der Lage sind, die bäuerlichen Fragen mit Nachdruck zu vertreten. (Abg. Ebner: „Sie haben diesen Ausspruch getan und werden ihn nie verwischen können!“) (Landesrat Pirisch: „Wie lange wollen Sie das fortsetzen?“) („Bezüglich der Bauersfrauen sind wir empfindlich!“) (Großer Lärm.) (Präsident mahnt mit Glockenzeichen zur Ruhe.) Wenn Sie fertig sind, werde ich weiterreden. Es ist Ihnen scheinbar sehr unangenehm, daß ich hier diese Feststellung treffe. Ich möchte dem Herrn Abg. Ebner empfehlen, mit der gleichen Energie, mit der er sich hier gegen von mir vorgebrachte Argumente wehrt, sich in seinem Klub mit seinen Kollegen aus der bäuerlichen Bevölkerung gegen die Vertreter des Wirtschaftsbundes durchzusetzen. Abg. Ebner ist es samt seinen anderen Klubkollegen aus dem bäuerlichen Stande nicht möglich gewesen, sich gegen den Willen und das Diktat der Bundes-

handelskammer und der Bundeswirtschaftskammer, vertreten durch den Herrn Abg. Stöffler, durchzusetzen. Abg. Dr. Allitsch hat in einem Zwischengespräch im Finanzausschuß erklärt, daß diesmal es zuwege gebracht worden sei, daß die bäuerlichen Forderungen nicht ins ordentliche sondern ins außerordentliche Budget gekommen sind, wo sie sie unbedeckt hinnehmen mußten.

Ich habe schon vorher gesagt, daß sich meine zurückweisenden Ausführungen auf den Artikel im „Bauernbündler“: „Wie man es macht“ beziehen. Ich werde Ihnen ein weiteres Beispiel hiefür bringen. Es wurden auf Grund der Tatsache, daß heuer in Steiermark die Obsternte schlecht war, 50 Waggon Obst eingeführt. Hiezu hat die Kammer selbst mit Recht ihre Zustimmung gegeben. Interessant ist nun die Stellungnahme des „Bauernbündlers“. Was schreibt er? Daß die beiden Ministerien, welche hiefür zuständig sind, das Obst eingeführt haben. Nun beginnt sich aber das Geheimnis, warum die Einfuhr über dringenden Bedarf vorgenommen wurde, zu lüften. Ein Dutzend Handelsfirmen haben sich bemüht, diesen Import abwickeln zu dürfen, um damit ein gutes Geschäft zu machen. Jetzt wird klar, wieso es eigentlich zu solcher Propaganda kommt. (Abg. Ing. Koch: „Den Beweis werden Sie antreten müssen!“) Die Handelsfirma will verdienen. Die Arbeiterkammer und die Gewerkschaft lassen sich, wenn es sich um den Import von agrarischen Produkten handelt, immer gerne vorspannen. „Wie man es macht!“ Den bäuerlichen Vertretern, die den Kernstock der ÖVP bilden, ist es nicht möglich, sich gegen die Bundeshandelskammer durchzusetzen, daher muß man jemanden schuldig erklären und das ist dann die Arbeiterschaft, der Gewerkschaftsbund und die Sozialistische Partei.

Ich möchte abschließend sagen: „Wenn der Abg. Ebner auch hier im Hohen Haus erklärt hat, daß er den dringenden Appell an uns richtet, Taten folgen zu lassen, weil er nun der Worte genug gehört habe, und daß man der bäuerlichen Bevölkerung Mittel zur Verfügung stellen möge, so kann ich nur feststellen, daß wir in unseren Ausführungen die ganzen Jahre hindurch uns immer auf seinen Standpunkt gestellt und uns dafür eingesetzt haben.“ Das von den zur Verfügung stehenden und zur Verteilung gelangenden Mitteln nach unserer Auffassung — und ich glaube auch nach Ihrer Auffassung, denn sie hätten sich sonst gewehrt, wenn es anders gewesen wäre — einen möglichst großen Anteil davon der Landwirtschaft zu geben. Und wenn mein Vorredner, der Herr Abg. Rösch, der den Standpunkt der Sozialistischen Partei zu dieser Frage vertreten hat, Ihnen bereits sagte, daß wir bei den vorjährigen Budgetberatungen im Finanzausschuß 14 Millionen Schilling über das Budget hinaus noch verteilen konnten, so will ich noch erwähnen, daß auch heuer wieder, obwohl die Regierung zweimal zu diesem Voranschlag Stellung genommen hat, beim ordentlichen Voranschlag Forderungen von ihrer Seite in der Höhe von 7,750.000 S im Finanzausschuß

zusammengestellt wurden. Und wenn nun die gesamte ÖVP auf den Standpunkt gestanden wäre, daß die Förderung der Bauern, die wirklich Not leiden, gerecht und notwendig ist, dann hätte die ÖVP die Möglichkeit gehabt, von jenem Anteil, der durch ihre Referate zur Verteilung gelangt, diese Forderungen der bäuerlichen Kreise voll und ganz zu erfüllen. Zumindest aber zu jenem Teil, für welchen die Mittel zur Verfügung gestanden sind. (Präsident Wallner: „Es ist auch der weitaus größte Teil für die Landwirtschaft verwendet worden!“)

Ich glaube aber, meine Damen und Herren, daß der bäuerlichen Bevölkerung und darüber hinaus der gesamten Bevölkerung unseres Landes besser gedient ist, wenn wir weiter so wie in den Jahren vorher versuchen, tolerant, anständig und aufrichtig untereinander zu sein und wenn diese Aufrichtigkeit und Toleranz auch in den Interessenvertretungen jener freigewählten Körperschaften beibehalten wird, die sich mit diesen Fragen zu beschäftigen haben. Diese Toleranz und Anständigkeit müßten Sie auch hier bei der Behandlung aller dieser Fragen an den Tag legen, aber diese Voraussetzung wird erst dann erfüllt sein, wenn gerade auch in bäuerlichen Fragen eine Fraktion nicht mehr der Meinung ist, hiefür das Pachtrecht für sich allein in Anspruch nehmen zu können. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Während der Ausführungen des Herrn Abg. Sebastian hat ihn der Abg. Oswald Ebner der Lüge geziehen. Ich rufe ihn wegen dieses Ausspruches zur Ordnung.

Landesrat Brunner: In der Gruppe 7 des Voranschlages wird auch der Fremdenverkehr behandelt. Die Entwicklung des österreichischen Fremdenverkehrs ist Ihnen ja bekannt. Der Fremdenverkehr hat im allgemeinen und auch bei uns in der Steiermark eine organische Entwicklung genommen, besonders natürlich in den westlichen Bundesländern. Das war schon immer so und wird auch immer so bleiben. Aber von Anfang an seit 1946 beginnend haben wir an der Aufwärtsentwicklung so ziemlich den gleichen Anteil genommen. Die Erfolge in diesem Jahre — bis jetzt wissen wir 11/12 — machen über zwei Milliarden Hartdevisen in österreichischen Schillingen aus. Das ist ein ganz beachtlicher Erfolg.

Es ist natürlich nicht alles von selbst gekommen und wir müssen hier auch jene Stellen erwähnen, die eigentlich die Träger dieser Fremdenverkehrspropaganda waren. Ich meine nicht nur die Fremdenverkehrseinrichtungen bei der Landesregierung, sondern auch alle die vielen kleinen Helfer, die sich seit dem Jahre 1946 wirklich bemüht haben, Fremde nach Österreich zu bringen, die dann durch ihre Erlebnisse hier wirksame Mundpropaganda betreiben konnten. Das sind die Fremdenverkehrsvereine draußen bei den Gemeinden, die Gastwirte und Fremdenverkehrsbetriebe, die sich zusammengeschlossen und ihre eigene Propaganda gemacht haben in Deutschland draußen und nicht zuletzt auch —

und das ist eigentlich die Stelle, von der alles zentral gelenkt wird — hier die Abteilung Fremdenverkehr.

Die Fremden, die in immer größerer Zahl zu uns gekommen sind, haben in erster Linie die Sehenswürdigkeiten besucht und es ist daher für uns in der Steiermark und für die Stadt Graz von besonderer Wichtigkeit, daß unsere Schätze, z. B. Schloß Eggenberg und das „Joanneum“ mit seinen vielen Abteilungen, mit der alten und der neuen Galerie und der Bibliothek usw. mit dazu beitragen, dem Fremden seinen Aufenthalt interessant zu gestalten. Es ist daher nicht so, daß die Gelder, die Jahr für Jahr beschlossen werden für unsere Kunstdenkmäler, für die Instandsetzung alter Gebäude, nur für diese Denkmäler allein ausgegeben werden, sondern diese Ausgaben helfen auch indirekt mit, dem Fremden bei uns etwas zu bieten. Die Werbung, die gemacht wird durch die Abteilung Fremdenverkehr, wird immer mehr intensiviert. Wir trachten immer, möglichst viele Reisebürobeamte nach Graz zu bringen und ihnen die Sehenswürdigkeiten der Steiermark zu zeigen, das ist ein Anschauungsunterricht, der bestimmt nicht der teuerste ist, sondern ich möchte eher sagen, der billigste und wirksamste. Auch die verschiedenen Schutzhütten, die Schöckelbahn und der Alpengarten, der jetzt im Entstehen ist und der bereits vom Herrn Bürgermeister erwähnt wurde, sind Dinge, die von der steiermärkischen Landesregierung gefördert werden und die wirksam sind und Fremde hierher bringen und ihnen, wenn sie dann hier sind, auch eine Befriedigung über den Besuch unseres Landes geben. Die Ski-Lifts, die Schutzhütten und nicht zuletzt der Film, der auch seine Wirkung tut, werden ebenfalls gefördert und ich glaube, die Erfolge beweisen, daß wir hier in der Steiermark in dieser Hinsicht auf dem richtigen Wege sind.

Es wurde auch im Laufe der Debatte der Investitions-Fonds behandelt. Der Herr Abg. Strohmayer hat sich damit befaßt. Für diesen Fremdenverkehrsinvestitions-Fonds sind 800.000 S im Präliminare vorgesehen. Und zwar aus den Einnahmen der Fremdenverkehrsabgabe. Dieser tut jedenfalls seine Wirkung dadurch, daß diese Gelder nicht in großen Posten hinausgegeben werden, sondern nur bis zu einem Höchstbetrag von 20.000 S zur Instandsetzung sanitärer Anlagen usw. Alles in allem haben wir auf Grund der Erfolge im gesamten Österreich, wie ich Ihnen schon sagte, zwei Milliarden Hartdevisen erhalten. Mein Vorgänger, der nunmehrige Handelsminister Dr. Illig, hat einen zentralen Fremdenverkehrsapparat geschaffen für Österreich im Ausland. Er ist in Vereinsform gegründet worden und es stehen ihm für das Jahr 1955 21.000.000 S zur Verfügung. Hauptträger ist das Finanzministerium, der Rest teilt sich auf zwischen Kammer der gewerblichen Wirtschaft und den neun Bundesländern. Steiermark ist ebenfalls in diesem Ausschluß vertreten und wir werden uns bemühen, auch von diesem Gesamtbetrag in der Höhe von 21.000.000 S für

die Werbung in Deutschland den entsprechenden Anteil zu bekommen.

Im übrigen muß ich sagen, daß jeder einzelne und ganz besonders das Amt für Fremdenverkehr und das Reisebüro, das ein Teil dieses Amtes ist, samt allen Angestellten sich bemühen, das Beste für die gute Sache zu tun und ich nehme die Gelegenheit wahr, diesen unseren Mitarbeitern den Dank auszusprechen. (Beifall und Bravorufe.)

Landesrat Prirsch: Hohes Haus! Meinungen, Feststellungen, Kritiken und Anklagen, vielleicht auch manchmal leise Entschuldigungen haben die Debatte zur Gruppe 7 bis jetzt belebt. Sie werden verstehen, daß ich nun als der zuständige Hauptreferent zu dieser Gruppe doch noch einige Worte sagen muß. Wenn Sie es mir nicht allzu schwierig machen, so werde ich jener Forderung, die unser Landesfinanzreferent — sie kostet nichts — schon mehrmals aufgestellt hat, der Forderung und dem Ruf nach geistiger Konzentration gerecht werden, wenn schon nicht nach geistiger, so doch nach Konzentration.

Ich darf vor allem betonen, daß die Wünsche und Forderungen der steirischen Feuerwehren selbstverständlich auch weiterhin bestehen bleiben: aus der Feuerschutzsteuer einen größeren Anteil zu erhalten. Ich muß mich aber gegen die Auffassung, die Abg. Edlinger hier vertreten hat, wenden. Er hat hier zum Ausdruck gebracht, daß man mit den Feuerwehrmitteln Maschinenhöfe einrichten sollte oder an Stelle der Feuerwehrautos, mit denen manchmal Unfälle geschehen, was ich nicht ableugnen will, Traktore kaufen soll. Diese Auffassung ist falsch und ich bin überzeugt, daß diese Meinung von dem Großteil des Landtages als nicht richtig anerkannt werden kann. Es gebe zu viel Autos in den Gemeinden, acht sogar, wie der Herr Abgeordnete sagte, es wären vier auch genug, es seien die Gemeinden damit belastet. Ich muß Ihnen sagen, da müssen die Gemeindevertreter die Kraft aufbringen, ihren Feuerwehren zu sagen, das geht oder das geht nicht. Zuviel Feuerwehrmänner, Herr Abgeordneter Schabes, das stimmt nicht. Wir haben gerade in den letzten Jahren bei verschiedenen Katastrophenfällen fast zu wenig Feuerwehrlaute gehabt. Ich muß feststellen, daß unsere Feuerwehren die einzige große, starke einsatzbereite Hilfsgemeinschaft sind. (Zustimmung bei ÖVP.) Man muß diesen Männern es auch zugutehalten, wenn sie vielleicht da oder dort einen so alten Demobilisierungswagen zuviel stehen haben. Es ist zu bedauern — und deshalb meine Forderung nach der vollen Feuerschutzsteuer — daß diese Fahrzeuge, und hier stimme ich Ihnen zu, vielfach unzweckmäßig und unzureichend sind. Es ist außer Zweifel so, daß unsere Feuerwehren diese Fehlerquellen und die Unzweckmäßigkeit völlig anerkennen und deshalb aus eigenem heraus einen sogenannten Fünfjahresplan aufgestellt haben, um sich auch technisch den gegebenen

Notwendigkeiten anpassen zu können. Ich glaube also, daß wir unsere Feuerwehren im Interesse des Landes und unserer Bevölkerung weiterhin mit allen Mitteln unterstützen müssen. Zu bezahlen wird dieser Idealismus nicht sein und mit Geld zu schaffen ist er auch nicht.

Nun hat Abg. Edlinger in sehr ruhiger, sachlicher, in sehr angenehmer Weise die Lage der Landwirtschaft vor allem in seinem Gebiete, und das ist bestimmt kein reiches Gebiet, geschildert. Er hat auch geklagt — Herr Abg. Sebastian, zumindest ebenso stark geklagt wie Abg. Ebner — er hat auch geklagt, daß verschiedene Dinge nicht in Ordnung sind. Herr Abg. Edlinger, empfinden Sie es nicht als Bosheit, wenn ich Sie bitte, diesen Ihren Klagen auch in Ihrer Partei zum Durchbruch zu verhelfen. Es ist schon so! Ich kann verstehen, daß Sie dort auf wenig Gegenliebe stoßen, bei weitem nicht den Erfolg haben, den Sie wünschen und den die steirische Bauernschaft brauchen würde. (Abg. Edlinger: „Das ist nicht richtig!“)

Wenn Abg. Sebastian auf die Frage des Obstimportes hingewiesen hat, so darf ich auch hier sagen, daß ich den Ausführungen des Herrn Abg. Edlinger vollständig zustimmen muß. Ja, das Schicksal dieser kleinen Besitzer in unserer Mittel- und Untersteiermark hängt wesentlich davon ab, daß die Obsteinfuhr und die Gemüseeinfuhr nur in einem Maße getätigt wird und zu einer Zeit, wo sie den Inlandsabsatz und die Inlandsproduktion damit nicht erschlägt. Leider Gottes ist es eine Tatsache, daß gerade die Schädlingsbekämpfung — und Abg. Edlinger hat die San-José-Schildlaus genannt — einen großen Aufwand erfordert und ein ernstes Problem für alle damit befaßten Stellen ist. Ich bin Ihnen, Herr Abg. Edlinger, sehr dankbar, daß Sie auch die Frage der Bekämpfung der Lebergeleuseuche angeschnitten haben. Wir haben Vorsorge getroffen, um aus Mitteln der Tierseuchenausgleichskasse großzügige Bekämpfungsmaßnahmen durchzuführen. Ich bitte alle Herren, in ihrem Kreise mitzuwirken, daß von dieser Möglichkeit der Lebergele-Bekämpfung Gebrauch gemacht wird, damit die steirische Bauernschaft von ernstlichen Viehverlusten in den nächsten Monaten verschont bleibt. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß es uns, Gott sei Dank, gelungen ist, der Maul- und Klauenseuche Herr zu werden. Sie ist praktisch an den Grenzen unseres Landes stehen geblieben. Es war für die zuständige Abteilung und auch für den zuständigen Referenten nicht immer leicht, den oft sehr verständlichen und sehr berechtigten Wünschen nicht nachkommen zu können.

Hoher Landtag! Ich möchte aus den Ausführungen des Herrn Abg. Edlinger hervorheben, daß er vor allem die Notwendigkeit der Stallbauten und der Düngerstätten betont hat. Und er hat mit Recht unsere Forderung nach langfristigen Krediten für diese Dinge vertreten. Ich hoffe, daß es auch im heurigen Jahr möglich sein wird, Dank der Initiative des Herrn Land-

wirtschaftsministers, solche Kredite in größerem Ausmaß zu erhalten.

Der Herr Abg. Brandl — ich habe es ihm zwar angemerkt, daß er nur einen Auftrag auszuführen hat — (Heiterkeit) ist mir sehr lieb und wert, denn er ist ja noch jung und entwicklungs-fähig, und das ist ein Vorzug. Es klingt meinerseits eine gewisse Sehnsucht in dieser Feststellung mit. Herr Abg. Brandl hat also in Erfüllung dieses sicher strengen Auftrages hier die Sache mit der Landarbeiterkammer aufge-zogen. Nun, hoher Landtag, ich habe die Akten hier. Aber ich glaube, daß Sie mir nicht böse sind, wenn ich von einer breiten Darlegung dieses Falles Abstand nehme. Lassen Sie mich dazu nur einige Sätze sagen. Herr Abg. Brandl, Sie haben in Ihrer Kritik gesagt, politische Meinungsverschiedenheiten seien der Beweggrund gewesen. Nein, nicht politische Meinungsverschiedenheiten, sondern Geld und das Prinzip der Anständigkeit. Ich bin überzeugt, hoher Landtag, auch von Ihnen, meine Herren Sozialisten überzeugt, daß jeder von Ihnen so gehandelt hätte, weil ich jeden von Ihnen als anständigen Menschen kenne. (Abg. R ö s c h : „Wollen Sie ein Kompliment, Herr Landesrat?“) Es genügt, wenn Sie für sich anständig sind. (Bravorufe bei ÖVP.) Wenn es formaljuristisch nicht gestimmt hat, so habe ich immer erklärt, wenn mich die hohen Gerichte in Wien nicht decken, so werden ich mich selbstverständlich dem Urteil von Wien unterwerfen. Aber die letzte Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes spricht nicht für und nicht gegen Fleschner. Sie stellt nur eines fest und das wissen Sie, Herr Abg. Brandl, auch genau, daß Präsident und Vizepräsident der Landarbeiterkammer durch Mißtrauensanträge, auch wenn sie von 99 Prozent der Kammerräte gestellt werden, nicht enthoben werden können. Das ist die letzte Feststellung des Verfassungsgerichtshofes. Nach meinen Erinnerungen läuft aber beim hiesigen Gerichte die Privatsache weiter. Ich werde mich ebenso gerne, wie ich das hinsichtlich Wien tue, dem Spruch der hiesigen Gerichte unterwerfen. Und es ist bezeichnend, Herr Abg. Brandl, daß Sie immer wieder erklärt haben, es handle sich für Sie nur um die Sache und nicht um die Person. Das macht fast den Eindruck, als wenn Sie von der Person auch nicht so restlos überzeugt wären. Das stimmt auch. Denn Sie sind ja ein anständiger Mensch, ich habe es ja immer gesagt.

Hoher Landtag! Glauben Sie es, gerade uns, die wir in der Landwirtschaft stehen und arbeiten, liegt das Schicksal der Land- und Forstarbeiter mehr am Herzen als jedem anderen. Das Problem ist hier die Minderbewertung der landwirtschaftlichen Arbeit überhaupt. Und das gilt sowohl für den Bauern, für seine Kinder, als auch für unsere braven und tüchtigen Land- und Forstarbeiter. Wenn dieses gesamtwirtschaftliche Problem in Österreich und noch in einigen Ländern der freien Welt zur Lösung gelangt, dann werden wir uns alle zusammen

diese Feststellungen künftig ersparen. Unser Wunsch ist nur, daß dieser Zustand — und dafür zu wirken, möchte ich Sie alle bitten — daß dieser Zustand der Angleichung der Wertbemessung der Landarbeit an die übrigen Arbeitsgruppen unserer Wirtschaft möglichst bald eintrete. Ich bin überzeugt, daß dieser Appell nicht vergeblich ist.

Der Herr Abg. Rösch hat wie immer sein etwas von der Dogmatik der Parteitheorie getragenes Agrarprogramm — ich weiß, Sie haben sich heuer ja auch etwas kürzer gefaßt — hier verkündet. Ja, es ist schon so, über den Herrn Landeshauptmann Horvatek lasse ich nichts kommen. Er ist ohne Zweifel der ehrlichste im SPÖ-Kreis gewesen. Als wir bei einer Vorschlagsberatung meinten, wenn man schon so viel Mitgefühl mit der Landwirtschaft hat, dann soll man doch etwas dazugeben, hat er erklärt, „Das werden wir doch nicht tun“. Und so geschah es auch. Dem Herrn Abg. Sebastian aber muß ich sagen, daß der Herr Abg. Ebner für die Landwirtschaft nicht nur schon mehr beantragt, sondern auch schon dutzendmal mehr durchgesetzt hat, als Sie, Abg. Sebastian, es wollten, könnten oder taten. (Beifall bei ÖVP.)

Hoher Landtag! Und nun zur Frage der Kinderbeihilfe. Die Kinderbeihilfe ist selbstverständlich für unsere Landwirtschaft, für unsere Bauern, für unsere Bergbauern und Keuschler eine entscheidende Tat. Ich muß aber noch dazu sagen, sie ist nicht nur eine entscheidende, sondern auch eine tragbare Maßnahme, weil es gelungen ist, die ursprünglichen Anträge, nämlich Ihre Bedeckungsanträge, meine Herren von der Sozialistischen Partei, so abzuändern, daß die ganze Sache für die Landwirtschaft überhaupt erst tragbar geworden ist.

Herr Abg. Edlinger, Sie werden selbst zustimmen, daß der erste Antrag, den die SPÖ im Parlament gestellt hat, die Bedeckung dadurch zu finden, daß man einen 700prozentigen Zuschlag zum Grundsteuermaßbetrag mache, daß dieser Weg der Bedeckung bei der derzeitigen Lage der Landwirtschaft nicht möglich ist. Es ist ein unbestrittenes Verdienst des Österreichischen Bauernbundes und der Österreichischen Volkspartei, daß nach Mitteln und Wegen gesucht wurde, daß auch Mittel und Wege gefunden wurden, die Kinderbeihilfe in einer Form einzuführen, daß sie einerseits den dringlichsten Bedürfnissen entspricht und andererseits, daß das Aufkommen für die Landwirtschaft auch tragbar ist. Ich bedaure es, daß das erste Kind bei den wirtschaftlich Selbständigen nicht berücksichtigt werden konnte, aber ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie Vorschläge machen, daß auch die Einbeziehung dieser 40.000 ersten Kinder in der Steiermark — ich halte mich da an Ihr Flugblatt — daß die Einbeziehung dieser 40.000 ersten Kinder in bäuerlichen Familien ermöglicht wird. Herr Abg. Rösch, wenn Sie versuchen, etwas herauszunehmen für jene, die Arbeiter sind und eine kleine Landwirtschaft haben, so gönnen wir das diesen herzlich, aber

die Möglichkeit, auch die Familie mit einem Kind einzubeziehen, wird sich dadurch noch schwerer finden lassen. (Zwischenruf Abg. Rösch: „Nachdem Sie den Wiederaufbaubetrag zur Kammerumlage geschlagen haben“.)

Wir werden bei der Kinderbeihilfe nicht stehen bleiben; wir müssen für unsere alten Bauern und Bäuerinnen auch die Altersrente erreichen. Das wird auch hier eine Frage der Aufbringung der Mittel sein. Ich hoffe, daß es auch hier gelingen wird, daß es der Österreichischen Volkspartei „trotz der Bundeshandelskammer“ gelingen wird, hier einen möglichst gerechten und vor allem einen erfolgreichen Weg zu finden. (Zwischenruf Abg. Rösch: „Das hoffen Sie!“) Das glaube ich! Ihr Zwischenruf macht mich auf eine Sache aufmerksam. Mehrere Ihrer Herren Redner haben sich über die Propaganda anlässlich der Bauernkammerwahlen beschwert. Herr Abg. Sebastian hat sich vor allem wegen der Tränen und des „Bauernbündler“ beschwert. Ja, ich muß sagen, Hoher Landtag, vielleicht soll man es nicht so machen, aber Beispiele reißen hin. Was ist nicht seinerzeit alles an die Wand gepickt worden über Raab, die Renten und die Arbeitslosigkeit! Hat das gestimmt? Nein! Die Lage hat sich anders entwickelt. (Abg. Wurm: „Hat ja gestimmt!“) Herr Abgeordneter, ich habe es selbst gehört, ich möchte hier diese Aussprüche nicht wiederholen, die im Nationalrat gefallen sind. (Zwischenruf Abg. Rösch: „Sie verteidigen das Flugblatt, Herr Landesrat?“) Ich trete nicht dafür ein, ich weise aber darauf hin, daß Sie in viel stärkerem Ausmaße zumindestens die gleichen Praktiken reichlich geübt haben. (Zwischenruf Abg. Afritsch.) Sie verkaufen die guten Schriften, eine sehr löbliche Sache, ich schätze Sie deshalb auch besonders und möchte diese Hochachtung nicht durch einen unbedachten Zwischenruf verlieren. (Heiterkeit.)

Und nun Hoher Landtag, zu der viel diskutierten, oft besprochenen Frage der Maschinenhöfe. Ich verstehe vollkommen, daß die Kammer im Hinblick auf die Traktorenpreise mit diesen Fördermitteln sorgsam umgehen will, sowie sie es überhaupt in ihrer Förderung und Gebahrung tut. (Abg. Rösch: „Garnichts auszahlt!“) Sie will zumindestens damit erreichen, daß auch diese Mittel entsprechend verteilt werden. Wenn Präsident Wallner sich gegen die Maschinenhöfe ausspricht, so aus prinzipiellen Gründen, aber auch deshalb, weil er der Auffassung ist, daß das zu nichts Gutem führt und uns in der Technisierung nicht rascher, sondern langsamer vorwärtsbringt und darüber hinaus noch die öffentliche Hand schwerstens belastet. (Abg. Rösch: „Mit 100.000 Schilling“.) Ich bin der festen Überzeugung, daß die Kärntner von den Landmaschinenhöfen bald abgehen werden, weil sie ihnen, na, sagen wir, zu ungemütlich werden. (Abg. Pölzl: „Deswegen wären Sie dafür, weil nichts herauskommt dabei!“) Ich bin Ihnen Herr Abg. Pölzl, dankbar, daß Sie sich in Erinnerung gebracht haben. (Schallende

Heiterkeit.) Das veranlaßt mich, dem Herrn Abg. Rösch und Genossen zu gratulieren zu dieser Gesellschaft hinsichtlich der Maschinenhöfe, denn Sie sind entschieden dafür. Ich muß sagen, daß das auch einer der Gründe ist, warum wir der Sache nicht trauen. (Starker Beifall bei ÖVP.) (Abg. Rösch: „Da rasselt die Propaganda!“) Schauen Sie, Abg. Rösch, eine rassende Propagandatrommel. (Zwischenruf Abg. Rösch.) Sie, bei Ihrer Vorbildung! Ich habe ja leider nicht das Glück gehabt, so lange in die Schule zu gehen wie Sie, wenn Sie glauben, mit einem solchen Zwischenruf mich aus der Fassung zu bringen, so irren Sie! Wenn Sie glauben, mit einem zehn Jahre alten Propagandatrik zu kommen, muß ich Sie aufrichtig bedauern.

Das entscheidende in dieser ganzen Debatte im Hinblick auf die Bauernkammerwahlen ist wohl eines, diese Kammerwahlen sind streng nach demokratischen Grundsätzen durchgeführt worden.

Diese Kammerwahlen haben klar und deutlich gezeigt, daß die bisherige Führung der Kammer das vollste Vertrauen der gesamten steirischen Bauernschaft genießt. Wer kann das in diesem Lande in so reichem Maße von seinen Berufsangehörigen noch behaupten? Ich sage, diese Kammerwahlen waren nicht nur ein Vertrauensbeweis und ein Bekenntnis zur Bauernkammer an sich, sie waren auch ein Bekenntnis zu ihrer Führung, sie waren aber ein Bekenntnis vor allem zu unserem verehrten Freund Wallner. (Starker Beifall bei ÖVP.)

Darf ich, um meinem Grundsatz nicht untreu zu werden, nun zum Schlusse kommen. Ich weiß, wirtschaftliche Gegensätze werden immer bestehen. Das muß wohl so sein. Sie halten vielleicht das wirtschaftliche Leben des Staates in einer gewissen Spannung. Unsere Zukunft im Lande und im Staate wird wesentlich davon abhängen, daß sich diese Spannungen nicht zerstörend auswirken, sondern so, daß jeder in seinem Berufskreis in Staat und Land all seine Kraft einsetzt und sich anstrengt, um vorwärts und aufwärts zu kommen, um damit der Heimat zu dienen. Wir dürfen nur über diese wirtschaftlichen Meinungs- und Auffassungsverschiedenheiten nicht die großen Fragen unseres Lebens und unser Zukunft vergessen. Dazu darf ich sagen, daß selbstverständlich auch die steirische Bauernschaft so wie das gesamte steirische Volk treu zur Heimat und zum Vaterlande, zu unserem Österreich, steht. (Anhaltender, sehr lebhafter Beifall bei ÖVP.)

3. Präsident Scheer: Die Rednerliste ist damit erschöpft. Ich erteile dem Berichterstatter zur Gruppe 7 das Schlußwort.

Berichterstatter **Abg. Ertl:** Ich beantrage, die Einnahmen- und Ausgabensätze der Gruppe 7 sowie die im Finanzausschuß einstimmig hiezu beschlossenen Abänderungsanträge anzunehmen.

Präsident: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die für die Gruppe 7

mit den dazugehörigen Abänderungsanträgen des Finanzausschusses stimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 7 ist damit angenommen.

Wir kommen zur

Gruppe 8 „Wirtschaftliche Unternehmungen und Beteiligungen“.

Berichterstatter ist Abg. Oswald Ebner. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter **Abg. Oswald Ebner:** Hohes Haus! Die Gruppe 8 beinhaltet wirtschaftliche Unternehmungen und Beteiligungen. Es sind hier vorwiegend die landwirtschaftlichen Betriebe des Landes Steiermark mit ihren Notwendigkeiten verzeichnet. Im Untervoranschlag auf Seite 131 ist die genaue Detaillierung und es geht daraus hervor, daß diese landwirtschaftlichen Betriebe ein Spiegelbild der gesamten Landwirtschaft des Landes überhaupt darstellen. Wenn auch hier in diesen Untervoranschlägen die Investitionen nicht beinhaltet sind und andererseits auch nicht verzeichnet ist, daß zum Beispiel in den verschiedenen Schulen doch wenigstens Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, die nicht jenen Kostenaufwand erfordern, wie dies in der privaten Landwirtschaft der Fall ist, so ist das umsomehr eine Beleuchtung der gesamten Wirtschaftslage des Berufsstandes Landwirtschaft. Sie ersehen aus den Beschlüssen des Finanzausschusses weitere Erhöhungen, aber auch Verminderungen. Ich schlage dem Hohen Hause die Annahme der Vorlage mit den Beschlüssen des Finanzausschusses vor.

Abg. Pölzl: Hohes Haus! In der Gruppe 8, „Wirtschaftliche Unternehmungen und Beteiligungen“, interessiert mich vor allem ein Posten, und zwar alles was hier im Zusammenhang mit der Landesgesellschaft „Steweag“ angeführt ist. Bekanntlich soll das Land einen Kredit von 122 Millionen Schilling für Entschädigungszahlungen an die vormaligen Aktienbesitzer der Steweag aufnehmen. Die Amortisation und Verzinsung dieser sehr beachtlichen Summe soll aus den laufenden Landeseinnahmen getätigt werden. Die „Steweag“ ist eine der größten bedeutungsvollsten Unternehmungen des Landes und der Landtag als die gesetzgebende Körperschaft des Landes ist über dieses Großunternehmen so gut wie gar nicht informiert.

Meine Damen und Herren, was weiß der Landtag von der „Steweag“? Nicht mehr, als in dem Kalender geschrieben ist, den wir da von der „Steweag“ zugesandt erhalten. Ich finde aber, daß das etwas wenig ist und ich glaube, daß die Frage durchaus begründet ist, wie eigentlich die wirtschaftliche Situation in diesem großen Unternehmen im gegenwärtigen Augenblick ist. Ich habe versucht, mich persönlich zu informieren, wer eigentlich diese Aktienbesitzer der „Steweag“, die entschädigt werden sollen, sind. Und ich habe erfahren, daß die Aktien der „Steweag“ zu einem Teil in Händen der Alpen-

elektrowerke seien. Wer sind nun diese Alpen-elektrowerke? Sie sind, so viel ich weiß, das ursprüngliche deutsche Unternehmen, das sich wahrscheinlich auch die Steweag-Aktien, wie das im Jahre 1938 so üblich war, angeeignet hat. Nun, ich kann mir sehr gut vorstellen, daß wir im Lande — das haben die Budgetverhandlungen gezeigt — wohl noch sehr viel dringendere Aufgaben hätten, als im gegenwärtigen Augenblick die Aktienbesitzer der „Steweag“ zu entschädigen. Aber wenn schon, so muß dann doch die Frage gestellt werden, spielt denn dieses Riesenunternehmen des Landes nur auf der Ausgabenseite unseres Budgets eine Rolle und spielt dieses Unternehmen auf der Einnahmenseite gar keine Rolle? Es ist bezeichnend, daß in den Kalendergeschichten der „Steweag“ enthalten ist, daß es eine große Schwierigkeit und ein Schaden war, daß die „Steweag“ verstaatlicht worden ist. Meine Damen und Herren, ich muß sagen, wenn die Führung der „Steweag“ heute noch, nachdem dieses Unternehmen seit einigen Jahren Landesgesellschaft ist, den vergangenen Zeiten nachweint, dann habe ich das Gefühl, daß diese Leitung der „Steweag“ zur Verstaatlichung keine richtige Einstellung hat. Ich habe auch das Gefühl, daß da nicht gut Ordentliches herauskommen kann, wenn es an dieser richtigen Einstellung zum Unternehmen und zu den Aufgaben des Unternehmens fehlt.

Hoher Landtag! Finden Sie es nicht auch etwas sonderbar, daß der Landtag über die Gebarung dieses größten Landesunternehmens überhaupt nicht informiert wird? Ich finde das höchst sonderbar. Hier handelt es sich um Werte von mehreren 100 Millionen Schilling. Über diesen Fragenkomplex erfährt der Landtag weiter nichts, als daß ein Kredit aufgenommen wird, daß Verzinsung und Amortisation für diesen Kredit vom Lande aufzubringen sind. Auf der Einnahmenseite tut sich gar nichts. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein so großes Unternehmen wie die „Steweag“ keinen Ertrag abwerfen soll und kann, das ist ausgeschlossen. Es ist wahrscheinlich so, daß dieser Ertrag laufend investiert wird, das ist möglich und denkbar. Ich könnte mir trotzdem vorstellen, daß es die Landesregierung der Mühe wert findet, den Landtag zu informieren, wie ist die Lage, welches Programm besteht hier, welche Investitionen werden hier durchgeführt, was gedenkt man in Zukunft in diesem größten Betrieb des Landes für eine Wirtschaftspolitik zu machen? Denn die Frage der Stromversorgung ist für unsere Bevölkerung, für Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft, für alle Bewohner unseres Landes eine Frage von allergrößter Bedeutung. Die Frage, welche Tarife erstellt werden, wie teuer der Strom ist, ob man den Strompreis nicht unter Umständen heruntersetzen könnte, das sind Fragen, glaube ich, wo der Landtag ein Recht hat, sich damit zu beschäftigen. Ich staune nur, daß im Finanzausschuß über diese elementaren Fragen überhaupt nicht ein Wort geredet wurde, daß man sang- und klanglos darüber hinweggegangen ist, daß ein größerer

Kredit aufgenommen wird, daß der Zinsendienst und die Amortisation aus der laufenden Gebarung des Landes gedeckt werden, ohne daß man es der Mühe wert gefunden hat, ein Wort zu verlieren, wie es in diesem größten Betrieb des Landes aussieht.

Präsident: Abg. Ebner Leopold ist nicht hier, sonst ist keine Wortmeldung mehr. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Oswald Ebner: Namens des Finanzausschusses beantrage ich die Annahme der Gruppe 8 mit den Beschlüssen laut Beilage 67.

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 8 in der vom Herrn Berichterstatter vorgetragenen Form zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Gruppe 8 ist angenommen.

Wir kommen zu

Gruppe 9: „Finanz- und Vermögensverwaltung“.

Berichterstatter ist Herr Abg. R ö s c h, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. R ö s c h: Hoher Landtag! Die Gruppe 9, die Nährmutter des gesamten Landesvoranschlage, mit einem insgesamt Überschuß von nahezu 400 Millionen Schilling, hat im Finanzausschuß des Steiermärkischen Landtages zu keiner großen Debatte geführt. Die zu dieser Gruppe gestellten Abänderungsanträge sind im Heft des Finanzausschusses angeführt. Ich darf Sie im Namen des Finanzausschusses bitten, dieser Gruppe Ihre Zustimmung zu geben.

Abg. Leopold Ebner: Hohes Haus! Bisher haben wir bei den Budgetberatungen nur von den Ausgaben gesprochen. Gestatten Sie mir, daß ich mich mit einer Post der Einnahmen beschäftige, mit der Landesumlage. Auf Grund des Bundesverfassungs- und Finanzsteuergesetzes 1948 sowie des Finanzausgleichsgesetzes 1953 sind die Länder berechtigt, von den Gemeinden eine Landesumlage im Höchstausmaße von 20% der Ertragsanteile der Gemeinden an gemeinschaftlichen Bundesabgaben einzuheben. Die Steiermärkische Landesregierung schreibt den Gemeinden bis 2500 Einwohnern diese mit 18 vom 100 und allen über 2500 Einwohnern mit 20 vom 100 ihrer Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben vor. Diese Art der Vorschreibung beinhaltet eine außerordentliche Benachteiligung der kleinen Gemeinden und wir haben uns bemüht, eine Abänderung nicht nach dem Bevölkerungsschlüssel, sondern nach dem Steueraufkommen der Gemeinden, nach der Steuerkraft und damit nach der Leistungskraft der Gemeinden zu erreichen. Wie verschieden die Steuer- und Leistungskraft der einzelnen Gemeinden ist, ergibt sich aus nachstehender Aufstellung: In einer Gemeinde bis zu 1000 Ein-

wohnern entfallen an Steueraufkommen pro Kopf 99 S, von 1000 bis 2500 Einwohnern 189 S, von 2500 bis 10.000 Einwohnern 399 S, also bereits um 300 S pro Kopf mehr als bei kleinen Gemeinden, von 10.000 bis 20.000 Einwohnern 459 S, von 20.000 bis 50.000 Einwohnern 727 S. Je kleiner die Gemeinde ist, umso kleiner ist die Steuerkraft pro Kopf der Bevölkerung. Die Belastung dieser Gemeinden nach dem derzeitigen Umlagenschlüssel ist jedoch durchwegs höher als bei den Gemeinden mit mehr als 2500 Einwohnern. Im Durchschnitt kann gesagt werden, die Landesumlage in Prozenten ausgedrückt beträgt in Bezug auf die gesamten Gemeindeeinnahmen bei Gemeinden bis 500 Einwohnern 22, bei Gemeinden von 500 bis 1000 Einwohnern 15, bei Gemeinden von 1000 bis 2500 Einwohnern 9, bei Gemeinden von 2500 bis 5000 Einwohnern 8,5, bei Gemeinden von 5000 bis 20.000 Einwohnern 7,90, bei Gemeinden von 20.000 bis 50.000 Einwohnern 9, bei Gemeinden von 50.000 bis 100.000 Einwohnern 6,55. Sie sehen damit, je kleiner eine Gemeinde ist, je weniger Steueraufkommen diese Gemeinde hat, je höher wird sie in Prozenten mit der Landesumlage belastet. Ich möchte dazu noch sagen, bei der Aufteilung der Ertragsanteile ziehen diese kleinen Gemeinden auf alle Fälle den Kürzeren und werden nach der derzeitigen Art der Umlagenfestsetzung auf alle Fälle höher belastet als die großen. Wir sind eigentlich letzten Endes verpflichtet, hier einen Ausweg zu suchen und eine Umlagenvorschreibung in der Art zu bewerkstelligen, wie dies für die Umlage jeder anderen Steuer gilt, das heißt, je mehr einer verdient, desto mehr soll er bezahlen.

Besonders schwierig wird die Lage dieser kleinen Gemeinden noch durch den Ausfall der Gewerbesteuer, die sich durch die Ermäßigung der Gewerbesteuer ergibt, die sich besonders in den kleinen Gemeinden katastrophal auswirken wird und manche kleinen Gemeinden ernstlich Sorgen haben müssen, um mit ihrem ordentlichen Haushalt zurecht zu kommen. Wenn sich auch, wie ich ganz sicher hoffe, der Hohe Landtag heute entschließt, der in dem Gesetz zur Landesumlage vorgesehenen Änderung des § 7 die Zustimmung zu erteilen, würde es auch am zweckmäßigsten sein, wenn die Landesumlage nach der Steuerkraft der Bevölkerung in der gleichen Art eingehoben würde, wie die Gemeindeverbandsumlage, das heißt eventuell auch über die Gemeindeverbandsumlage. Das würde eine wesentliche Erleichterung der Arbeit für das Amt der Steiermärkischen Landesregierung sein, denn dieses würde nicht mehr für 880 Gemeinden diese Steuer einzeln vorschreiben müssen, sondern einfach an 16 Bezirke, die das in einem Arbeitsgang mit der Vorschreibung der Gemeindeverbandsumlage machen könnten. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß die gesetzliche Voraussetzung für die Einhebung der Landesumlage im Jahr 1955 durch das in Kürze in Kraft tretende Finanzausgleichsgesetz 1955 die gleiche sein wird wie bisher, nämlich in einem Höchstaussmaß von 20 v. H. Wie diese Landes-

umlage eingehoben wird, ist dem Land überlassen. Welchen Beschluß das Land faßt und in welcher Art die Landesumlage eingehoben werden soll, ist Sache des Landes. Dafür haben wir ja das Gesetz.

Ich möchte ausdrücklich betonen, daß mehrere Bundesländer diesen Anregungen der kleinen Gemeinden gefolgt sind, zum Beispiel hebt das Land Tirol die Landesumlage nach dem Grundsatz des Bundespräzipiums ein und das Land Kärnten nach der Steuerkraft und der Leistungskraft der Gemeinden. Ich möchte schon im Interesse der kleinen Gemeinden an Sie appellieren, lassen Sie diese kleinen Gemeinden, die ohnedies benachteiligt sind, nicht fallen. Die Auswirkungen treffen dabei nur einige große Gemeinden. Ich kann sagen, daß es zum Beispiel die Städte überhaupt nicht trifft, ja die Stadt Graz würde sogar um 70.000 S weniger bezahlen als bisher. Wohl aber würde es, und wir wollen den Tatsachen ins Gesicht sehen, die Stadt Kapfenberg treffen, die würde also ein bißchen den Kürzeren ziehen. Aber ist es denn wirklich so eine schwere Sache, darüber schlüssig zu werden, ob eine Stadt, die sich wirklich in gesicherten Verhältnissen befindet, etwas weniger einnimmt, oder ob man der etwas mehr abnimmt und dafür den kleineren Gemeinden etwas mehr läßt. Rütteln wir einmal unser soziales Gewissen wach und überlegen wir uns, ob es nicht doch besser wäre, die Landesumlage nach der Steuerkraft bzw. Leistungskraft der Gemeinde einzuheben. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. Dr. Speck: Hohes Haus! War die Anregung des Herrn Abgeordneten Ebner ein Antrag? (Abg. Ebner: Ich habe zur Gruppe 9 gesprochen, und zwar zur Landesumlage.) Gegen diese Auffassung des Herrn Abg. Ebner habe ich Bedenken. Ich will in dieser späten Stunde nicht versuchen klarzustellen, ob es wahr ist, daß die größeren Gemeinden nicht auch größere Leistungen zu vollbringen haben als die kleinen Gemeinden. Wir würden das ja leicht feststellen können, aber das wäre ein zu weites Feld. Das war ja auch der Grund dafür, daß seinerzeit vor 25 oder mehr Jahren der abgestufte Bevölkerungsschlüssel eingeführt worden ist, der inzwischen außerordentlich — der Herr Abg. Ebner weiß das so gut wie ich — abgeschwächt worden ist. Auch jetzt, bei den letzten Verhandlungen über den neuen Finanzausgleich 1954 ist er neuerdings abgeschwächt worden. Seinerzeit betrug das Verhältnis zwischen der kleinsten und der größten Gemeinde, die davon betroffen sind, 1 : 7 und jetzt beträgt er 1 : 2.

Ich möchte auf die Entstehung dieser Sache kurz eingehen. Gelegentlich der Finanzausgleichsverhandlungen in Wien wurde ja zwischen den beiden Verbänden, die die Gemeinden in Österreich vertreten, nämlich dem Österr. Städtebund und dem Österr. Gemeindebund, dem auch der Steiermärkische Gemeindebund angehört, und dem Finanzministerium diese Sache eingehend besprochen. Und man hat sich

da nicht ganz leicht zu einer einheitlichen Front zusammengeschlossen. Bei diesen Verhandlungen haben sich auch die Vertreter des Gemeindebundes in Wien vollkommen an diese Vereinbarung gehalten und trotz mancher Versuchungen, die an sie herangetreten sind, sind sie nicht von der Vereinbarung abgegangen. Das heißt, sie haben anerkannt, daß das, was da vereinbart worden ist und das eine Reihe von Änderungen zugunsten der kleinen Gemeinden und zum Schaden der großen Gemeinden umfaßt, als das unter den gegebenen Verhältnissen Richtige und Erreichbare angesehen. Und auch bei den Besprechungen mit den Landesregierungen sind sie dafür eingetreten. Im übrigen, Herr Abg. Ebner, sage ich Ihnen damit ja nichts Neues, Sie brauchen ja nur die steirischen Gemeindenachrichten vom November durchlesen, dort sind die Dinge ausführlich dargestellt, daß das, was die kleinen Gemeinden erreicht haben, nicht wenig ist. Es betrifft einerseits den abgestuften Bevölkerungsschlüssel, der wieder zugunsten der kleinen Gemeinden und zu Ungunsten der großen Gemeinden geändert worden ist. Und die Gemeindezeitung bemißt das für Steiermark mit 11 Millionen Schilling als Ertragnis für ein Jahr.

Dann ist da noch der sogenannte Gewerbesteuer-Spitzenausgleich, der gerade die Gemeinden, auf die der Herr Abg. Ebner hingewiesen hat, die eine hohe Kopfquote haben, zum Teil sehr empfindlich trifft, weil man ihnen ja vor allem einen Betrag von 450 S übersteigenden Kopfquoten ein Drittel wegnimmt. Das beträgt nach der Gemeindezeitung zugunsten der kleinen Gemeinden $4\frac{1}{2}$ Millionen Schilling.

Und schließlich ist noch ein anderer Ausgleich da, dessen Auswirkung heute noch niemand von uns absehen kann, nämlich der allgemeine Gewerbesteuerausgleich zugunsten der Wohngemeinden und das sind ja die kleinen Gemeinden gegenüber den Gemeinden, wo die Betroffenen beschäftigt sind. Sie wissen, daß bisher in einer solchen Wohngemeinde 15 arbeitende Menschen sein mußten, dann wurden an diese Wohngemeinde von der Arbeitsgemeinde 130 S je Kopf bezahlt. Diese Zahl der Arbeiter wurde nun auf 5 eingeschränkt und die Zahlung auf 150 S erhöht; aber niemand weiß noch, wie sich das auswirken wird; niemand kann sagen, wieviele kleine Gemeinden es gibt, in denen mindestens 5 Personen wohnen, die in Graz beschäftigt sind.

Wir haben weniger davon, daß zufolge Gemeindenachrichten 15 Millionen Schilling allein für die kleinen Gemeinden in Steiermark jährlich herausgekommen sind; nicht das ist ausschlaggebend, sondern ausschlaggebend ist, daß man an einem solchen Übereinkommen, an einer solchen Vereinbarung auch festhalten muß, wenn man für ein Jahr in Wien den Finanzausgleich abgesprochen hat. Wenn beide Gemeindeverbände sich dabei geeinigt haben, halte ich es nicht für richtig zu versuchen, das an einem anderen Orte zu ändern, wo die gesetzliche Mög-

lichkeit besteht. (Landeshauptmann K r a i n e r : „Das gilt auch für die Gemeindeverbandsumlage.“) Der Landtag kann beschließen, was er will. Es würde aber der Wert des Zusammengehens zwischen diesen beiden Verbänden in verhängnisvoller Weise in Frage gestellt sein und beiden schaden. Wenn bei den wichtigen kommenden Verhandlungen bezüglich des für lange Jahre abzuschließenden Finanzausgleiches über die im Frühjahr 1955 die Verhandlungen mit der Regierung begonnen werden sollen und man im Oktober, wie wir annehmen, wirklich zu einem solchen Ausgleich kommt, wenn bei diesen Verhandlungen die beiden Vereinigungen der österreichischen Gemeinden nicht zusammengehen, sondern sich gegenseitig im Kampfe zerfleischen, werden sie beide auf der Walstatt liegen bleiben. Es ist absolut unmöglich, jetzt irgendeiner solchen Anregung, wenn sie sich als Antrag verdichtet, nachzugeben. Wir müssen bei der bisherigen Regelung, die für die kleinsten Gemeinden in Steiermark eine gewisse Begünstigung gegenüber allen anderen Gemeinden bringt, bleiben. Ganz kleine Gemeinden werden in Steiermark durch Zusammenschluß tatsächlich zu einer besseren Stufe bei Beteiligung an verschiedenen Steuern kommen. Bei 117 Gemeinden ist der Zusammenschluß bereits durchgeführt worden; wir können noch nicht am Ende sein. Das ist der Nachteil der steirischen Gemeinden, daß wir sie in so großer Zahl haben, früher ein paar über 1000, jetzt noch 827, während etwa die Kärntner Gemeinden im Durchschnitt wesentlich größer sind, da keine Gemeinde unter 2000 Einwohner hat. Es ist selbstverständlich, daß sich bei allen diesen Berechnungen ein Vorteil ergibt. Das ist eine organisatorische Frage; darauf Energie und Tätigkeit zu lenken, wäre wichtig. Ich muß mich heute absolut gegen jede Änderung in der Landesumlage aussprechen, auch wenn es richtig ist, was Abg. Ebner sagt, daß Graz davon nicht wesentlich betroffen wäre. (Beifall bei SPÖ.)

Abg. Ebner Leopold: Hoher Landtag! Ich bitte, Herr Professor, mich nicht als Demagogen zu bezeichnen, wenn ich zu Ihren Ausführungen Stellung nehme. Ich möchte nur feststellen, daß es richtig ist, was der Herr Professor gesagt hat, daß bei kleinen Gemeinden nun durch eine möglicherweise stattfindende Abschöpfung der Gewerbesteuer, sofern sie pro Kopf mehr als 450 S an Gewerbesteuer einheben, dieser Überhang an kleine Gemeinden aufgeteilt wird. Das ist richtig. Aber hier ist eine große Gefahr. Werden die Gemeinden und Großgemeinden sich das gefallen lassen? Sie werden, um dem zu begegnen, die Gewerbesteuer einfach so tief senken, daß faktisch von diesen 450 S nichts übrig bleibt, sie würden Selbstmord begehen. Auch dadurch, daß die Erhöhung der Aufteilung der Gewerbesteuer von 5 auf 150 S an kleine Gemeinden schon einen Gewerbesteuerausgleichszuschuß bringt, werden die großen Gemeinden in ihrem Einkommen etwas geschmälert werden, die kleinen etwas

mehr bekommen. Das würde bei Aufteilung der Landesumlage nur bedeuten, daß vielleicht der Große noch weniger zahlt, als er unter der jetzigen Aufteilung zahlen müßte, der Kleine nicht mehr so viel. Es ist doch so: Wenn man viel kriegt, muß man viel geben. Es gibt keine Steuer, die von einem anderen Prinzip ausgeht als von dem: Wieviel bekomme ich von dem, was er bekommt, so wird er besteuert. Nur die einzige Landesumlage ist eine Ausnahme. Es liegt ein Entwurf zu einer Abänderung des § 7 vor, der später behandelt werden wird. Ich bitte nochmals, zu überlegen, was in einem Jahre abgeschlossen werden soll, dabei müssen wir bleiben. Die Vereinbarungen zwischen Städte- und Gemeindebund fanden im Sommer statt, die Landesumlage wird im Winter beraten und beschlossen, so daß dies zeitlich auseinander fällt und daher ein neuer Weg gegangen werden muß.

Erster Landeshauptmannstellvertreter **Horvatek**: Hoher Landtag! Darf ich ganz kurz zu dem jetzt Gesprochenen etwas sagen? Die kleinen Gemeinden sind in Steiermark im Vergleich zu jenen der meisten übrigen Bundesländer schon dadurch bevorzugt, daß die Landesumlage bis 2500 Einwohner nur in der Höhe von 18 % eingehoben wird. Nur in Vorarlberg noch haben sie diesen Vorteil, dort hebt man 15 % ein, alle übrigen Bundesländer heben von allen Gemeinden 20 % ein. Steiermark ist vor Jahren schon beispielgebend vorangegangen. Wenn ich noch das erwäge, was bereits von Herrn Abg. Dr. Speck dargestellt wurde, so kann man sagen, daß die kleinen Gemeinden in Steiermark wirklich günstig dastehen. Ihre Befürchtung, daß das, was abgeschlossen wurde, einmal nicht halten würde, ist falsch. Was vereinbart wurde zwischen den großen Bündeln, das wird halten, alle anderen Vereinbarungen werden nicht halten, sind unzuverlässig. Wenn man auf der Bundesebene Beschlüsse tätigt und dann in den einzelnen Ländern etwas hinzufügt, so würde das die Einheitlichkeit der Vereinbarungen stören, die Leidtragenden würden zweifellos die kleinen Gemeinden sein. Was man auf Bundesebene verhandelt, das muß gelten. Wenn Sie glauben, daß man auf der Landesebene allein verhandeln soll und mehr Erfolg erzielt, dann täuschen Sie sich. Dazu ist das Land Steiermark viel zu arm.

Damit komme ich zum 2. Teil meiner Ausführungen. Ich habe bei sämtlichen Gruppen Klagen gehört, daß der Finanzreferent diese oder jene Post zu wenig berücksichtigt habe, gezwungen war, dort und da Dinge unbedeckt zu lassen; es wird an mich appelliert, zu sorgen, daß die eine oder andere im außerordentlichen Voranschlag unbedeckt untergebrachte Post bedeckt werde. Niemand kann mehr ausgeben, als er hat und wer das tut, der betreibt eine Finanzpolitik, ob das nun in einem Haushalt, einem Gewerbebetrieb oder in der öffentlichen Verwaltung ist, die unbedingt zum Konkurs oder zur fahrlässigen Krida führen muß. Man kann grundsätzlich nicht mehr ausgeben, als man hat, das gilt auch für das Land. Wohin die Gelder fließen, wie sie

aufgeteilt werden, entscheidet nicht der Finanzreferent, das wird dadurch entschieden, daß die einzelnen Amtsvorstände auf Weisung ihrer politischen Referenten, die einzelnen Verwalter der Anstalten auf Weisung der Referenten ihre Anträge stellen und erst, wenn das Gesamtergebnis der Anträge weit über die Möglichkeit der Bedeckung hinausreicht, beginnt die Funktion des Finanzreferenten, indem er versucht, die Anträge auf das rechte Maß zurückzuschrauben. Und dazu war ein Maßstab da, nämlich der Maßstab des Voranschlages für 1954. Daher war mein Auftrag an die Abteilung 10, wo es möglich ist, zurückzugehen auf die Ansätze des Jahres 1954, also keine willkürlichen Streichungen vorzunehmen, sondern zurückzugehen auf das, was im Jahre 1954 war. Ich gebe ja zu, daß solche einschneidende Maßnahmen nicht erfreulich sind, aber es war eben notwendig, so vorzugehen. Worauf haben sich nun die ganzen Verhandlungen in der Landesregierung und dann im Finanz- und Budget-Ausschuß in den letzten Wochen bezogen? Darauf, ob und inwieweit es möglich ist, über die vorgesehenen Mittel noch hinaus zu gehen, immer in der Hoffnung, daß unbedeckte Abgänge doch noch irgendwie gedeckt werden könnten. Es konnte dabei ein wesentlicher Betrag gar nicht herauskommen, nachdem wir im letzten Augenblick noch überrascht wurden durch die Verpflichtung, 13¼ Millionen Schilling zum Familienlastenausgleich beizutragen. Daher ist der Streit nur mehr um kaum 20 Millionen Schilling gegangen und hier war es begreiflich, daß die Rangordnung der Dinge von den Vertretern der einzelnen Parteien bestimmt wurde.

Wenn also hier der Appell an mich gerichtet wird, ich hätte mehr zur Verfügung stellen sollen etwa zur Bekämpfung der Tuberkulose der Rinder, so ist der Appell an mich ganz falsch angebracht, denn es konnte nur innerhalb des Klubs der ÖVP festgestellt werden, was wichtig erscheint und was noch wichtiger und was man noch bedecken könne. Auf der anderen Seite des Hohen Hauses ist das eben auch so. Die Rangordnung der Dinge für diesen zusätzlichen Bedarf, der festgestellt wurde, wurde in den Klubs beraten und dann durch Beschlüsse des Finanz- und Budget-Ausschusses festgelegt. Hier war eine Einflußnahme meinerseits unnotwendig. Warum soll ich mich in dieses Getriebe hinein drängen? Für mich ist die Sorge nur, ob ich das Beschlossene auch bedecken kann und wie es mit der Möglichkeit der Bedeckung aussieht.

Wir haben eigentlich praktisch einen Abgang von 54 Millionen Schilling, denn es ist nach wie vor noch meine Meinung, daß ich die 10 Millionen Schilling, die ich ursprünglich von den Ansätzen des Finanzministers abgezogen hatte, zu Recht abgezogen habe. Ich habe mich aber dem Wunsche gebeugt, man möge dem Finanzminister Glauben schenken, denn der müsse es besser wissen als ich. (Lh. Krainer: „Sie sind schon selber auch irgendwie weich geworden.“) Daher

sind die 10 Millionen Schilling, die ich abgezogen habe, zur Bedeckung herangezogen worden. Wir haben daher nur 44 Millionen Schilling Abgänge, aber die Hoffnung, daß die 10 Millionen Schilling noch kommen könnten und zur Bedeckung dienen, fehlt, weil wir sie ja schon als Bedeckung voraussehen.

Was steht also nun zur Bedeckung zur Verfügung? Eigentlich nur zwei Beträge, nämlich der erhoffte Überschuß aus dem Jahre 1954, den niemand noch schätzen kann. Meine Annahme ist, daß er etwa 15 Millionen Schilling betragen wird, vielleicht mehr, vielleicht weniger, ich glaube aber kaum weniger. (Abg. Stöffler: „Jetzt kommt der lukrative Optimismus.“) Aber dieses Mehr kann niemand schätzen, weder ich, noch der Chef der Abteilung 10, noch der Chef der Landesbuchhaltung. Ich habe schon Erfahrungen gesammelt, vor dem 20. oder 30. Jänner werden wir die Ziffer nicht kennen, bevor wir nicht die notwendigen Abschlußarbeiten durchgeführt haben, weil wir ja gar nicht wissen, welche Forderungen an uns noch herantreten. Nehmen wir aber an, es wären insgesamt 15 Millionen Schilling. Rechnen wir diese 15 Millionen Schilling von den 44 Millionen Schilling ab, dann bleiben noch unbedeckt 29 Millionen Schilling. Zur Bedeckung der 29 Millionen Schilling im ordentlichen Haushalt bleibt uns noch die Gebührenerhöhung. Diese können wir aber nicht voll rechnen, denn auch wenn wir in der Regierungssitzung am Donnerstag die Gebühr im vorgesehenen Ausmaß erhöhen, werden wir sie im Rechnungsjahr 1955 doch nicht voll eintreiben können, denn vom Tag der Erhöhung bis zum Tag der Vorschreibung und Einhebung vergehen auch wieder 2—3 Monate. Das wären also, wenn alles gut geht, im Jahre 1955 $\frac{3}{4}$ dieser Einnahme, während $\frac{1}{4}$ in das Jahr 1956 reicht. Hoch gerechnet ist das ein Betrag von 10 Millionen Schilling. Diese abgezogen, haben wir dann noch immer einen Abgang von 19 Millionen Schilling. Für diese 19 Millionen Schilling fehlt derzeit jede Bedeckung. Es ist nun möglich, daß die Abrechnung des Rechnungsjahres 1954 uns Ende März des Jahres 1955 immerhin eine Überraschung bringt, aber wir können diese nicht übersehen. Sie hat uns im Jahre 1954 insgesamt nicht ganz 10 Millionen Schilling gebracht. Nehmen wir nun an, wir sind so glücklich, daß uns die Abrechnung heuer wieder so viel bringt, dann bleiben immer noch unbedeckt 9 Millionen Schilling. Darüber eine Auskunft zu geben, steht außer meinem Vermögen. Es sei denn, daß die Voraussagen des Finanzministers zutreffen, er könne seinen Abgang im Bundesbudget, der mit rund 1,7 Milliarden Schilling angenommen wird, aus den geteilten Bundesabgaben decken. (LH. Krainer: „Bitte noch die verfallenen Ansätze von 1954.“) Er wird schon mehr Einnahmen haben, aber nicht bei den geteilten Bundesabgaben, sondern bei den Zöllen und bei der Tabaksteuer. Und daran haben wir aber keinen Anteil. Daraus ergibt sich, daß wir nicht nur sparsam gebaren werden müssen, sondern daß leider auch die

Hoffnungen, daß wir wesentliche Posten der außerordentlichen Gebarung werden bedecken können, kaum erfüllt werden wird.

Es gäbe nur die einzige Möglichkeit, daß wir, wenn die Verhältnisse sich günstiger gestalten, irgendwie auf das Betriebsmittelkonto greifen können. Ich sage das, weil wir erkennen müssen — da hat uns der Herr Abg. Stöffler scheinbar mißverstanden — daß wir in einer Zeit, in der sich Einnahmen stabilisieren, uns auch bemühen müssen, die Ausgaben zu stabilisieren. Man darf nicht glauben, daß, wenn die Einnahmen annähernd feststehen, die Ausgaben ins Unermeßliche wachsen können. Wir werden uns eben gewöhnen müssen, daß wir uns auch über die Ausgaben klar werden und eine Rangordnung treffen über das, was im Laufe der nächsten Jahre in der außerordentlichen Gebarung erfüllt werden kann. Wir müssen künftig etwas bescheidener planen und uns alles schön zurechtlegen. Ich bin trotzdem überzeugt, daß bei einer vernünftigen Verwaltung und bei einem Zusammenwirken aller wir unseren Aufgaben auch auf dem Gebiet des außerordentlichen Haushaltes im Laufe der nächsten Jahre werden nachkommen können. Ich wollte mit meinen Ausführungen nur sagen, die Bäume wachsen nicht in den Himmel, wir müssen auch mit den Risiken des Lebens rechnen. (Allgemein sehr lebhafter Beifall.)

1. Präsident **Wallner**: Es liegt keine Wortmeldung vor, der Berichterstatter hat das Schlußwort. Der Berichterstatter verzichtet. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die für die Annahme der Gruppe 9 mit den dazugehörigen Abänderungsvorschlägen des Finanzausschusses stimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 9 ist angenommen.

Wir kommen jetzt zum

„Außerordentlichen Landesvoranschlag“.

Berichterstatter ist Abg. Wurm. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Wurm**: Hohes Haus! Der Finanzausschuß hat sich mit dem außerordentlichen Haushaltsplan intensivst beschäftigt. Zu diesem außerordentlichen Haushaltsplan wurden 33 Abänderungsanträge gestellt und ein Resolutionsantrag. Die Summe der Ausgaben beträgt 194,788.000 S, davon sind gedeckt 140,782.400 S und nicht bedeckt 54,005.600 S. Namens des Finanzausschusses bitte ich um Annahme dieses Voranschlages.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem außerordentlichen Voranschlag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der außerordentliche Voranschlag ist angenommen.

Wir kommen zu den

Sondervoranschlägen: Wohnbauförderungsfonds, Fremdenverkehrs - Investitionsfonds, Tierseuchenkasse, Fonds für gewerbliche Darlehen und Pensionsfonds der Gemeinden.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Speck, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. **Dr. Speck:** Hohes Haus! Ich ersuche das Hohe Haus, gemäß den Anträgen des Finanzausschusses diesen Sondervoranschlägen Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Ich bringe den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, zum Zeichen ihrer Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Sondervoranschläge des Landes sind angenommen.

Wir kommen zum

Dienstpostenplan.

Berichterstatter ist Abg. Wegart, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. **Wegart:** Hoher Landtag! Eine Zusammenstellung des Dienstpostenplanes zeigt bei der allgemeinen Verwaltung 2564 Bedienstete, bei den Landesanstalten, Schulen und Einrichtungen 2281, bei den Fürsorgeheimen, Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten 4261 und bei den Wirtschaftsbetrieben 791 Bedienstete, ergibt zusammen 9897 Beschäftigte, d. i. gegenüber den Ansätzen des vergangenen Jahres um 428 mehr. Im landwirtschaftlichen Schulwesen sehen wir 215 Bedienstete, um 34 Bedienstete mehr.

Ich habe die Ehre, dem Hohen Hause im Namen des Finanzausschusses den Antrag zu unterbreiten, diesen Dienstpostenplan zu genehmigen.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor, ich bringe daher den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die mit ihm einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Dienstpostenplan ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den

Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge des Landes.

Berichterstatter Abg. **Dr. Speck:** Ich bitte im Namen des Finanzausschusses, dem hier vorliegenden Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge Ihre Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor, ich ersuche daher die Abgeordneten, die dem Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge des Landes Ihre Zustimmung erteilen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge des Landes ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die

Anträge Seite 21—23 der Beilage 67.

Berichterstatter Abg. **Dr. Speck:** In dieser Zusammenstellung sind die Beschlüßanträge angeführt. Ich ersuche im Namen des Finanzausschusses, die in diesen drei Seiten angeführten Beschlüßanträge zu genehmigen.

Präsident: Unter den Beschlüßanträgen ist ein Antrag, der zu Meinungsverschiedenheiten geführt hat, und zwar auf Seite 23 der Beilage Nr. 67, der lautet: „Die Landesregierung wird aufgefordert, die Möglichkeit des Abverkaufes des Gebäudes Graz, Hamerlinggasse 3 (ehemalige Landes-Oberrealschule), an die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft Steiermark zu überprüfen und gegebenenfalls Schritte zum Abschluß eines Kaufvertrages einzuleiten.“ Ich lasse über diesen Antrag zuerst abstimmen und ersuche die Abgeordneten, zum Zeichen ihrer Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ich lasse nunmehr über die übrigen Anträge abstimmen und ersuche die Abgeordneten, die damit einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Anträge sind angenommen.

Wir haben noch über den **Gesetzestext über den Landesvoranschlag** zu beraten. Berichterstatter ist Abg. Dr. Speck.

Berichterstatter Abg. **Dr. Speck:** Dieser Gesetzestext auf Seite 24 und 25 enthält die Abänderungen gegenüber dem gedruckten Gesetzestext. Die betreffende Zusammenstellung der Ziffern liegt den einzelnen Mitgliedern des Hohen Hauses vor, ich brauche sie wohl nicht zu wiederholen. Es betreffen diese Abänderungen den § 1 des Gesetzentwurfes und den Abs. 1 des § 2. Zu § 7 wurde ein Minderheitsantrag eingebracht. Ich bitte, zunächst über diesen abzustimmen und dann den Anträgen, soweit sie im Finanzausschuß gefaßt worden sind, Ihre Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Wie sie gehört haben, stellt die ÖVP zu § 7 des Gesetzes einen Abänderungsantrag. Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesem Antrag einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Das ist die Minderheit, der Antrag ist abgelehnt.

Ich bringe nunmehr den § 7, wie er in der Beilage Nr. 61 gedruckt vorliegt, zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die damit einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Das ist die Mehrheit, der Antrag ist angenommen.

Wir schreiten nunmehr zur Abstimmung über alle übrigen Paragraphen der Gesetzesvorlage

in der vom Finanzausschuß beantragten Fassung. Ich ersuche die Abgeordneten, die damit einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Damit ist der Voranschlag für 1955 verabschiedet.

Ich gebe bekannt, daß der Gemeinde- und Verfassungsausschuß in der Zwischenzeit eine Sitzung abgehalten hat und die Vorverhandlungen über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 62, Gesetz über die zeitliche Befreiung von der Grundsteuer (Grundsteuerbefreiungsgesetz 1954) abgeschlossen hat. Der Ausschuß hat zu dieser Vorlage einige Abänderungen beschlossen. Diese Abänderungen sind im Verzeichnis 23 der mündlichen Berichte enthalten. Dieses Verzeichnis habe ich bereits auflegen lassen, ebenso ließ ich auflegen das Nachtragsverzeichnis über die weitere Tagesordnung.

Wir kommen zu Punkt 2:

2. Bericht des Finanzausschusses, Beilage Nr. 68, über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 57, Gesetz über die Bestellung eines Wohnbauförderungsbeirates.

Berichterstatter ist Herr Abg. Ing. Koch, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. Ing. Koch: Hoher Landtag! Die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 57, beinhaltet das Gesetz über die Bestellung eines Wohnbauförderungsbeirates. Der Finanzausschuß hat sich mit den Bestimmungen der Regierungsvorlage eingehend befaßt und sie in mehreren Belangen abgeändert. Es konnten nicht alle Anträge Berücksichtigung finden. Der vom Finanzausschuß beschlossene Gesetzestext liegt vor. Ich stelle im Namen des Finanzausschusses den Antrag: Der Hohe Landtag wolle den beiliegenden Entwurf eines Gesetzes über die Bestellung eines Wohnbauförderungsbeirates zum Beschluß erheben.

Präsident: Es haben sich Meinungsverschiedenheiten über die Absätze 3 und 4 des § 3 ergeben.

Abg. Rösch: Für die gesamten Abänderungen des Finanzausschusses liegt kein Minderheitsantrag vor.

Präsident: Ich lasse über die Vorlage laut Antrag des Berichterstatters abstimmen und ersuche die Abgeordneten, zum Zeichen ihrer Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zu Punkt 3:

3. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 196, betreffend die Übernahme der Ausfallbürgschaft für einen den Holzbauwerken Matthias Bachler in Schladming allenfalls durch die Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark zu gewährenden Betriebskredit von 4.5 Millionen Schilling.

Berichterstatter ist Abg. Hofmann, Ich erteile ihm das Wort,

Berichterstatter Abg. Hofmann: Die Firma Matthias Bachler erzeugt aus heimischem Holz Kisten für den Export. Sie ist nun in Schwierigkeiten und muß einen Kredit bei der Landes-Hypothekenanstalt aufnehmen. Nach den Satzungen der Landes-Hypothekenanstalt besteht keine Möglichkeit, wenn das Land nicht haftet, diesen Kredit von 4.5 Millionen Schilling zu gewähren. Aus diesem Grunde hat die Landesregierung in ihrer Sitzung beschlossen, einen Antrag an den Finanz-Ausschuß zu richten. Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Vorlage beschäftigt und stellt folgenden Antrag: „Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird ermächtigt, für einen Betriebskredit der Firma Matthias Bachler, Holzbauwerke in Schladming, im Betrage von 4.500.000 S die Ausfallbürgschaft zu übernehmen, wenn sie die Überzeugung gewonnen hat, daß alle Sicherungen gegeben sind, damit der Betrieb erhalten bleibt und das Land vor Verlust bewahrt wird. Alle näheren Bedingungen hiefür sind in einem Bürgschaftsvertrag festzulegen“. Der Finanzausschuß hat dieser Vorlage einstimmig die Genehmigung erteilt und mich beauftragt, als Berichterstatter den Antrag zu stellen, die Vorlage anzunehmen.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich bitte daher die Abgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

4. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 66, Gesetz über die Abänderung des Gesetzes vom 13. Juni 1953, LGBl. Nr. 36, betreffend die Gemeindeordnung für die Gemeinden des Landes Steiermark mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut (Gemeindeordnung 1953 — GO. 1953).

Berichterstatter ist Abg. Bammer. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Bammer: Hoher Landtag! Die Vorlage beschäftigt sich mit den Erfahrungen, die im Laufe der letzten Jahre mit der Gemeindevahlordnung gemacht wurden. Der nunmehr geänderte § 17 Abs. 2 gibt in der Neufassung der Landesregierung die Möglichkeit, Schwierigkeiten bei der Terminfestsetzung der Gemeinderatswahlen zu begegnen. Der § 82 erklärt die Parteistellung der Gemeinde. Ich bitte, dem Antrag des Gemeinde- und Verfassungsausschusses, diese zwei Paragraphen abzuändern, die Zustimmung zu geben.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich bringe daher den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

5. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 62, Gesetz über die zeitliche Befreiung von der Grundsteuer (Grundsteuerbefreiungsgesetz 1954).

Berichterstatter ist Abg. Dr. Kaan. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter **Abg. Dr. Kaan:** Hohes Haus! Das Bundeswohnbauförderungsgesetz vom Jahre 1954 knüpft die Zuteilung von Förderungsmitteln an die Bedingung, daß eine 20jährige Steuerbefreiung von den betreffenden Ländern vorgesehen ist. Das macht es notwendig, daß wir das Landesgesetz vom Jahre 1952 einer Novellierung in der Richtung zuführen. Aus diesem Anlaß wurden auch einige andere Bedingungen, die die Handhabung erleichtern, in der Regierungsvorlage gegenüber dem alten Gesetz geändert. In der Beratung des Gemeinde- und Verfassungsausschusses am heutigen Tage wurden jene Änderungen nicht übernommen, die sich mit dem Erfordernis befaßt, daß derjenige, der die Befreiung anspricht, darum auch ansuchen soll. Wir bleiben vielmehr bei der bisherigen Bestimmung, wonach es sich bei dieser Befreiung um eine de lege eintretende Befreiung handelt, die kein Ansuchen erfordert, sondern die von Amts wegen wahrzunehmen ist. In diesem Sinne werden die §§ 2 bis 4 geändert. Sie liegen Ihnen im Wortlaut vor. Es gereicht mir zur besonderen Freude, als letztes Gesetz

in diesem Jahr ein Steuerbefreiungsgesetz beantragen zu dürfen.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich bringe daher den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich für die gewissenhafte Erstellung des Landesvoranschlages durch den Herrn Finanzreferenten, Ersten Landeshauptmannstellvertreter Horvatek und die Beamten des Finanzreferates danken. Ich danke aber auch allen Mitgliedern des Hohen Hauses für die Sachlichkeit und das große Interesse, mit dem die umfangreichen Beratungen zum Voranschlag 1955 abgewickelt wurden. Wir alle können mit Genugtuung feststellen, den Landesvoranschlag rechtzeitig verabschiedet zu haben.

In zwei Tagen feiern wir Weihnachten. Ich erlaube mir daher, den Mitgliedern der Landesregierung und des Hohen Hauses sowie unseren Mitarbeitern die besten Weihnachtswünsche auszusprechen und ein glückbringendes Jahr 1955 zu wünschen.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege einberufen. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 23. Dezember 1954, 0 Uhr 10 Minuten.